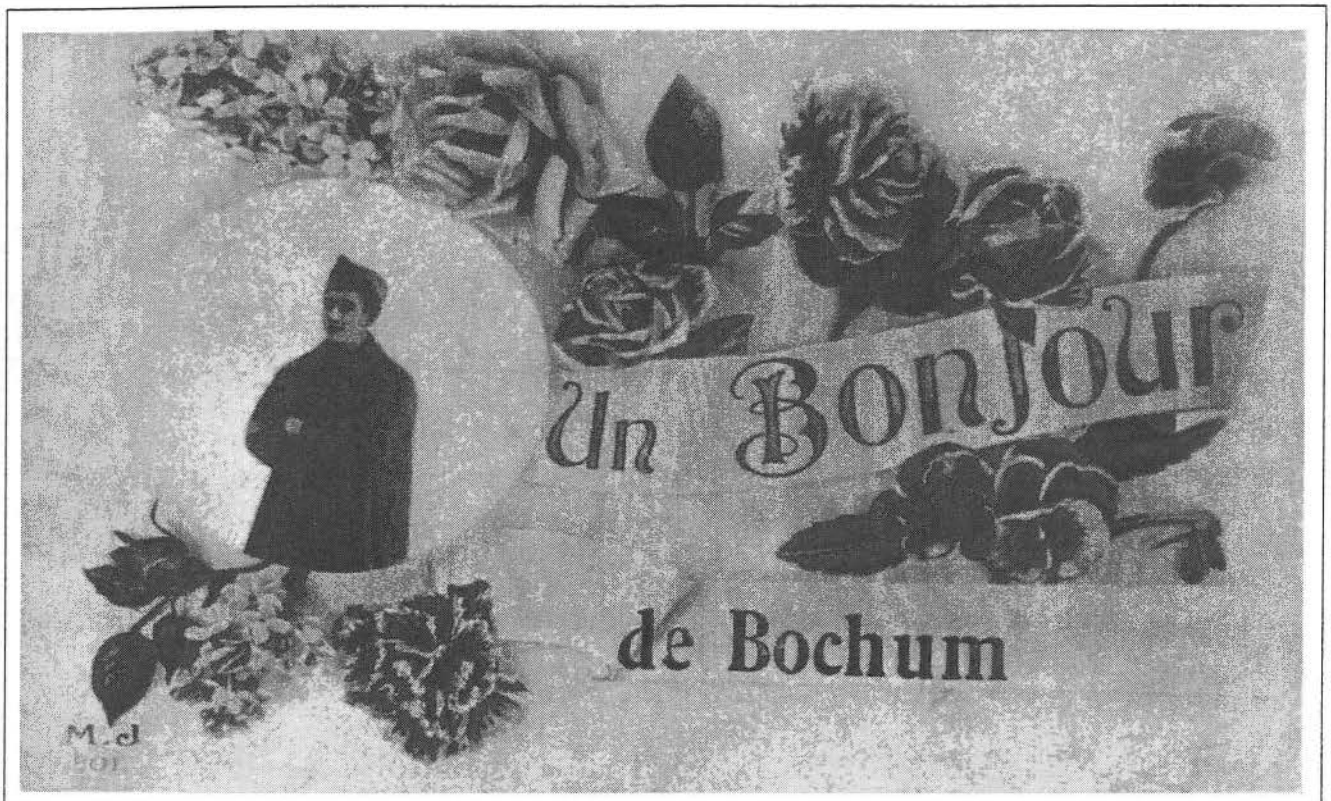


# BOCHUMER ZEITPUNKTE



Beiträge zur Stadtgeschichte, Heimatkunde und Denkmalpflege Nr. 20



- 3** | *Hansi Hungerige*  
**Un Bonjour de Bochum**
- 26** | *Hans Joachim Kreppke*  
**„Die öffentliche Unsittlichkeit frißt an dem Mark unseres Volkes“**
- 39** | *Henry Wahlig*  
**„Wunden aller Art“**

# Editorial

## Liebe Leserinnen und Leser !

Im Sommer 1925 endete mit der französischen Besetzung des Ruhrgebiets ein Zeitraum von rund 30 Monaten, der für Bochum eine herausragende Bedeutung besaß, war doch der Einfluss der Besatzer hier besonders spürbar. Nachdem die Kohlenlieferungen, die den Franzosen als Reparationsleistungen nach dem Versailler Vertrag zustanden, zunehmend verzögert oder nicht im vereinbarten Umfang erfolgt waren, nutzten sie die Gelegenheit, ihren Forderungen militärischen Nachdruck zu verleihen. Im Januar 1923 begann der Einmarsch der Truppen, die im Laufe des Jahres eine Stärke von 100.000 Mann erreichten. In Bochum, wo das Hauptquartier eingerichtet wurde, wurden zahlreiche öffentliche und private Gebäude beschlagnahmt. Hansi Hungerige, Autor zahlreicher Bildbände zur Stadtgeschichte, blickt zurück auf dieses von der Stadtgeschichtsschreibung bisher weitgehend vernachlässigte Thema. Sein Beitrag illustriert die Besatzungszeit nicht nur anhand von zwei Postkartenserien, die die Soldaten zur Versendung von Grüßen in die Heimat verwendeten, sondern gibt auch einen Überblick über die Standorte von Kasernen und Verwaltungsstellen. Einem bisher weitgehend ungekannten Aspekt der Entwicklung Bochums widmet sich Hans Joachim Kreppke in seinem Aufsatz über die Anfänge der städtisch reglementierten Prostitution in Bochum zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Wie schon in seinen Beiträgen in früheren Heften der Bochumer Zeitpunkte stellt er auch hier die aus der Lektüre zeitgenössischer Zeitungen gewonnenen Erkenntnisse in einen größeren wissenschaftlichen Zusammenhang. Im Zentrum der Darstellung stehen die Bemühungen der Stadtverwaltung, die Prostitution an einem Ort zusammenzufassen, die Anfänge in Bochum-Hamme und die Entstehung des Rotlichtviertels an der Gußstahlstraße.

Nachdem Henry Wahlig sich in den letzten Bochumer Zeitpunkten mit dem jüdischen Sport in Bochum befasst hat, widmet er sich nun dem Neuanfang der jüdischen Gemeinde Bochums nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Beitrag erscheint anlässlich der Einweihung der neuen Synagoge an der Castroper Straße Mitte Dezember und schlägt nicht nur einen Bogen zum Wiederbeginn jüdischen Lebens in Bochum, sondern gibt auch einen Überblick über dessen Entwicklung.

Frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr  
wünscht Ihnen

*Dietmar Bleidick*

*Bild auf der Titelseite:*  
Un Bonjour de Bochum - Grußkarte eines französischen Soldaten vom 4. November 1923. (Sammlung Hansi Hungerige)



### Impressum

Bochumer Zeitpunkte  
Beiträge zur Stadtgeschichte,  
Heimatkunde und Denkmalpflege  
Heft 20, Dezember 2007

Herausgeber:  
Dr. Dietmar Bleidick  
Yorckstraße 16, 44789 Bochum  
Tel.: 0234 / 335406  
e-mail: dietmar.bleidick@t-online.de  
für die  
Kortum-Gesellschaft Bochum e. V.  
Vereinigung für Heimatkunde,  
Stadtgeschichte und Denkmalschutz  
Graf-Engelbert-Straße 18  
44791 Bochum  
Tel. 0234 / 581480  
e-mail: Kortum.eV@web.de

Redaktion:  
Dr. Dietmar Bleidick, Peter Kracht

Redaktionsschluss:  
jeweils 15. April und 15. Oktober

Druck:  
A. Budde GmbH  
Berliner Platz 6 a, 44623 Heme

Verlag:  
Peter Kracht ♦ Verlag  
Limbeckstraße 24  
44894 Bochum  
Tel.: 0234 / 263327  
e-mail: kracht.verlag@gmx.de

ISSN 0940-5453

Alle Beiträge der Bochumer Zeitpunkte sind auch im Internet unter [www.bochum.de/zeitpunkte](http://www.bochum.de/zeitpunkte) verfügbar.

**Schutzgebühr: € 1,50**  
Für Mitglieder der  
Kortum-Gesellschaft kostenlos.

Hansi Hungerige

## Un Bonjour de Bochum

### Unterbringung französischer Truppen in Bochum während der Ruhrbesetzung 1923-1925 im Spiegel zeitgenössischer Ansichtspostkarten

Stadtgeschichte und Heimatforschung kann auf unterschiedliche Art und Weise betrieben werden. Meine Definition lautet: Verbinde die Ergebnisse früherer Forschungsarbeiten mit eigenen Recherchen und Erlebnissen und stelle ihnen das Bild mit seiner visuellen Ausdruckskraft gegenüber. Wort und Bild miteinander verbunden ergeben dann die Möglichkeit, Stadt- und Heimatgeschichte nicht nur dem Kenner der Materie, sondern auch dem Laien gleichermaßen verständlich darzustellen.

In diesem Artikel liegt der Schwerpunkt auf dem Thema „Unterbringung der französischen Truppen in Bochum während der Ruhrbesetzung 1923 bis 1925“. In Bochum waren zu Beginn der Besetzung 3.500 Unteroffiziere und Mannschaften, 300 Offiziere, dazu 120 Angehörige der Regie-Verwaltung<sup>1</sup>, des Zolls, der Alliierten Kontrollbehörde der Hütten- und Bergwerksbetriebe (MICUM)<sup>2</sup> usw. sowie Angehörige sonstiger Zivildienststellen stationiert; dazu kamen Kraftfahrzeuge, Tanks, Artillerie und nicht zuletzt das Pferdmaterial. Alles wollte und musste untergebracht werden. Schulen, Turnhallen, öffentliche Gebäude, Hotels, die großen Säle der Gastwirtschaften und zahlreiche Büros wurden beschlagnahmt. Hinzu kamen einzelne Privathäuser und zeitweilig über 360 private Einzelzimmer und Wohnungen.



<sup>1</sup> Hiernit ist die „französisch-belgische Eisenbahnregie“ mit Sitz zunächst in Düsseldorf, später in Mainz, für das gesamte besetzte Gebiet gemeint, die die Gewalt über die Eisenbahnen und Eisenbahnstrecken übernahm, die von dem deutschen Personal im Zuge des passiven Widerstands nicht mehr befahren wurden (Verordnungen 149 und 150 der Interalliierten Rheinlandkommission). Die ersten eigenen Fahrpläne gab die „Regie“ im April/Juni 1923 heraus; ihre Bahnen zu benutzen galt jedoch als „undeutsch“. Erst mit Beginn der Herbstferien 1923 wurden sie aufgrund der sehr hohen Straßenbahnpreise häufiger genutzt. Ausführlicher dazu Paul Küppers, Bochum unter fremder Gewalt in den Jahren der Ruhrbesetzung 1923-1925, Bochum 1930, S. 85-87.

<sup>2</sup> Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines (MICUM). Siehe O. Kourchid, *Vivre ou survivre: la place du charbon dans l'énergie en France (1900-1980)*, in: *Annales des Mines*, Août 1998, S. 34-45.

Bei der Arbeit zu diesem Artikel gab es neben den üblichen Schwierigkeiten bei der Recherche ein weiteres Problem: Die Ansichtskarten, ein wesentlicher Bestandteil dieser Arbeit, tragen größtenteils französische Beschriftungen, und wer kann schon auf Anhieb Begriffe wie „Caserne Pétain“, „Quartier Fayolle“ oder „Mess des Officiers“ lokalisieren und den zum Teil noch heute bestehenden Gebäuden zuordnen? Schließlich haben die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg und der folgende Wiederaufbau nach dem Krieg das Gesicht unserer Stadt stark verändert: Allein die 147 Luftangriffe (darunter 13 Großangriffe) zerstörten oder beschädigten von den 24.627 im Jahr 1939 vorhandenen Gebäuden 21.894 (88,9 %).<sup>3</sup> Wer sich heute vor dem großen Tor der „Caserne Napoléon“ in der Trankgasse verabreden wollte (Abb. 1), dürfte wohl vergeblich auf seine/n Liebste/n warten, denn die alte Trankgasse gibt es nur noch in der Erinnerung oder auf alten Ansichtskarten.

Abb. 1: Bochum - Caserne Napoléon, Trankgasse 5 (Städtisches Verwaltungsgebäude, vormals Scharpenseelbrauerei). Mannschaftsquartier (Teile der Infanterie) und Hauptgeräte-lager von April 1923 bis Juli 1925.<sup>4</sup>

<sup>3</sup> Siehe z. B. Karl Brinkmann, *Bochum. Aus der Geschichte einer Großstadt des Reviers*. (Neue Bochumer Reihe, Bd. 2), Bochum 1968, S. 297-303.

<sup>4</sup> Siehe Hansi Hungerige, *Erinnerungen an Bochum wie es einmal war*, Gudensberg-Gleichen 2001, S. 15.

## Der Beginn der Ruhrbesetzung

Als das besiegte Deutschland nach dem 1. Weltkrieg die ihm im Versailler Vertrag (28. Juni 1919) auferlegten Reparationsleistungen an die Alliierten nicht mehr erfüllen konnte oder wollte, kam es zu Überlegungen der vier Siegermächte (Großbritannien, USA., Frankreich und Belgien), sich das, was ihnen nach den Verträgen rechtlich zustand, mit militärischem Nachdruck selbst zu holen. Während die Vertreter Großbritanniens und der USA eher moderate Töne anschlugen, war es vor allem der französische Ministerpräsident und Außenminister Raymond Poincaré (1860-1934) der, im wirtschafts- und sicherheitspolitischen Interesse Frankreichs, auf einer kompromisslosen Erfüllung der Bestimmungen des Versailler Vertrages bestand. Als am 9. Januar 1923 die alliierte Reparationskommission mehrheitlich der deutschen Regierung eine absichtliche Zurückhaltung der Kohlelieferungen unterstellte, wurde der Reichsregierung am nächsten Tag eine französisch-belgische Ingenieurkommission angekündigt, die unter dem Schutz der dazu erforderlichen Truppen die Kohleproduktion kontrollieren sollte. Am 11. Januar 1923 begann der Einmarsch von fünf französischen Divisionen und einer belgischen Division (60.000 Mann) in Essen und Gelsenkirchen; danach wurde die Besetzung über Bochum und Dortmund nach Osten ausgedehnt. Im Laufe des Jahres erreichten die Invasionstruppen im Ruhrgebiet eine Stärke von 100.000 Mann.

### Die Unterbringung der französischen Truppen in Bochum

Am 15. Januar 1923 um 12:30 Uhr erschienen im Rathaus im Dienstzimmer des Oberbürgermeisters Fritz Graff<sup>5</sup> der kommandierende General der 3. Kürassierbrigade, General France, mit seinem Stab und der Kommandant des 155. Infanterieregiments, Oberst Houiller, und erklärten die Stadt auf Befehl des kommandierenden Generals der Rheinarmee als durch französische Truppen besetzt. Weiter wurde bekannt gegeben, dass einige Gebäude der Stadt besetzt werden würden, so der Hauptbahnhof, der Nordbahnhof (Abb. 2 und 3), das Post- und

<sup>5</sup> Fritz Wilhelm Georg Graff (1858-1929) war von 1900 bis 1925 Bochumer Oberbürgermeister und wurde in seinem letzten Amtsjahr der 7. Ehrenbürger, dem die Stadt Bochum diesen Titel verlieh, nach Paul von Hindenburg (Verleihung 1917) und vor Adolf Hitler (Verleihung 1933; Hitler wurde dieser Titel 1984 aberkannt). Vom 3. bis zum 10. März 1923 wurde Graff durch französische Besatzungstruppen inhaftiert. Sein Amtsnachfolger für die Zeit von 1925 bis 1933 wurde der parteilose Dr. Otto Ruer (1879-1933). Zu Graff siehe Stadt Bochum (Hg.), Bochumer Straßennamen. Herkunft und Deutung, Bochum 1993, S. 205.

Telegraphenamts<sup>6</sup>, das Gebäude des Benzolverbandes und das Eisenbahnbetriebsamt.

Zur Unterbringung von Offizieren und Mannschaften und um Räumlichkeiten für die administrativen Dienststellen der Besatzungsmacht bereit zu stellen, wurden in den darauf folgenden Tagen und Wochen weitere Gebäude beschlagnahmt. In Bochum standen eine Abteilung der 40. Infanterie-Division (zuständige Division Weitmar unter dem General Pierre Emile Joseph Nayral Martin de Bourgon, 1862-1949), ein Brigadestab unter dem General Dominique Odry (von 1920 bis 1921 vom Völkerbund eingesetzter erster Oberkommissar des Memellandes)<sup>7</sup>, eine Platzkommandantur, ein Divisions-Zivlbüro, eine Zivilkommandantur, eine Ingenieur-Abteilung für Bochum und Umgebung, ein französisches Infanterie-Regiment, ein französisches Artillerie-Regiment, ein französisches Tankgeschwader, eine französische Gendamerie-Abteilung und eine französische Kriminalpolizei-Abteilung. Hinzu kamen ein Brigadestab, eine Telegraphen-Abteilung, eine Brieftaubenkontrollstation, eine Feldpostabteilung („Secteur 27“)<sup>8</sup>, eine Schatzmeisterei, eine Artillerie-Werkstätte, eine Feldeisenbahntruppe und die Militär-Hauptcooperative mit Nebencooperative.<sup>9</sup>

Im weiteren Verlauf des Jahres 1923 wurden in Bochum weiter untergebracht: ein Militär-Hospital in der Städtischen Höheren Mädchenschule an der Jahnstraße 4 (Abb. 4 und 5), mehrere Pferdelaazette, Sattlerei, Hufschmiede, zwei Zollstationen, ein Ein- und Ausfuhramt, eine Ingenieur-Kommission, die Alliierte Kontrollbehörde der Hütten- und Bergwerksbetriebe (Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines; MICUM), das Amt für Bergwerksgeschädigte (Office des Houillères de Sinistres; O.H.S.), das Amt zur Abnahme deutscher Brennstoffe (Office Réception Combustibles Allemands; O.R.C.A.), eine Regie-Verwaltungsstelle, zwei französische Eisenbahnerkantinen und sonstige kleinere Formationen, u. a. eine Buchhandlung mit angeschlossener Druckerei. Abgesehen von den bereits erwähnten Dienststellen wurden ab 1924 zeitweilig nach Bochum verlegt: ein Militärpolizei- und Kriegsgericht in der Schillerstraße 11 (Landgericht; Abb. 6), ein Militärgefängnis und die

<sup>6</sup> Zum Zeitpunkt der Besetzung war das Reichstelegraphenamts selbstständig. Hansi Hungerige, 250 Jahre Bochumer Postgeschichte 1737-1987, Bochum 1987, S. 161-170; zur Besetzung des Post- und Telegraphenamts siehe ausführlich ebd., S. 68-69 und 164-166.

<sup>7</sup> Im Vertrag von Versailles (Artikel 28) wurde das in Deutschland „Memelland“ genannte Gebiet vom Deutschen Reich abgetrennt und 1920 unter französische Verwaltung gestellt. Zeitgleich zur Besetzung Bochums, am 15. Januar 1923, besetzten über 1.000 Litauer das Memelland, vier Tage später verließen die französischen Truppen das Land. Das Memelland fiel (bis 1939) an Litauen.

<sup>8</sup> Siehe Paul Küppers, Die Kriegsarbeit der Stadt Bochum 1914-1918, Bochum 1926, S. 18 sowie die Ausführungen weiter unten.

<sup>9</sup> Ebd., S. 267; Küppers, Kriegsarbeit (wie Anm. 1), S. 29.





Abb. 2: Hauptbahnhof (Inbetriebnahme: 26.10.1860; das steinerne Hauptgebäude wurde 1872 erbaut), Bahnhofstraße 44 a (heute: Konrad-Adenauer-Platz 3). Quartier für 110 Mann.<sup>10</sup>

Abb. 3: Bahnhof-Nord (Inbetriebnahme: 15.10.1874), Rheinische Straße 27 (heute: Ostring 15). Quartier für 180 Mann.<sup>11</sup>

Abb. 4: Städtische Höhere Mädchenschule, 1865 gegründet, seit 1900 in diesem Neubau an der Jahnstraße 4, Ecke Arndtstraße untergebracht.<sup>12</sup>

Hauptwohnungskommission für Bochum, Gelsenkirchen und den Restbezirk Dortmund.<sup>13</sup>

Bereits kurz vor der Besetzung durch die französischen Truppen hatte die Bochumer Stadtverwaltung das so genannte Besatzungsamt eingerichtet, das den dienstlichen Verkehr mit den französischen Zivil- und Militärbehörden erledigen, bei allen Angelegenheiten zwischen Bevölkerung und Besatzung vermitteln und auch für die Unterbringung der französischen Truppen sorgen sollte. Diese zumeist aus 30, zeitweise aber auch aus bis zu 40 Beamten und Angestellten bestehende Dienststelle wurde im Zuge zunehmender Belastungen erheblich ausgebaut und in fünf Abteilungen untergliedert, die fast ständig von französischen Offizieren kontrolliert wurden; Abteilung II war



<sup>10</sup> Hungerige, Erinnerungen (wie Anm. 4), S. 48; Hansi Hungerige, Alt-Bochum auf den ersten Blick. Gudensberg-Gleichen 2003, S. 19; Hans-Ulrich Krefß/Hansi Hungerige, Bochum. Gestern und heute – Eine Gegenüberstellung, Gudensberg-Gleichen 2000, S. 37.

<sup>11</sup> Hungerige, Erinnerungen (wie Anm. 4), S. 13; Krefß/Hungerige, Bochum (wie Anm. 10), S. 10.

<sup>12</sup> Hungerige, Erinnerungen (wie Anm. 4), S. 13.

<sup>13</sup> Küppers, Kriegsarbeit (wie Anm. 10), S. 267; Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 29.

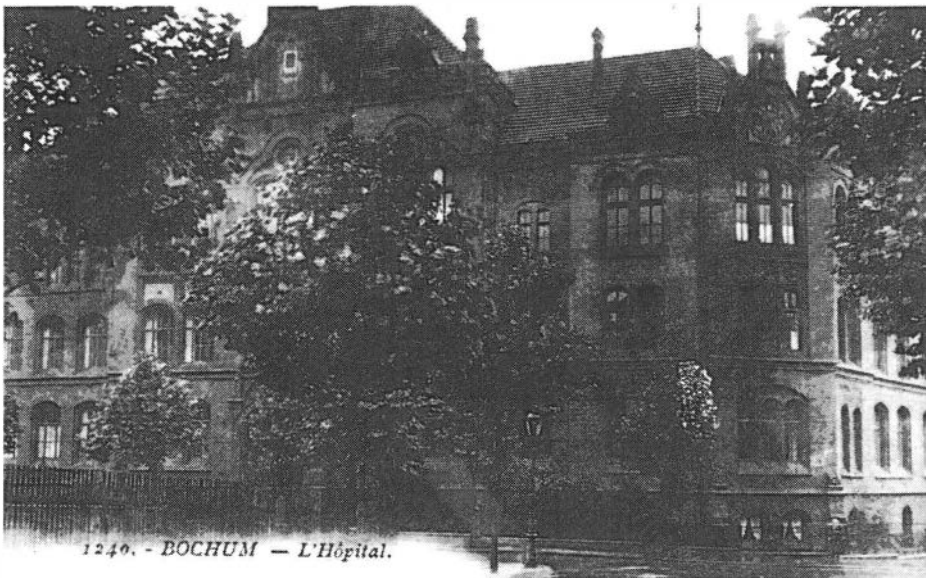


Abb. 5: Bochum – L'Hôpital – Städtische Höhere Mädchenschule

dabei u. a. für die Unterbringung der Besatzungstruppen in den Privat- und Massenquartieren sowie für die Ausstattung der Quartiere zuständig, Abteilung IIIb dagegen u. a. für die Beschaffung der Quartiere.<sup>14</sup> Offiziere, Unteroffiziere und Zivilisten wurden nach Möglichkeit in Hotels wie z. B. im Hotel Bochumer Hof an der Allee-straße 17 (Abb. 7), das als Offiziersunterkunft diente, und Bürgerquartieren untergebracht, falls es notwendig wurde aber auch in öffentlichen Gebäuden wie in dem „Caserne Davoust“ genannten Staatl. Gymnasium an der Bismarckstraße 16, das auch als Unteroffiziersheim diente (Abb. 8 und 9), deren Inneneinrichtungen den jeweiligen Erfordernissen angepasst wurden.

Die folgenden drei Tabellen geben einen systematischen Überblick der Bochumer Gebäude, die von französischen Truppen beschlagnahmt wurden, sowie Informationen über Lage und (soweit bekannt) Verwendung und den Zeitraum der Beschlagnahmung. Die basalen Angaben stammen aus zwei Arbeiten des Stadthistorikers Paul Küppers (1858-1936)<sup>15</sup> und wurden in tabellarischer

<sup>14</sup> Küppers, *Kriegsarbeit* (wie Anm. 10), S. 268-269. „Für die Beratung und Erledigung von Besatzungsangelegenheiten wurde ferner ein ‚Besatzungsausschuß‘ aus Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten eingesetzt.“

<sup>15</sup> Der in Mönchengladbach gebürtige Dr. Dr. Paul Küppers (1858-1936) war seit 1889 Hauptschriftleiter des Märkischen Sprechers in Bochum, von 1910 bis 1929 Stadtverordneter in Bochum. Siehe *Stadt Bochum, Bochumer Straßennamen* (wie Anm. 5), S. 306 und zur Lebensgeschichte auch den Nachruf im *Bochumer Anzeiger* vom 9. Juli 1936. Neben Bochum unter fremder Gewalt (1930) stammen u. a. auch *Bismarck: Erinnerungen und Urkunden aus einer Bismarck-Stadt der westfälischen Mark zum 100. Geburtstag des Eisernen Kanzlers* (Bochum, 1915), *Die Kriegsarbeit der Stadt Bochum 1914-1918* (Bochum, 1926; darin zur Ruhrbesetzung Kap. XII, S. 267-

Form zusammengefasst, teilweise berichtigt und ergänzt.<sup>16</sup> Tabelle 1 gibt eine Übersicht beschlagnahmter Gebäude, die eine besondere französische Bezeichnung erhielten, Tabelle 2 listet alle weiteren Gebäude ohne spezifische französische Bezeichnung auf, die als Offiziers-, Unteroffiziers- und Mannschaftsquartiere dienten, und Tabelle 3 enthält Gebäude, die sonstigen Zecken dienten (Verwaltung, Magazine etc.).

Abb. 6: Bochum – Palais de Justice – Landgericht, Schillerstraße 11 (heute: Jungesellenstraße). Unterbringung des Militärpolizei- und Kriegesgerichts von Juli 1923 bis Januar bzw. Oktober

1924. Das Militärpolizeigericht wurde am 7. Januar von Bochum nach Dortmund verlegt.



276), *Rathausbilder – Erinnerungen eines Altstädters* (Bochum, 1927) und *Bochumer Heimstätten-Gesellschaft GmbH 1917-1927* (Bochum, 1929) von ihm. 1929 wurde die Küppersstraße nach ihm benannt.

<sup>16</sup> Hierzu dienten vor allem die Übersichten bei Küppers, *Kriegsarbeit* (wie Anm. 10), S. 269 und insbesondere Küppers, *Ruhrbesetzung* (wie Anm. 1), S. 30-33 sowie S. 189-198, zusätzlich wurden verstreute Hinweise aufgenommen. Die Hausnummern wurden vom Verfasser nahezu vollständig ergänzt, ebenso viele Straßennamen. Auf Abweichungen gegenüber der Darstellung bei Küppers oder Unstimmigkeiten wird in Fußnoten aufmerksam gemacht.

Tab. 1: Übersicht beschlagnahmter Gebäude in Bochum mit französischer Bezeichnung

Gebäude	Französische Bezeichnung	Lage	Verwendung als	Unterbringung von	Beschlagnahmung
Oberrealschule II (Abb. 10)	Caserne Foch	Königsallee 79	Generalstabsquartier	Teile der Infanterie, des Tankgeschwaders und als französisches Soldatenheim	20. Januar 1923 – 5. März 1924 <sup>17</sup>
Städtische Höhere Mädchenschule (Oberlyzeum) (Abb. 4)	L'Hopital (Abb. 5)	Jahnstraße 4 <sup>18</sup> / Ecke Arndtstraße	Militär-Hospital		5. März 1923 <sup>19</sup> – August 1924
Staatliches Gymnasium	Caserne Davoust (Abb. 8 + 9)	Bismarckstraße 16	Mannschafts-quartier	Ein Infanterie-Bataillon und Unter-offiziersheim	22. Januar 1923 – 20. Juli 1925
Drusenbergschule (Abb. 11)	Caserne Jeanne d'Arc	Drusenbergstraße 31-33	Mannschafts-quartier	Ein Infanterie-Bataillon; 315 Mann	19. März 1923 – 11. Mai 1924
Evangelische und katholische Schulen	Caserne Pétain (Abb. 12)	Fahrendeller Straße 17, 25 und 27 <sup>20</sup>	Mannschafts-quartier	Teile der Infanterie	27. März 1923 – Mai bzw. Oktober 1924
Evangelische und katholische Schulen	Caserne Franchet de Esperey	Wiemelhauser Straße 270/272	Mannschafts-quartier	Teile der Artillerie	16. März 1923 – 20. Juli 1925
Evangelische und katholische Schulen (Abb. 13)	Quartier Fayolle (Abb. 14)	Ottostraße 56 und 62-64	Mannschafts-quartier		25. Oktober 1923 – 20. Juli 1925
Städtisches Verwaltungsgebäude	Caserne Napoléon (Abb. 1)	Trankgasse 5 <sup>21</sup>	Mannschafts-quartier	Hauptgerätelager und Teile der Infanterie	11. April 1923 <sup>22</sup> – 20. Juli 1925
Bochumer Bleiwerke GmbH	Quartier Maistre (Abb. 15)	Steinstraße 36-40 <sup>23</sup>	Mannschafts-quartier	Teile der Artillerie und als Lager	9. März 1923 – 30. April 1924
Gesellschaft „Harmonie“	Mess des Officiers (Abb. 26)	Harmoniestraße 2 / Ecke Hochstraße 25	Offizierskasino		5. Juli 1923 – 20. Juli 1925

<sup>17</sup> Laut Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 197: 6. März 1924. Bereits am 10. Januar 1924 wurde das Generalstabsquartier in die Schule an der A-B-C-Straße 8-10 verlegt (ebd.).

<sup>18</sup> Küppers, Kriegsarbeit (wie Anm. 10), S. 269 und Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 32 nennen hier fälschlich die in der Nähe gelegene Bleichstraße. Die amtliche Adresse des „Städtischen Lyzeums I und Oberlyzeums mit Frauenschule“ (so die offizielle Bezeichnung) war jedoch Jahnstraße 4.

<sup>19</sup> Laut Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 193: 7. Mai 1923.

<sup>20</sup> Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 31 gibt hier fälschlich Fahrendeller Straße 15, 17 und 25 an, korrekt sind jedoch die Hausnummern 17, 25 und 27: Die evangelische Schule lag an der Fahrendeller Straße 25, die katholische Schule mit der Nr. 27 direkt daneben. Die eigenständige Klosterschule hatte die Adresse Klosterstraße 22, die dazu gehörende Turnhalle dagegen die Adresse Fahrendeller Straße 17 (Adreßbuch der Stadt Bochum 1920). Die Fahrendeller Straße 15 existierte nicht, da die Fahrendeller Straße mit dem Schulgelände der Klosterschule an der Blücherstraße (heute: Stühmeyerstraße) endete.

<sup>21</sup> Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 31 gibt Trankgasse 5 an, Küppers, Kriegsarbeit (wie Anm. 10), S. 269 dagegen Trankgasse 7-9. In den Adreßbüchern der Stadt Bochum 1920 und 1924/25 finden sich jeweils die Einträge „Trankgasse 5, Städt. Verwaltungsgebäude, vormals Schlegel-Scharpenseel-Brauerei“, im Adreßbuch von 1929 [sic!] der interessante Hinweis „Trankgasse 7, 9, 9a, Städt. Verwaltungsgebäude, z. Zt. von der Besetzung in Benutzung“.

<sup>22</sup> Laut Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 192: 12. April 1923.

<sup>23</sup> Bei Küppers, Kriegsarbeit (wie Anm. 10), S. 269 und Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 31 findet sich hier fälschlich die Angabe Wiemelhauser Straße. Nach den Adreßbüchern der Stadt Bochum 1920 und 1924/25 befanden sich die Bochumer Bleiwerke jedoch in der Steinstraße 36-40 (heute Querenburger Straße 36-40).



Gebäude	Französische Bezeichnung	Lage	Verwendung als	Unterbringung von	Beschlagnahmung
„Bürgergesellschaft“	Mess des Sous-Officiers et Foyer du Soldat (Abb. 16)	Wilhelmstraße 9	Unteroffiziers- und Mannschaftskasino		3. Juli 1923 – 20. Juli 1925
Landgericht und Staatsanwaltschaft	Palais de Justice (Abb. 6)	Schillerstraße 11	Kriegsgericht und Militärpolizeigericht <sup>24</sup>		23. Juli 1923 <sup>25</sup> – 7. Januar 1924 bzw. Oktober 1924



Abb. 7: Hotel „Bochumer Hof“, Inh. Bruno Heske, Alleestraße 17. Unterkunft für 46 Offiziere und 250 Mann.



Abb. 8: Bochum – Nouveau Lycée – Staatliches Gymnasium, Bismarckstraße 16 (heute: Ostring 23), 1890 bis 1892 erbaut. Von Januar 1923 bis Juli 1925 als Caserne Davoust Verwendung als Mannschaftsquartier für ein Infanterie-Bataillon und als Unteroffiziersheim.<sup>26</sup>

<sup>24</sup> Das Militärpolizeigericht wurde schon am 7. Januar 1924 von Bochum nach Dortmund verlegt. Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 197.

<sup>25</sup> Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 194 gibt alternativ den 19. Juli 1923 an.

<sup>26</sup> Hungerige, Erinnerungen (wie Anm. 4), S. 14.



Abb. 9: Bochum – Caserne Davoust – Staatliches Gymnasium, Bismarckstraße 16 (heute: Ost-ring 23).

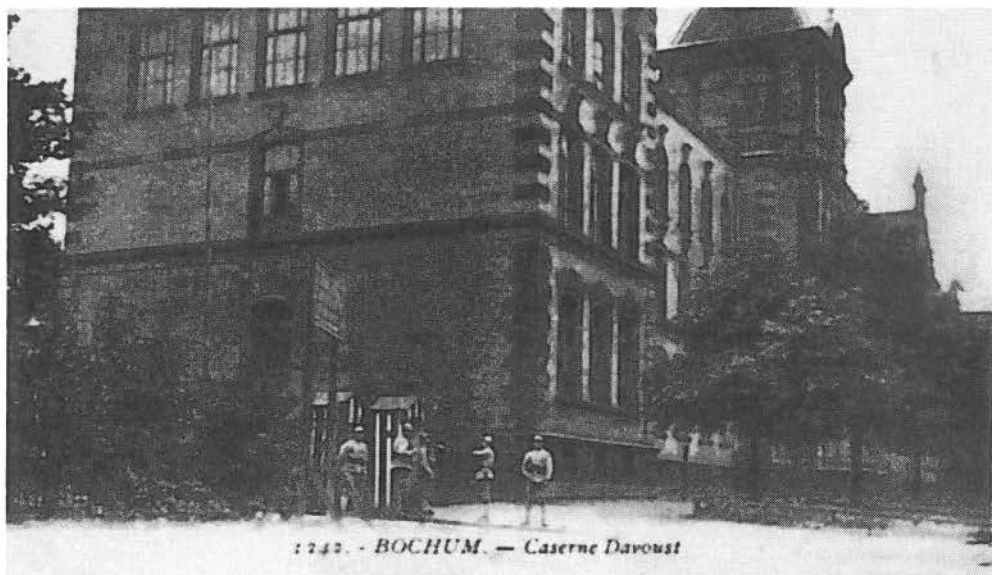
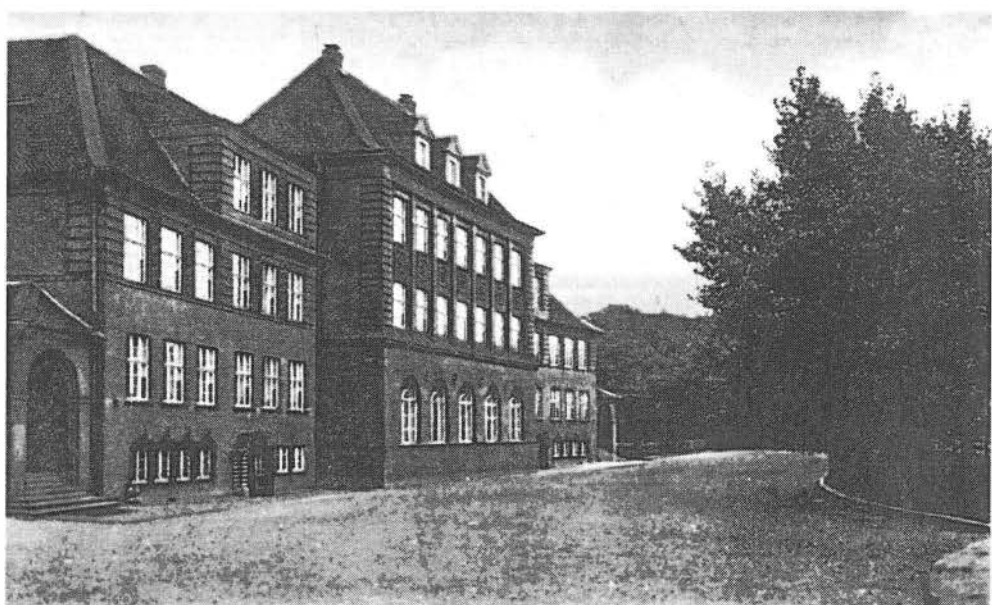


Abb. 10: Oberrealschule II, Königsallee 79 – Von Januar 1923 bis März 1924 Generalstabsquartier Caserne Foch, Unterbringung von Teilen der Infanterie und des Tankgeschwaders sowie Verwendung als Soldatenheim.



Abb. 11: Drusenbergschule, Drusenbergstraße 31-33 – Caserne Jeanne d'Arc. Von März 1923 bis Mai 1924 Verwendung als Mannschaftsquartier (315 Mann, Infanterie-Bataillon).





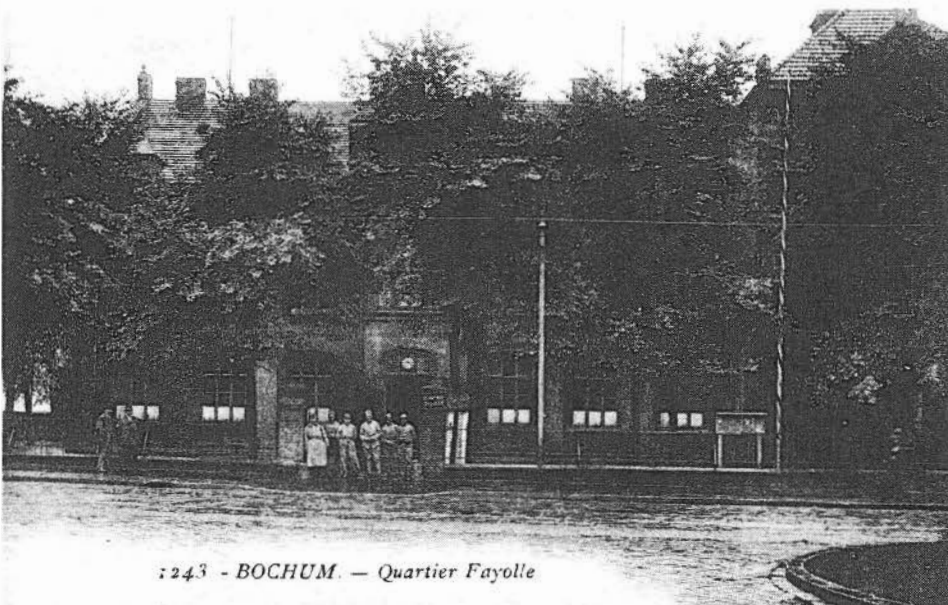
1245. - BOCHUM. — Caserne Pétain

Abb. 12: Bochum – Caserne Pétain – evangelische und katholische Schulen, Fahrendeller Straße 17, 25 und 27. Von März 1923 bis Mai bzw. Oktober 1924 Verwendung als Mannschaftsquartier (Teile der Infanterie).



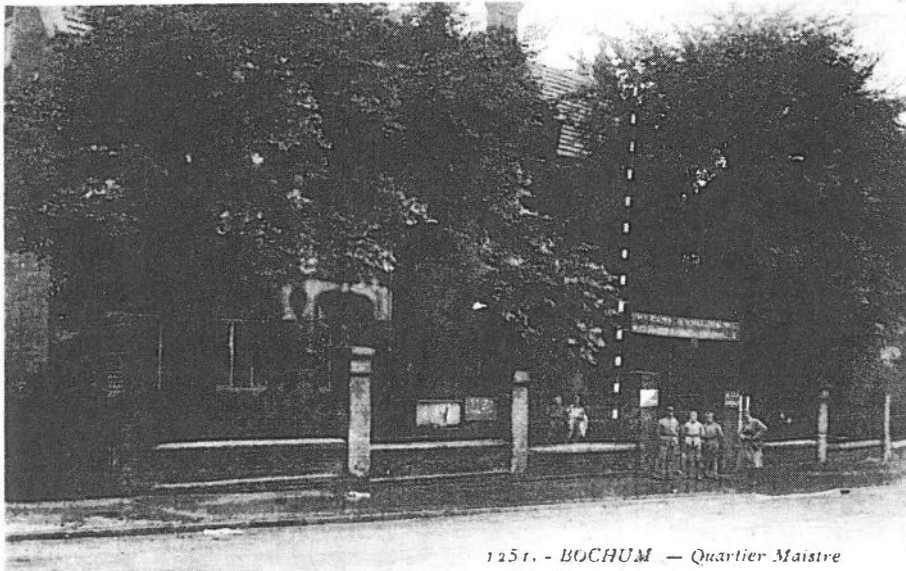
Gruss aus Bochum i. W.

Abb. 13: Evangelische und katholische Schulen, Ottostraße 56 und 62-64 (heute: Oskar-Hoffmann-Straße, Plus-Filiale). Von Oktober 1923 bis Juli 1925 Verwendung als Mannschaftsquartier (Quartier Fayolle).



1243 - BOCHUM. — Quartier Fayolle

Abb. 14: Bochum – Quartier Fayolle – evangelische und katholische Schulen, Ottostraße 56 und 62-64 (heute: Oskar-Hoffmann-Straße, Plus-Filiale). Von Oktober 1923 bis Juli 1925 Verwendung als Mannschaftsquartier.



1251. - BOCHUM - Quartier Maistre

Abb. 15: Bochum – Quartier Maistre – Bochumer Bleiwerke, Steinstraße 36-40 (heute: Querenburger Straße 36-40). Von März 1923 bis April 1924 Verwendung als Mannschaftsquartier (Teile der Artillerie, Lager).



1250. - BOCHUM.  
Mess des Sous-Officiers  
et Foyer du Soldat

Abb. 16: Bochum – Mess des Sous-Officiers et Foyer du Soldat – Wilhelmstraße 9 (heute: Huestraße 15, Firma Mode Ebel, Ecke Luisenstraße). Von Juli 1923 bis Juli 1925 Verwendung als Unteroffiziers- und Mannschaftskasino.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Namensgebung der französischen Mannschaftsquartiere: Mehrere der besetzten Gebäude wurden nach klassischen Gestalten der französischen Militärgeschichte benannt, das Mannschaftsquartier in der Drusenbergschule (Abb. 11) nach der französischen Nationalheldin und Heiligen der Katholischen Kirche Jeanne d'Arc (ca. 1412-1431), das im Städtischen Verwaltungsgebäude in der Trankgasse 5 (Abb. 1) nach Napoléon Bonaparte (1769-1821) und das im Staatlichen Gymnasium in der Bismarckstraße 16 (Abb. 8 und 9) nach Napoléons General Louis-Nicolas d'Avouët, genannt Davoust (1770-1828, auch Davoust

geschrieben), der u. a. am 14. Oktober 1806 das preußische Heer bei Auerstedt schlug und 1813 die Stadt Hamburg eroberte, 20.000 Menschen aus der Stadt vertrieb und 8.000 Wohnungen niederbrannte.<sup>27</sup>

Weitere Gebäude wurden nach vier der insgesamt acht Marschälle der Dritten Französischen Republik (1871-1940) benannt, die alle im 1. Weltkrieg eine bedeutende Rolle spielten: Das Mannschaftsquartier in den evangelischen und katholischen Schulen an der Fahrendeller Straße 17, 25 und 27 (Abb. 12) nach Henri Philippe Pétain (1856-1951), 1923 für die Franzosen noch der „Held von Verdun“<sup>28</sup> (1916); das Generalstabsquartier an der Königsallee in der Oberrealschule II (Abb. 10) nach Ferdinand Foch (1851-1929), der nach dreitägigen Verhandlungen am 11. November 1918 im Wald von Compiègne die Unterzeichnung des Waffenstillstandes durch die Deutschen entgegen nahm und für eine endgültige Zerteilung des Deutschen Reiches eintrat; das Mannschaftsquartier in den evangelischen und katholischen Schulen an der Ottostraße 56 und 62-64 (Abb. 13 und 14) nach Émile Fayolle (1852-1928), der im Dezember 1918, nach Abzug der deutschen Truppen, zusammen mit General Charles Marie Emmanuel Mangin (1866-1925) Rheinhessen und die Stadt Mainz besetzte; sowie das Quartier in den Schulen an der Wiemelhauser Straße 270/272 nach Louis Félix Marie Franchet d'Esperey (1856-1942), der

<sup>27</sup> Möglicherweise (aber eher unwahrscheinlich) bezieht sich die Namensgebung auch auf den weniger bekannten Militärschriftsteller und General Leopold Claude Etienne Davoust (1829-1904), Herzog von Auerstedt, der im Deutsch-Französischen Krieg 1870 bei Metz in Kriegsgefangenschaft geriet. Louis-Nicolas Davoust war sein Großonkel.

<sup>28</sup> Pétain wurde im Juli 1940 Staatschef der Vichy-Regierung (1940-1944) und am 14. August 1945 wegen Kollaboration zum Tode verurteilt. Von Charles de Gaulle (1890-1970) zu lebenslanger Haft begnadigt, starb er 1951 auf der Atlantikinsel Île d'Yeu.



Tab. 2: Übersicht beschlagnahmter Gebäude in Bochum, die als Quartiere dienten (ohne spezifische französische Bezeichnung)

Gebäude	Lage	Verwendung als	Unterbringung von	Beschlagnahmung
Deutsche Ammoniak-Verkaufs-Vereinigung GmbH	Wittener Straße 47	Mannschafts-quartier	200 Mann	11. Januar 1923 <sup>29</sup> – ?
Eisenbahnbetriebsamt <sup>30</sup>	Königsallee 47	Mannschafts-quartier	60 Mann	15. Januar 1923 – November 1924
Evangelisches Vereinshaus (Abb. 17)	Mühlenstraße 25	Mannschafts-quartier	420 Mann	Anfang 1923 <sup>31</sup> – ?
Fabrik Otto Mahr und Fabrikgelände	Wiemelhauser Straße 74	Mannschafts-quartier		13. Oktober 1923 – 20. Juli 1925 <sup>32</sup>
Gaststätte Balkenhol	Klosterstraße 33	Mannschafts-quartier	87 Mann	Anfang 1923 – ?
Gaststätte Becker	Wiemelhauser Straße 414	Mannschafts-quartier	90 Mann	Anfang 1923 – ?
Gaststätte Bergmann	Markstraße 71	Mannschafts-quartier	30 Mann	Anfang 1923 – ?
Gaststätte Braukämper	Markstraße 350	Mannschafts-quartier	140 Mann	Anfang 1923 – ?
Gaststätte Dickamp	Steinstraße 65	Mannschafts-quartier	103 Mann	Anfang 1923 – ?
Gaststätte Hanefeld <sup>33</sup>	Brenscheder Straße 56	Mannschafts-quartier	110 Mann	Anfang 1923 – ?
Gaststätte Knepper	Wiemelhauser Straße 187	Mannschafts-quartier	110 Mann	Anfang 1923 – ?
Gaststätte Niemann	Wiemelhauser Straße 214	Mannschafts-quartier	146 Mann	Anfang 1923 – ?
Gaststätte Weitkämper <sup>34</sup> (Abb. 18)	Waldstraße 23	Mannschafts-quartier	105 Mann	Anfang 1923 – ?
Gußstahlbahnhof	Alleestraße 25	Mannschafts-quartier	40 Mann	15. Juni 1923 – ?
Hauptbahnhof (Abb. 2)	Bahnhofstraße 44 a	Mannschafts-quartier	110 Mann	9. März 1923 <sup>35</sup> – ?
Hotel Bochumer Hof (Abb. 7)	Alleestraße 17 / Ecke Humboldtstraße	Offiziers-unterkunft	46 Offiziere <sup>36</sup> und 250 Mann	Anfang 1923 – ?

<sup>29</sup> Die Deutsche Ammoniak-Verkaufs-Vereinigung wurde ebenso wie das Gebäude des Benzol-Verbandes bereits am 11. Januar 1923 durch einen Zug Kavallerie besetzt, der einige Stunden später durch eine „Kompagnie Infanterie mit Maschinengewehren“ abgelöst wurde. Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 149.

<sup>30</sup> Das Eisenbahnbetriebsamt diente auch als französische Regieverwaltung und Feldeisenbahnstelle; Tab. 3.

<sup>31</sup> Mit Anfang 1923 ist hier und im Folgenden ungefähr das 1. Quartal 1923 gemeint, vor allem die Monate Januar bis März.

<sup>32</sup> Die Fabrik wurde früher freigegeben. Küppers, Kriegsarbeit (wie Anm. 10), S. 269.

<sup>33</sup> Bei Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 31 in falscher Schreibweise: „bei Hanefeld“.

<sup>34</sup> Bei Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 30 nur „bei Weitkämper“ genannt; gemeint ist die „Gaststätte Waldesruh“, Inhaber war die Familie Weitkämper. Auch die übrigen Gaststätten (Tab. 2) sind bei Küppers nicht als solche benannt.

<sup>35</sup> Siehe z. B. Hungerige, Postgeschichte (wie Anm. 6), S. 68. Die Bochumer Bahnhöfe wurden jedoch mehrfach besetzt und wieder freigegeben, oft auch kurzfristig, so z. B. der Hauptbahnhofs schon am 27. Februar 1923. Am 15. Juni 1923 wurden alle Bochumer Bahnhöfe besetzt, ab dem 13. Juli waren alle an Bochum vorbeiführenden Eisenbahnlinien in französischen Händen. Erst ab dem 21. März 1924 wurde der Bahndienst wieder von deutschen Beamten durchgeführt, es wurde aber immer noch mit französischem Geld bezahlt. Erst in der Nacht vom 15./16. November 1924 wurde alles wieder der Reichsbahn übergeben. Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 87-89.

<sup>36</sup> 58 weitere Offiziere wurden in Privaträumen untergebracht. Ebd., S. 30.



Gebäude	Lage	Verwendung als	Unterbringung von	Beschiagnahme
Hotel Carl Schulze (Abb. 19)	Bahnhofstraße 2	Mannschafts- quartier	50 Mann	Anfang 1923 – ?
Lagerhaus Barenberg	Kronenstraße 45-69	Mannschafts- quartier		1. Juli 1923 <sup>37</sup> – März 1925
Neuapostolische Gemeinde	Rheinische Straße	Mannschafts- quartier	150 Mann	Anfang 1923 – ?
Nordbahnhof (Abb. 3)	Rheinische Straße 27	Mannschafts- quartier	180 Mann	20. Februar 1923 – 21. Februar 1923
Oberrealschule I (Abb. 20)	Goethestraße 3	Mannschafts- quartier	500 Mann	
Schule, evangelisch <sup>38</sup>	Wittener Straße 61 <sup>39</sup>	Mannschafts- quartier	30 Mann	Anfang 1923 – ?
Schule, katholisch <sup>40</sup> (A-B-C-Schule)	A-B-C-Straße 8-10	Generalstabs- quartier <sup>41</sup> , Post, Schatzmeisterei		23. Juli 1923 <sup>42</sup> – 20. Juli 1925
Turnhalle <sup>43</sup>	Bismarckstraße 16	Mannschafts- quartier	130 Mann	22. Januar 1923 – 20. Juli 1925
Turnhalle <sup>44</sup> (Abb. 21)	Jahnstraße 2 / Ecke Bleichstraße	Mannschafts- quartier	110 Mann	5. März 1923[?] – August 1924 [?]
Turnhalle <sup>45</sup>	Fahrendeller Straße 17	Mannschafts- quartier	80 Mann	27. März 1923 – ?
Villa Moskopp	Farnstraße 59	Generalquartier		15. Januar 1923 <sup>46</sup> – Ende Juli 1924
Westfalenbank (Abb. 24)	Kaiserstraße 24	Stabsquartier, zeitweise Zivil- kommandantur und Wohnungs- kommission		28. April 1924 – 20. Juli 1925

<sup>37</sup> Alternativ zu dieser Angabe aus Küppers, Kriegsarbeit (wie Anm. 10), S. 269 gibt Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 195 den 30. Juli an.

<sup>38</sup> Die evangelische Schule an der Wittener Straße führte keinen Namen.

<sup>39</sup> Bei Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 31: Wittener Straße 63; laut Adreßbuch der Stadt Bochum 1920 jedoch Wittener Straße 61.

<sup>40</sup> Die katholische Schule an der A-B-C-Straße 8-10 führte keinen Namen. Ab Januar 1924 mussten zwei Klassenräume für den Unterricht der Kinder der französischen Familien eingerichtet werden, die nach Aufgabe des passiven Widerstands nach Bochum gekommen waren. Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 44.

<sup>41</sup> Das Generalstabsquartier wurde aufgrund des Truppenwechsels und der veränderten Befehlsgewalt am 10. Januar 1924 von der Oberrealschule II an der Königsallee (Caserne Foch; Abb. 10) in die A-B-C-Schule verlegt. Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 197.

<sup>42</sup> Ebd., S. 194 gibt alternativ den 19. Juli 1923 an.

<sup>43</sup> Die Turnhalle gehörte zum Staatl. Gymnasium.

<sup>44</sup> Die Turnhalle (Jahnstraße 2) gehörte zur Städtischen Höheren Mädchenschule (Jahnstraße 4) und wurde vermutlich ebenfalls am 5. März 1923 (bis August 1924?) besetzt (Tab. 1). Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 30 gibt hier als Adresse lediglich Bleichstraße an.

<sup>45</sup> Die Adresse der Turnhalle wird bei Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 30 mit Klosterstraße angegeben, und in der Tat gehört die Turnhalle zur Klosterschule (Klosterstraße 22); die amtliche Adresse der Turnhalle ist jedoch Fahrendeller Straße 17 (Adreßbuch der Stadt Bochum 1920).

<sup>46</sup> An anderer Stelle bei Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 190: 11. Februar 1923.



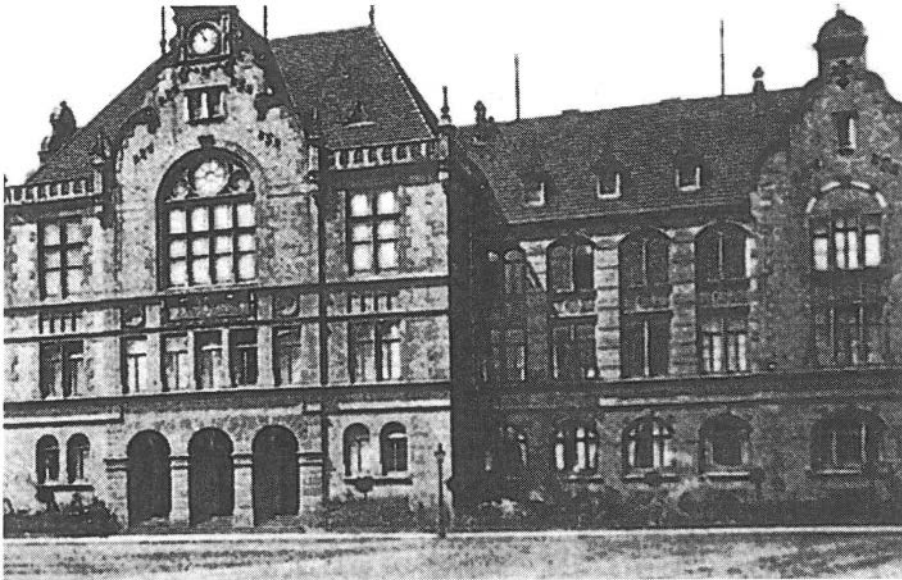
Abb. 17: Evangelisches Vereinshaus, Mühlenstraße 25 (heute: Windmühlenstraße). Zu Beginn der Ruhrbesetzung Quartier für 420 Mann.



Abb. 18: Gaststätte „Waldesruh“, Inh. Witwe Carl Weitkämper, Waldstraße 23 (heute: Waldring). Zu Beginn der Ruhrbesetzung Quartier für 105 Mann.



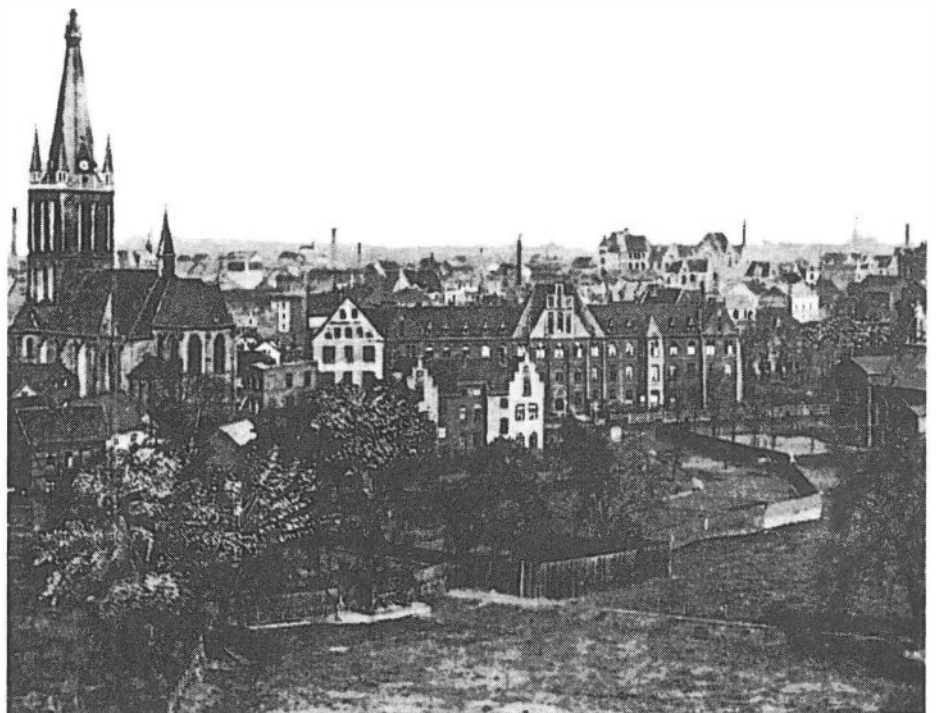
Abb. 19: Hotel „Carl Schulze“, Inh. Hugo Schulze, Bahnhofstraße 2 (heute: Brüderstraße 2). Zu Beginn der Ruhrbesetzung Quartier für 50 Mann.



*Abb. 20: Oberrealschule I,  
Goethestraße 3. Quartier für 500 Mann.*

u. a. 1918 eine Großoffensive gegen die österreich-ungarischen und bulgarischen Truppen führte. Auch das in den Bochumer Bleiwerken untergebrachte Mannschaftsquartier an der Steinstraße 36-40 (Abb. 15) wurde nach einem General des 1. Weltkriegs benannt: Paul André Marie Maistre (1858-1922), ein Cousin Fayolles, verhinderte u. a. im Frühjahr 1918 als Befehlshaber der 10. Armee einen schnellen Vorstoß der deutschen Truppen an der Westfront.

Auch wenn Davoust, der „Robespierre von Hamburg“, den Bochumern des Jahres 1923 nicht mehr in Erinnerung gewesen sein mag, die Benennung Bochumer Gebäude nach siegreichen französischen Generälen des verlorenen Weltkrieges, der erst vier Jahre zurück lag, wird vielen wie eine zusätzliche Provokation vorgekommen sein.



*Abb. 21: Turnhalle der Städtischen Höheren Mädchenschule, Jahnstraße 2, Ecke Bleichstraße. Von März 1923 bis August 1924 Quartier für 110 Mann.*

Tab. 3: Übersicht sonstiger beschlagnahmter Gebäude in Bochum

Gebäude	Lage	Verwendung als	Beschlagnahmung
Autogarage Korte	Kaiser-Wilhelm-Straße 33 a	unbekannt	Januar 1924 – 20. Juli 1925
Barner Bank-Verein	Wilhelmplatz 3-4, 1. Etage	Zivilkommandantur	12. November 1923 – 30. April 1924
Benzol-Verband GmbH	Wittener Straße 47		11. Januar 1923 <sup>47</sup> – ?
Eisenbahnbetriebsamt <sup>48</sup>	Königsallee 47	französische Regieverwaltung und Feldeisenbahnstelle	15. Januar 1923 – November 1924
Gerichtsgefängnis	A-B-C-Straße 2	französisches Gerichtsgefängnis	23. Juli 1923 <sup>49</sup> – Januar 1924, teilweise 1924/1925
Geschäftslokal H. F. Behnke Buchdruckerei Photo- graphische Ges. M. b. H.	Friedrichstraße 13 <sup>50</sup>	Buchhandlung Hachette <sup>51</sup>	Januar 1923 – Mai 1925
Gummertshof	Malt(h)eserstraße 12-14 <sup>52</sup>	Räume und Stallungen	bis Besatzungsende
Geschäftslokal Knapstein	Friedrichstraße 9	französische Lesehalle	November 1923 – November 1924
Herberge zur Heimat (Abb. 22)	Humboldtstraße 59/61	französische Wache	15. Juni 1923 – ?
Kasino-Gesellschaft	Goethestraße 2	MICUM	13. Oktober 1923 – September 1924
Lagerhalle Knüwer	Ottostraße 66	Stallung; Unterbringung von Pferden usw.	13. Oktober 1923 <sup>53</sup> – 20. Juli 1925
Lagerhalle Mönninghoff	Wiemelhauser Straße 228	Stallung; Unterbringung von Artilleriepferden	13. Oktober 1923 – 20. Juli 1925
Lagerhalle Müller	Unbekannt	Proviantamt	13. Oktober 1923 – 20. Juli 1925
Lagerhalle Schäfer	Wiemelhauser Straße 211	Magazin	25. September 1923 <sup>54</sup> – 25. April 1924
Lagerschuppen Speck <sup>55</sup>	Steinstraße 32	Proviantamt	2. November 1923 – 30. April 1924

<sup>47</sup> Bereits am 11. Januar 1923 durch einen Zug Kavallerie besetzt.

<sup>48</sup> Das Eisenbahnbetriebsamt diente auch als Mannschaftsquartier, Tab. 2.

<sup>49</sup> Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 194 gibt stattdessen den 19. Juli 1923 an. Er führt dazu aus, dass an diesem Tag die Beschlagnahmung erfolgte, ab dem 24. Juli 1923 diente es als Militärgefängnis der 40. Infanterie-Division.

<sup>50</sup> Bei Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 32 und ebenso bei Küppers, Kriegsarbeit (wie Anm. 10), S. 269 findet sich hier fälschlich die Angabe Friedrichstraße 12. Dort waren jedoch nur Privatwohnungen und eine Rechtsanwaltspraxis untergebracht, die Buchhandlung befand sich auf der gegenüberliegenden Straßenseite.

<sup>51</sup> Hierbei handelt es sich um eine Außenstelle einer der schon im 19. Jahrhundert größten Buchhandlungen Frankreichs, gegründet 1826 in Paris durch Louis Christophe François Hachette (1800-1864). Ab 1913 stieg Hachette in das internationale europäische Geschäft ein; die Mediengruppe Hachette existiert noch heute.

<sup>52</sup> Hungerige, Postgeschichte (wie Anm. 6), S. 142. Bereits 1891 wurde auch das Nachbargrundstück Maltheserstraße 10 (heute: Malteserstraße) an Friedrich Gummert verkauft.

<sup>53</sup> Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 196 nennt dagegen den 25. Oktober 1923.

<sup>54</sup> Küppers, Kriegsarbeit (wie Anm. 10), S. 269 gibt exakt den 25. September 1923 an, Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 31 dagegen den Januar 1923. Auf S. 196 nennt er als drittes Datum noch den 25. Oktober 1923.

<sup>55</sup> Der Lagerschuppen gehörte zur Holzgroßhandlung Max Speck (Adreßbuch der Stadt Bochum 1920).



Gebäude	Lage	Verwendung als	Beschlagnahmung
Polizeidirektion (Abb. 23)	Hattinger Straße 59-61	Zeitweise Ein- und Ausfuhramt und Dienststelle der französi- schen Kriminalpolizei	28. Februar 1923 – ? dann teilweise bis Besatzungsende
Rathaus	Alleestraße 2		12. April 1923 <sup>56</sup> – 10. Juni 1923 <sup>57</sup>
Spedition Reichenbach	Wittener Straße 30	Pferdeställe (Finkenstraße 30 a) <sup>58</sup>	bis Besatzungsende
Reichsbank	Friedrichstraße 10		10. Juli 1923 <sup>59</sup> – 24. November 1923
Reichspostamt	Alleestraße 1 und 3		28. Februar 1923 <sup>60</sup> – Besatzungsende <sup>61</sup>
Reichstelegraphenam	Alleestraße 3 und 5		15. Januar 1923 <sup>62</sup> – ?
Städtisches Verwaltungs- gebäude, Futtermittelstelle	Malt(h)eserstraße 14 (Gummertshof) <sup>63</sup>		12. April 1923 – 10. Juni 1923 <sup>64</sup>
Stadthauptkasse	Alleestraße 2		15. September 1923 – 27. September 1923 <sup>65</sup>
Süddeutsches Möbelhaus W. Keul	Hattinger Straße 65-67	Eisenbahn-Cooperative	November 1923 – Dezember 1924
Villa Pinagel	Alleestraße 34	französische Kriminalpolizei (Sureté)	Februar 1924 – 20. Juli 1925

<sup>56</sup> Vom 12. April bis zum 10. Juni 1923 wurden alle Dienstgebäude der städtischen Verwaltung besetzt; Anlass war die unterlassene Ausführung eines Requisitionsbefehls. Küppers, *Kriegsarbeit* (wie Anm. 10), S. 23 und 272.

<sup>57</sup> Küppers, *Ruhrbesetzung* (wie Anm. 1), S. 23 sowie Brinkmann, *Bochum* (wie Anm. 3), S. 233. Nach Küppers, *Ruhrbesetzung* (wie Anm. 1), S. 193 wird das Rathaus am 2. Juni 1923 freigegeben.

<sup>58</sup> Die Firma H. Reichenbach (Möbeltransport, Spedition, Fuhrwesen und Lagerung) hatte ihren Sitz an der Stelle, wo die Finkenstraße in die Wittener Straße mündete. Die auch von Küppers, *Ruhrbesetzung* (wie Anm. 1), S. 175 für die dort befindlichen Pferdeställe angegebene Anschrift Finkenstraße hatte die Hausnummer 30 a, die Spedition selbst dagegen die Anschrift Wittener Straße 30.

<sup>59</sup> Eine erste Besetzung des Reichsbankgebäudes fand bereits am 19. Januar 1923 statt. Küppers, *Ruhrbesetzung* (wie Anm. 1), S. 67 und 189.

<sup>60</sup> Hungerige, *Postgeschichte* (wie Anm. 6), S. 68.

<sup>61</sup> Gegen Ende der Besetzung war noch ein Raum des Postamts beschlagnahmt. Küppers, *Ruhrbesetzung* (wie Anm. 1), S. 175.

<sup>62</sup> Hungerige, *Postgeschichte* (wie Anm. 6), S. 164.

<sup>63</sup> Das an verschiedenen Stellen bei Küppers genannte „Städt. Verwaltungsgebäude an der Maltheserstraße“ gehörte zum Gummertshof und hatte die Anschrift Maltheserstraße 14; untergebracht war dort die Futtermittelstelle (*Adreßbuch der Stadt Bochum 1920*). Andere Verwaltungsgebäude an der Maltheserstraße aus dieser Zeit sind nicht bekannt.

<sup>64</sup> Nach Küppers, *Ruhrbesetzung* (wie Anm. 1), S. 193 wurde das Städtische Verwaltungsgebäude am 2. Juni 1923 freigegeben.

<sup>65</sup> Küppers, *Ruhrbesetzung* (wie Anm. 1), S. 196 gibt dagegen als Zeitraum der Besetzung den 17. bis 25. September 1923 an.

## Der Abzug der französischen Truppen aus Bochum

Waren im Sommer 1923, noch während des passiven Widerstands der Bochumer Bevölkerung, 300 Offiziere, 3.500 Unteroffiziere und Mannschaften und 120 Angehörige der Regie-Verwaltung, des Zolls, der Alliierten Kontrollbehörde der Hütten- und Bergwerksbetriebe (MICUM) und Angehörige sonstiger Zivildienststellen unterzubringen, so sanken diese Zahlen Anfang 1924, nach Aufgabe des passiven Widerstands, auf 200 Offiziere sowie 2.000 Unteroffiziere und Mannschaften; die Anzahl der Angehörigen blieb gleich. Hinzu kamen jedoch 750 neu eingetroffene Familienangehörige, sodass die Anforderungen an die Ausstattungen der Quartiere zunahmen. Jeder Besatzungsangehörige konnte entsprechend seinem Dienstgrad und gemäß einer zuvor erstellten Anschaffungsliste Ansprüche stellen, die fast immer

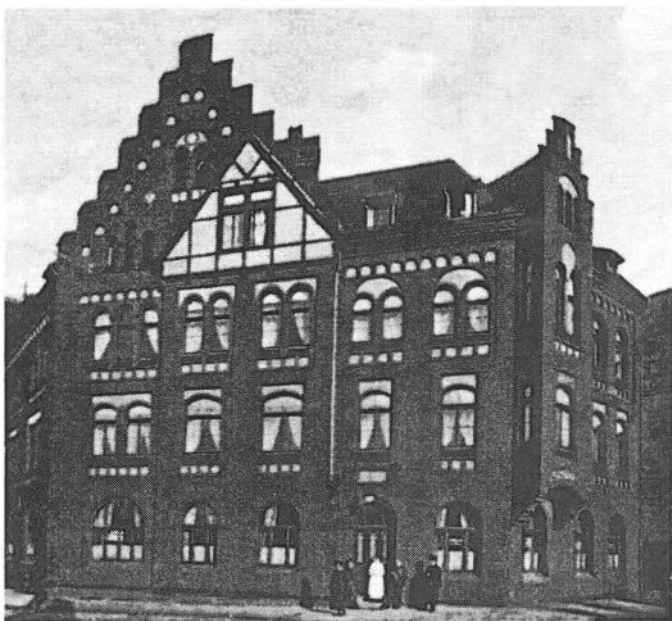


Abb. 22: Christliches Hospiz (Herberge zur Heimat), Humboldtstraße 59-61. Das Gebäude wurde 1907 von der Diakoniananstalt Nazareth in Bethel (Bielefeld) erbaut.<sup>66</sup> Im Juni 1923 wurde hier eine französische Wache untergebracht.

auch geltend gemacht wurden. Erst Anfang Juli 1925, mit Beginn des militärischen Abzugs, sank die Zahl der französischen Truppen auf 100 Offiziere, 1.000 Unteroffiziere und Mannschaften, 30 Verwaltungsangehörige und 350 Familienangehörige.<sup>67</sup>

<sup>66</sup> Hungerige, Erinnerungen (wie Anm. 4), S. 42.

<sup>67</sup> Küppers, Kriegsarbeit (wie Anm. 10), S. 270; Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 34-36. Quartals-Statistiken für die Jahre 1923 bis 1925 zur Anzahl der belegten Massen- und Privatquartiere finden sich ebenfalls dort. Hieraus lässt sich z. B. ersehen, dass im 4. Quartal 1923 206 Einzelzimmer und 90 Wohnungen mit zwei und drei Zimmern belegt waren, keins dagegen mit mehr als drei Zimmern. Im 1.

Zudem änderten sich im Januar 1924 die militärische Befehlsgewalt in Bochum und damit auch die einquartierten Truppen: Die 40. Infanterie-Division unter General Nayral de Bourgon wurde durch die 3. Infanterie-Division unter General Franck ersetzt, das Divisionsquartier von Weimar nach Bochum verlegt, General Odry, der bisherige Brigadeführer und Platzkommandant in Bochum, wurde durch General Franck abgelöst.<sup>68</sup>

2 ½ Jahre mussten Stadtverwaltung und Bevölkerung die schwere Zeit der Besetzung ertragen, bevor dieser der Stadtverwaltung in einem Schreiben vom 2. Juli 1925 mitteilte, dass die Garnison Bochum die Stadt innerhalb eines bestimmten Zeitraums räumen würde. Konkret legte er in einem weiteren Schreiben vom 17. Juli 1925 diesen Zeitpunkt auf die Mitternachtsstunde des 20. Juli 1925 fest.<sup>69</sup> Bereits in der ersten Jahreshälfte war die Truppenstärke dezimiert worden. In den Morgenstunden des 20. Juli 1925 verließen die letzten Besatzungseinheiten die

*Bochum.  
Christliches Hospiz.*

Stadt. Zwei Monate später, am 17. September 1925, kam es dann in Bochum zu einer großen Befreiungskundgebung des besetzt gewesenen Ruhrgebiets in Gegenwart des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg (1847-1934).

Die durch die Besetzung entstandenen Einquartierungsschäden bei den Privatquartieren wurden durch die jeweiligen Quartiergeber über das Besatzungsamt der französischen Wohnungskommission im ehemaligen Gebäude der Westfalenbank in der Kaiserstraße 24 (Abb. 24) gemeldet, die zusammen mit einem Dolmetscher und einem deutschen Gutachter eine Besichtigung der Schäden vornahm.

Die ca. 100 Schadensfälle wurden anschließend in der Hauptwohnungskommission verhandelt, die aus vier französischen Vertretern und dem Vorsteher des Besatzungsamts bestand; den Vorsitz führte der Gebietskommandant, General Franck. Bis auf einen Fall wurde gegen die Stimme des deutschen Vertreters entschieden und festgestellt, dass es sich bei den Schäden um „Normalverschleiß“ handele. Die Schäden in den Massenquartieren wurden gesondert begutachtet, auch hier nahmen ein deutscher technischer Sachverständiger

Quartal 1924 sind nur noch 90 Einzelzimmer belegt, dagegen 190 Wohnungen mit zwei und drei Zimmern und 63 Wohnungen mit mehr als drei Zimmern. Dies zeigt sehr deutlich die veränderte Situation beim Eintreffen der französischen Familien nach der Aufgabe des passiven Widerstands. Zwischen 1923 und 1925 wohnten insgesamt 668 französische Familien in Bochum.

<sup>68</sup> Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 29.

<sup>69</sup> Küppers, Kriegsarbeit (wie Anm. 10), S. 275; Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 198.

sowie ein Dolmetscher teil. Für die Prüfung aller Kasernen und Dienststellen waren lediglich drei bis vier Tage vorgesehen, bei ungefähr der Hälfte der festgestellten Schäden wurde „Besatzungsnormalverschleiß“ festgestellt.<sup>70</sup>

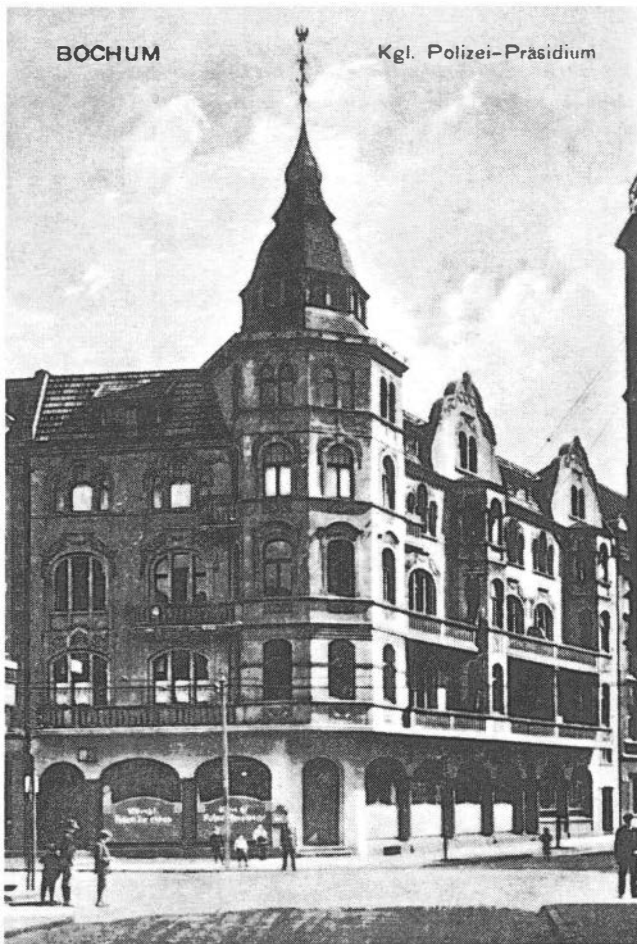


Abb. 23: Polizei-Präsidium, Hattinger Straße 59-61. Das Gebäude Hattinger Straße 59 wurde ab 1911 wegen Raum-mangel mitgenutzt; zunächst war nur das Gebäude Hattinger Straße 61 in Gebrauch.<sup>71</sup> Während der Ruhrbesetzung zeitweilig Ein- und Ausfuhramt sowie Dienststelle der französischen Kriminalpolizei.

### **Französische Ansichtskarten mit Bochumer Motiven**

Unmittelbar nach der Besetzung Bochums am 15. Januar 1923 begann ein reger Briefwechsel zwischen den Besatzern und ihren Familien und Freunden in der Heimat. Der früheste Beleg eines Feldpoststempels auf einer Bochumer Ansichtskarte in meiner Sammlung datiert vom 16. Januar 1923, abgeschlagen beim Feldpostamt 23 in Weitmar, wo das Divisionsquartier für ein Jahr unterge-

<sup>70</sup> Küppers, Kriegsarbeit (wie Anm. 10), S. 275-276; Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 174-176.

<sup>71</sup> Hungerige, Alt-Bochum (wie Anm. 7), S. 16.

bracht war. Während es häufig Ansichtskarten sind, die allgemein in Umlauf waren und in deutschen Druckereien hergestellt wurden, tauchen aber immer wieder auf Tauschtagen, Messen oder in Sammlerkreisen Bochumer Ansichtskarten mit französischer Beschriftung auf. Einteilen lassen sich diese Ansichtskarten in zwei Serien.

Werter Kamerad! Endlich komme ich dazu auch einmal einige Zeilen an die in Autun zurück gebliebenen Kameraden ergehen zu lassen. Geht nämlich hier ganz gut, gefällt mir sogar besser wie in Autun. Der Franken gilt heute 3.900 Mark. Da kannst Du Bier trinken wie es Dir geschmeckt, der Schoppen kostet 400 M. Wir leben jetzt nicht mehr wie Gott in Frankreich, sondern wie Gott in Deutschland. Das einzige ist, die Schwobenmädchen wollen nicht viel wissen von den Franzosen. Sonst gänge es ganz gut, schaffe nichts als wie alle sechs Tage einmal Stallwache schieben und alle zwei, drei Nächte eine Stunde Patrouille gehen. [...] Sonst weiß ich Dir nicht viel zu schreiben, noch eines, daß wir hier meist in großen Tanzsälen liegen und da fehlt es nicht als wie an Musik und jungen Mädchen. [...] Gruß an alle bekannten Elsässer,

Dein Kamerad Georges Bürg

*Grußtext des deutschsprachigen französischen Soldaten Georges Bürg an einen Kameraden, geschrieben in Riemke am 30. Mai 1923*

### **Serie I (12 Karten in zwei Varianten)**

Gedruckt von der französischen Druckerei Phototypie Daniel Delboy, Mircecourt, und vierstellig von 1240 bis 1251 durchnummeriert (für den Bochumer Bereich; Tab. 4), zeigt diese Serie fast nur Gebäude, die unmittelbar mit den Standorten der Besatzungstruppen zusammenhängen, in einer schwarz/weißen und einer bläulichen Variante.

Zumindest die bläuliche Variante gab es offensichtlich sowohl als einzelne Karten zu kaufen als auch als sogenanntes Leporello-Album. Das 19-bändige Meyers Konversationslexikon definiert diese in der 4. Auflage (1885-1892) als „eine zusammenhängende Reihe von Photographien, Lithographien etc., die in Buchform zusammengefaltet werden können. Die Benennung stammt von dem Diener Don Juans her. Die Leporello-Albums [sic!] enthalten meist Einzelansichten von Städten, Gegenden, Kunstwerken etc.“<sup>72</sup> Diese faltbaren Hefte in der Form eines langen Papier- oder Kartonstreifens wurden und werden vor allem für Foto- und Bildserien, aber auch für Faltblätter, Prospekte, kleine Taschenkalender und Kinderbücher verwendet. Sie sind oft in Passepartouts aus

<sup>72</sup> Zitiert nach Meyers Konversationslexikon, Bd. 10 von Königshofen bis Luzon, 4. Auflage, Leipzig und Wien 1885-1892, S. 709.

Papier oder Karton eingeschoben und werden in Städten im Süden Europas noch gern an Touristen verkauft.

Abbildung 25 zeigt das Passepartout des Leporello-Albums in der bläulichen Variante. Einzelne Karten, die aus einem solchen Album gelöst wurden, weisen oben und unten einen deutlich „gezähnten“ Rand auf. Die Tatsache, dass Karten in der gleichen Ausführung auch mit glattem Rand existieren, macht deutlich, dass diese auch als Einzelstücke gedruckt wurden.

Abb. 24: Bochum – Bureau de la Place – Kaiserstraße 24, Ecke Marienplatz 2 (heute: Viktoriastraße/Ecke Marienplatz 2, Arbeitsgericht).<sup>73</sup> Von April 1924 bis Juli 1925 waren hier das Stabsquartier, zeitweilig auch die Zivilkommandantur und die Wohnungskommission untergebracht.

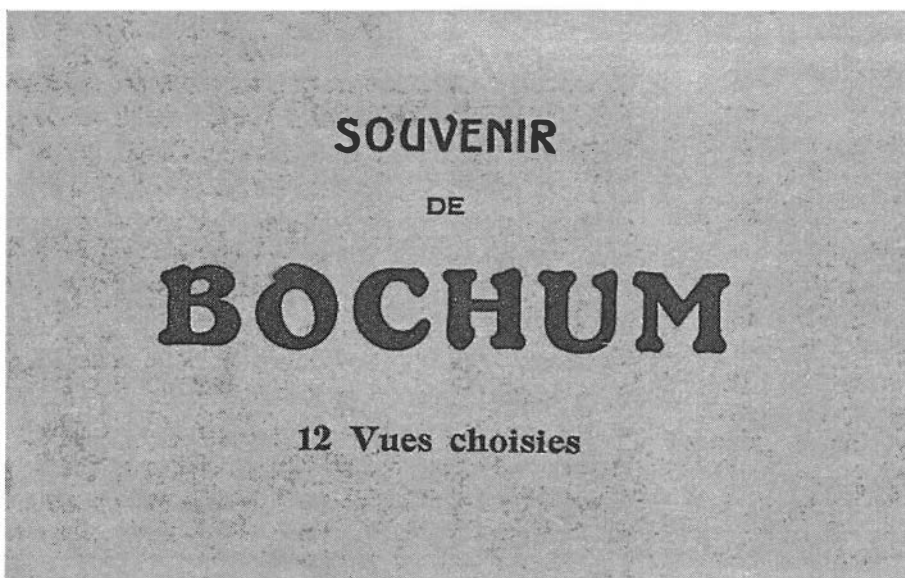


Abb. 25: Leporello-Album (Passepartout): Souvenir de Bochum, 12 Vues choisies.

<sup>73</sup> Hungerige, Erinnerungen (wie Anm. 4), S. 43.



Tab. 4: Übersicht der zwölf Karten der französischen Druckerei Phototypie Daniel Delboy, Mircecourt

Lfd. Nr.	Kartenbeschriftung	Standortbeschreibung
1240.	– Bochum. – L'Hôpital (Abb. 5)	Städtische Höhere Mädchenschule, (Freiherr-vom-Stein-Schule/Heinrich-Böll-Schule), Jahnstraße 4 / Ecke Arndtstraße
1241.	– Bochum Bureau de la Place (Abb. 24)	Kaiserstraße 24 / Marienplatz 2 (heute: Viktoriastraße / Ecke Marienplatz 2, Arbeitsgericht)
1242.	– Bochum. – Caserne Davoust (Abb. 9)	Neues Gymnasium, Bismarckstraße 16 (heute: Gymnasium am Ostring 23)
1243.	– Bochum. – Quartier Fayolle (Abb. 14)	evangelische und katholische Schulen, Ottostraße 56 und 62-64 (heute: Oskar-Hoffmann-Straße, Plus-Filiale)
1244.	– Bochum – Place de la Gare	Bahnhofplatz (heute: Konrad-Adenauer-Platz, Bermuda-Dreieck)
1245.	– Bochum. – Caserne Pétain (Abb. 12)	Schulen an der Farendeller Straße 17, 25 und 27
1246.	– Bochum. – Rue de la Gare et Rue Friedrich	Bahnhofstraße, Ecke Friedrichstraße (heute Brüderstraße / Ecke Kortumstraße)
1247.	– Bochum Caserne Napoléon (Abb. 1)	Trankgasse <sup>74</sup> 5
1248.	– Bochum. Le Théâtre	Stadt-Theater, Königsallee 15
1249.	– Bochum Mess des Officiers (Abb. 26)	Gesellschaft „Harmonie“, Harmoniestraße 2 / Ecke Hochstraße 25 (heute: Harmoniestraße / Ecke Kortumstraße 70, C & A Brenninkmeyer)
1250.	– Bochum. Mess des Sous-Officiers et Foyer du Soldat (Abb. 16)	„Bürgergesellschaft“, Wilhelmstraße 9 / Ecke Louisenstraße (heute: Huestraße 15, Firma Mode Ebel / Ecke Luisenstraße)
1251.	– Bochum – Quartier Maistre (Abb. 15)	Bochumer Bleiwerke, Steinstraße 36-40 (heute: Querenburger Straße 36-40),



Abb. 26: Bochum – Mess des Officiers – Gesellschaft „Harmonie“, Harmoniestraße 2 (heute: Harmoniestraße / Ecke Kortumstraße 70, C. & A. Brenninkmeyer). Offizierskasino von Juli 1923 bis Juli 1925.

<sup>74</sup>Die Trankgasse verschwand ebenso wie u. a. der Weilenbrink, die Finkenstraße oder die Straße An der Krim nach dem Wiederaufbau in den 1950er-Jahren aus dem Bochumer Stadtbild.

3. - BOCHUM. - Allgemeiner Knappschafts Verein - Eingang

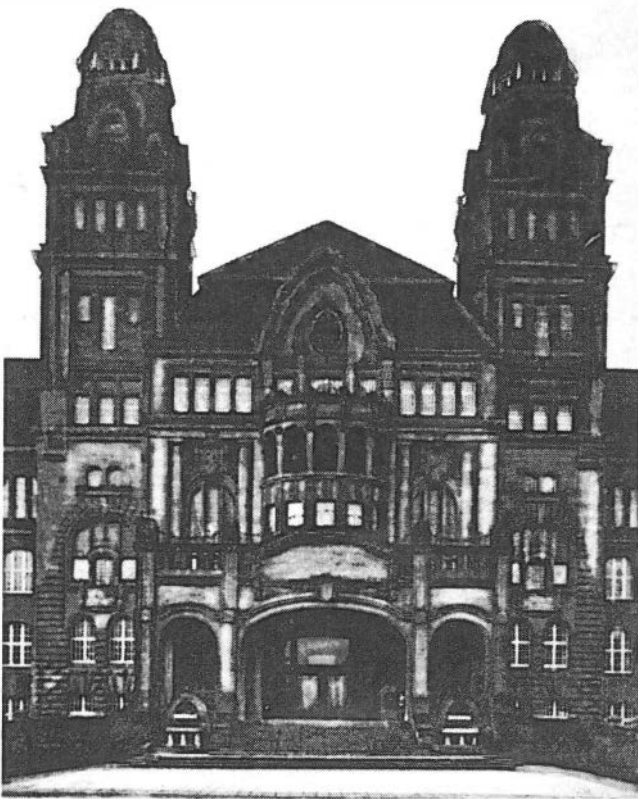


Abb. 27: Bochum – Allgemeiner Knappschafts-Verein – Eingang

### Serie II (20 Karten in drei Varianten)

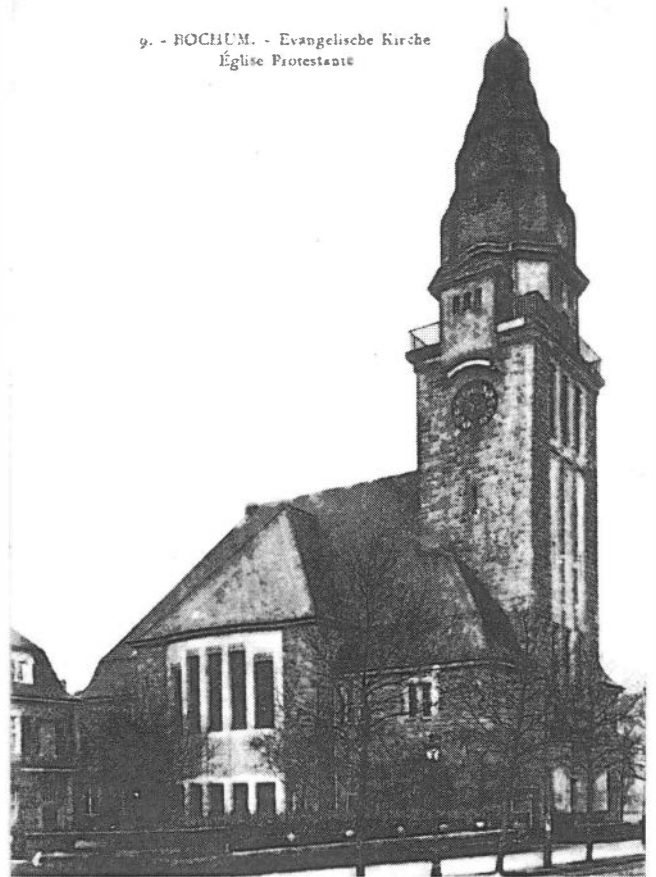
Diese Serie trägt auch auf einigen Karten den Namen der französischen Druckerei Delboy, aber auf der Ansichtseite immer die Initialen M. H. Da diese Serie ausschließlich bekannte Bochumer Gebäude, Denkmale, Parks und Kirchen zeigt, die es auch auf deutschen Ansichtskarten aus dieser Zeit gibt, liegt die Vermutung nahe, dass diese Serie in Bochum bei der Druckerei Hachette gedruckt wurde, da auch der Verkauf der Karten in der Buchhandlung Hachette, Friedrichstraße 13, und in den Casinos der Armeeangehörigen nachweislich getätigt wurde. Diese Serie ist von 1 bis 20 durchnummeriert (Tab. 5) und wurde in Farbe, in schwarz/weiß und in einer rötlichen Variante produziert.

Abb. 28: Bochum – Église Protestante – Melancthonkirche, Königsallee 48. Für den französischen (evangelischen) Gottesdienst wurde jedoch die Pauluskirche an der Grabenstraße beschlagnahmt.<sup>75</sup>

Abb. 29: Bochum – La Synagoge – Wilhelmstraße 16 (heute: Huestraße)

<sup>75</sup> Küppers, Ruhrbesetzung (wie Anm. 1), S. 44 und 117. Die Pauluskirche wurde am 16. Mai 1923 wieder freigegeben.

9. - BOCHUM. - Evangelische Kirche  
Église Protestante



14. - BOCHUM. - Synagoge  
La Synagogue



Tab. 5: Übersicht der 20 Karten, vermutlich Druckerei Hachette, Bochum, Friedrichstraße 13

Lfd. Nr.:	Kartenbeschriftung	Standortbeschreibung
1	Bochum – Statue de l'Empereur Guillaume 1er	Denkmal Wilhelm der Große, Platz vor der Villa Marckhoff / Rosenstein (heute: Teil des Museums Bochum, Kortumstraße 147)
2	Bochum – Allgemeiner Knappschafts Verein –	Knappschaftsverein, Pieperstraße 14-28, Gesamtansicht
3	Bochum – Allgemeiner <sup>76</sup> Knappschafts Verein – Eingang (Abb. 27)	Knappschaftsverein, Pieperstraße 14-28, Eingang
4	Bochum – La Poste	Hauptpost; die Beschriftung ist falsch, die Abbildung zeigt das alte Rathaus
5	Bochum – Le Théâtre	Stadt-Theater, Königsallee 15
6	Bochum – Hôpital Ste. Elisabeth	Elisabeth-Krankenhaus, Bleichstraße 15
7	Nouveau Lycée (Abb. 8)	Neues Gymnasium, Bismarckstraße 16 (heute: Gymnasium am Ostwing 23)
8	Hotel de Ville	Rathaus; die Beschriftung ist falsch, die Abbildung zeigt die alte Hauptpost
9	Bochum – Église Protestante (Abb. 28)	Melanchthonkirche, Königsallee 48
10	Bochum – Tour de Bismarck	Bismarckturm im Stadtpark
11	Bochum – Statue de Bismarck	Bismarck-Denkmal (Park vor den Kaufmännischen Schulen der Handelskammer in Bochum, Bismarckstraße 13)
12	Bochum – Palace de Justice (Abb. 6)	Landgericht, Schillerstraße 11
13	Bochum – Église Saint Joseph	Josephskirche; die Beschriftung ist falsch, die Abbildung zeigt die Propsteikirche
14	Bochum – La Synagogue (Abb. 29)	Jüdische Synagoge, Wilhelmstraße 16 (heute: Huestraße)
15	Bochum – Église paroissiale (Abb. 30)	Propsteikirche; die Beschriftung ist falsch, die Abbildung zeigt die Josephskirche
16	Bochum – Bergschule	Bergschule, Herner Straße 45
17	Bochum – Rue Goethe	Goethestraße
18	Bochum – Rue de la Gare et Rue Frederic	Bahnhofstraße / Friedrichstraße (heute: Brüderstraße / Kortumstraße)
19	Bochum – Parc Municipal	Stadtpark
20	Bochum – Parc Municipal	Stadtpark, Eingang

<sup>76</sup> Der Kartenaufdruck lautet tatsächlich „Allgemeiner“, nicht „Allgemeiner“.

## Feldpost und Feldpoststempel im Bochumer Raum<sup>77</sup>

Bei ihrem Einmarsch ins Ruhrgebiet wurden die französischen Besatzungstruppen von ihren Feldpostämtern begleitet. Diese so genannten „Secteurs Postales“ („Postsektoren“ oder „Abschnittspostämter“) waren durchnummeriert und jeweils einer größeren Militärformation zugeordnet; in Weimar war das Feldpostamt Nr. 23 (Abb. 31 und 32), in Bochum das Feldpost Nr. 27 (Abb. 33) stationiert. Der Postsektor/das Abschnittspostamt war von seinem/ihren Charakter her mobil und nicht an einen Standort gebunden. Zuständig für die Post war bei den einzelnen Einheiten der „Vaguemestre“, der Feldpost-Unterroffizier. Er lieferte die Post seiner Einheit beim entsprechenden Secteur Postal ab und nahm dort auch die an die Einheiten gerichtete Post in Empfang. Die beim Secteur Postal gesammelte Post wurde von diesem an das „Bureau Frontière“ („Front- oder Grenzpostamt“) weitergeleitet. Dieses Bureau Frontière war das Basis- oder Zentralfeldpostamt für die gesamte Rheinarmee. Es leitete die Post weiter an das „Bureau Central Militaire“ (BCM) in Paris, dem obersten Feldpostamt der französischen Armee. Gleichzeitig war das Bureau Frontière Auswechsellpostamt zwischen der Feldpost und der Zivilpost. Die Anzahl der französischen Feldpostämter erreichte ihr Maximum während der Vorbereitung der Ruhrbesetzung 1921 und der Ruhrbesetzung selbst in den Jahren 1923/25.

Während der gesamten französischen Besatzungszeit galt für die Normalpost (Briefe und Postkarten) der Armeeingehörigen nach Frankreich oder den Kolonien in Nordafrika, dem Herkunftsland vieler Besatzungssoldaten, Gebührenfreiheit. Der Absender notierte auf seiner Post rechts oben den Vermerk „F.M.“ (= Franchise Militaire) oder „S.M.“ (= Service Militaire), um die Sendung als Militärpost kenntlich zu machen und somit die Erhebung einer Nachgebühr beim Empfänger zu vermeiden. Der Vaguemestre der Einheit schlug außerdem auf den

<sup>77</sup> Vereinzelt philatelistische Hinweise zum Thema Ruhrbesetzung in Bochum und insbesondere in Wattenscheid finden sich u. a. bei Rudolf Wantoch, *Die Wattenscheider Postgeschichte*, Bochum-Wattenscheid 1983, ders., *Beiträge zur Wattenscheider Postgeschichte*, Bochum-Wattenscheid 1986 und W. Spanke, *Ruhrbesetzung durch französische (und auch belgische) Truppen (auch in Wattenscheid?)*. Beilage zu den Bri-Sa-Bo-Nachrichten, RS-2/1994; siehe hierzu auch die Zusammenstellung von Karl-Heinz Pott, *Ruhrbesetzung durch französische Truppen (Zusammenstellung aus den Bri-Sa-Bo-Nachrichten)*, Bochum o. J. Die allgemeine (d. h. nicht auf Bochum bezogene) Darstellung dieses Kapitels orientiert sich an dem gut lesbaren Überblicksartikel *Feldpost der Franzosen in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg 1918-1935* aus Wikipedia – Die freie Enzyklopädie (<http://de.wikipedia.org/wiki/Hauptseite>; Download vom 4. Mai 2007). Ein allgemeiner Überblick zum Thema *Feldpost der Alliierten in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg 1918-1935* findet sich ebenfalls dort.

bei ihm aufgelieferten Poststücken seinen Dienststempel ab und bestätigte somit den Anspruch des Absenders auf Portofreiheit. Auch die Angabe einer Feldpostadresse mit der entsprechenden Secteur Postal-Nummer wies den Absender als Militärangehörigen aus. Letztes Merkmal für gebührenfreie Beförderung war schließlich der Abschlag des Feldpoststempels des Aufgabepostamts.

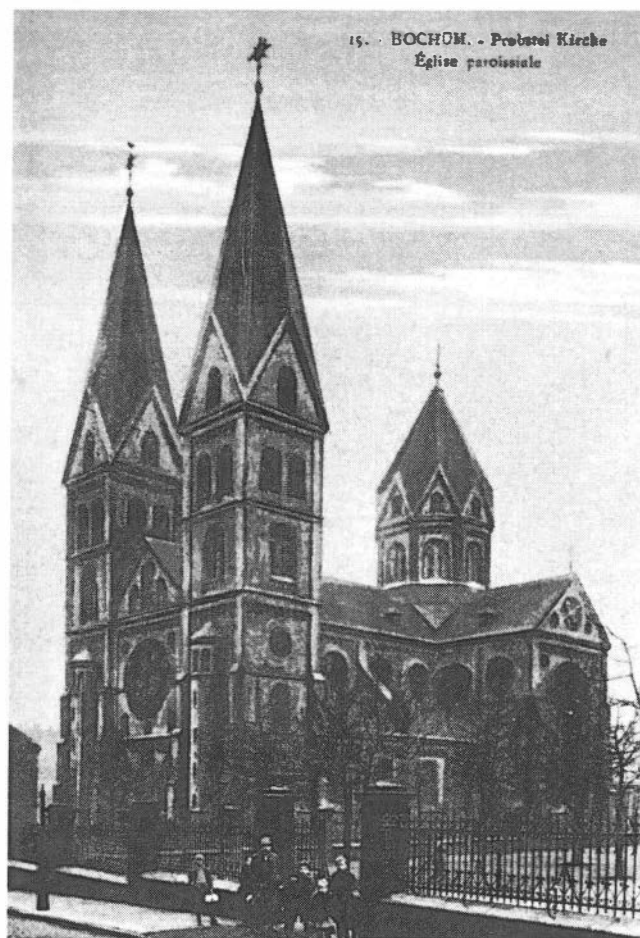


Abb. 30: Bochum – Église paroissiale – Probsteikirche (Die Beschriftung ist falsch, die Abbildung zeigt die Josephkirche).

Zur Verwendung kam überwiegend ein Einkreisstempel mit der Inschrift TRESOR ET POSTES, seltener die älteren, kleineren Zweikreisstempel. Die Einheit des Absenders bzw. der Aufgabeort waren aus der „Secteur Postal“-Nummer im Feldpoststempel zu erkennen. Ab Juni 1924 fand die Trennung der Finanzverwaltung (Trésorerie) und des Postwesens (Postes) in Frankreich auch ihren Niederschlag in den Feldpoststempeln. Die alten Nummernstempel mit der Inschrift TRESOR ET POSTES wurden folgerichtig durch neue Einkreisstempel mit der Inschrift POSTE AUX ARMEES ersetzt.

Auf Bochumer Ansichtskarten aus der Zeit der Ruhrbesetzung lassen sich folgende Secteur-Postal-Nummern nachweisen: S.P. 3 (Standort: unbekannt), S.P. 4 (Standort: unbekannt), S.P. 23 (Standort: Weimar), S.P. 27 (Standort: Bochum), S.P. 180 (Standort: unbekannt), S.P.



204 (Standort: Essen) und ein belgischer Feldpoststempel POSTES MILITAIRES / BELGIQUE / BELGIEN / LEGERPOSTERIJ Nr. 5 (Standort: Bochum; Abb. 34); außerdem sind auf zwei Wattenscheider Ansichtskarten die belgischen Feldpostämter Nr. 4 (Standorte: Bochum, Goch, Kaldenkirchen, Kempen, Kevelaer, Krefeld und Uerdingen) und Nr. 7 (Standort: Moers) nachweisbar.<sup>78</sup>

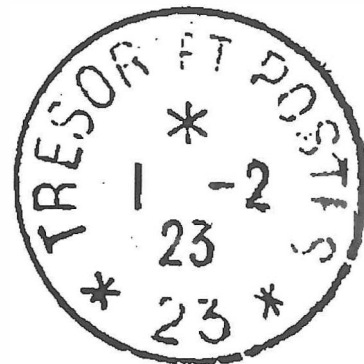


Abb. 32: Secteur Postal Nr. 23, Standort: Weitmar




Abb. 31: Secteur Postal Nr. 23, Standort: Weitmar




Abb. 33: Secteur Postal Nr. 27, Standort: Bochum

Exp: Gaudier Steiner  
 16. Chateau à pied.  
 1. Post. 1.5 Comp.  
 A. B. O. B. P. 215



S.M.B.



Martien Gaudier Steiner  
 Secrétaire Communal  
 89. Rue de la charrière  
 Houdeng-Aimeries  
 Belgique - (Union 4)

Abb. 34: Belgischer Feldpoststempel, B.P. 5 (Standort: Bochum)

Abbildungsnachweis:  
 Heinz-Günter Neukämper, Bochum (Abb. 9), Heinz-Günter Spichartz, Bochum (Abb. 15 und 25), alle übrigen Abbildungen stammen aus der Privatsammlung des Verfassers.

<sup>78</sup> Privatsammlung des Verfassers.

Hans Joachim Kreppke

## „Die öffentliche Unsittlichkeit frißt an dem Mark unseres Volkes“

### Auszug und Rückkehr der Prostitution in Bochum

Die Entscheidung der Behörde traf die Bochumer Bürgerschaft mit ganzer Wucht. In die scheinbare Idylle der Wohlanständigkeit drang 1912 die Nachricht, dass der Magistrat plane, das Quartier der Dirnen vom ehemaligen Stadtrand nahezu ins Zentrum der Stadt zu verlegen. Der gewerbliche Liebesdienst, ein seit Menschengedenken existenter, auch in Bochum nicht unbekannter Störfaktor im Weltbild des rechtschaffenen Bürgers, sollte eine neue Bleibe erhalten. Hart an der Grenze zum seit acht Jahren eingemeindeten Stadtteil Hamme gelegen, hatte die Wirkungsstätte der Prostitution, ausgeübt von gemeldeten und kontrollierten Dirnen, dort im Laufe von wenigen Jahren zu erheblichen Verwerfungen geführt und Stadtverwaltung und Polizei zum Handeln gezwungen. Die im geheimen betriebenen Planungen und administrativen Vorbereitungen zur Verlegung des Bordellbetriebes wurden im März des Jahres 1912 der erstaunten, teilweise entrüsteten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Ein neuer und nach Ansicht der Behörden besserer Standort des anstößigen Treibens war gefunden – nur gut einen Steinwurf von der Christuskirche und dem Rathaus entfernt.

#### Die Situation

Die Prostitution<sup>1</sup>, ein zumindest seit den 1860er-Jahren in Bochum auffallend florierender Erwerbszweig, der in der Öffentlichkeit bisher nur andeutungsweise erörtert worden war, wurde 1907 zum ersten Mal ein in Presse und Bürgerschaft breit diskutiertes Skandalthema. Der „Märkische Sprecher“, das viel gelesene Blatt der konservativ-sittlichen Art, dessen Aufmerksamkeit für gesellschaftliche Vorkommnisse bis dahin eher auf das umstürzlerische Treiben linker Arbeiterverführer gerichtet war, hatte seine Leserschaft zwar gelegentlich vom Treiben einer Prostituierten, „die seit längerer Zeit ihr Geschäft in unserer Stadt gewerbsmäßig betrieb“<sup>2</sup>, oder von der Verhaftung einer „liederlichen Dirne“<sup>3</sup>, sowie „über mehrere [!] übelberüchtigte Frauenzimmer von aus-

wärts“<sup>4</sup> unterrichtet, hatte den anstößigen Gesprächsstoff aber stets mit wenigen Sätzen abgehandelt. Die Etablierung des ersten Bordells am Stadtrand von Bochum um 1904 glaubte der „Märkische Sprecher“ seinerzeit ignorieren zu müssen.

1907 nahm das Blatt die geplante Gründung eines „Vereins zur Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit“<sup>5</sup> durch zwei bekannte und einflussreiche Herren zum Anlass, die Deckung zu verlassen und in eine breite Berichterstattung einzutreten. Sanitätsrat Dr. Goerdts und der Geheime Justizrat Landgerichtsdirektor Loerbrocks stellten der Einladung zur ersten Versammlung der Vereinigung am 1. Dezember in der „Tonhalle“<sup>6</sup>, an der 600 bis 700 Personen teilnahmen, ihre Beweggründe voran: „Die öffentliche Unsittlichkeit frißt an dem Mark unseres Volkes. Wer es mit sich, seiner Familie und seinem Vaterlande ernst nimmt, darf die Hände nicht in den Schoß legen und ruhig zusehen, bis es für eine Heilung des Schadens zu spät ist.“<sup>7</sup> Diese Vereinsgründung gab der interessierten Öffentlichkeit zu erkennen, dass man den Problemen der gewerblichen Unzucht in Bochum durch Verschweigen, Verkleinern oder Wegsehen nicht mehr beikommen werde. Dass auch das Vaterland Schaden nehmen könne, war ein immer gern gehörtes Argument, wenn es um die Bewahrung von Anstand, Ruhe und Ordnung ging.

Zwischenfälle, verursacht durch den um sich greifenden Unzuchtsverkehr, hatte es in letzter Zeit vermehrt gegeben. Zwei Wochen vor Anberaumung der Versammlung in der „Tonhalle“ war es im Wartesaal der 3. und 4. Klasse des Bahnhofs Süd, wo auch die „frei“ arbeitenden, d. h. die nicht angemeldeten und kontrollierten, Dirnen nach Arbeit Ausschau hielten, zu einer „wüsten Schlägerei“ gekommen, in der als Kampfmittel außer Spazierstöcken auch „Messer, Biergläser und sogar Bänke“ eingesetzt wurden. „Das Gros der Radaubröder und Muskelhelden setzte sich zusammen aus Zuhältern und sonstigem zahlreich dort herumlungernenden Gesindel, wie sie an gewissen Abenden der Woche, besonders aber des Samstags in jenem Wartesaal anzutreffen sind.“<sup>8</sup> Drei Tage später wurden in einer Wirtschaft am Moltkeplatz<sup>9</sup> „2 liederliche Frauenzimmer und 3 Mannpersonen verhaftet, die sich demnächst wegen gewerbsmäßiger Unzucht bzw. Kuppelei vor Gericht zu verantworten“ hätten.<sup>10</sup> Dass sich im Bochumer

<sup>4</sup> Märkischer Sprecher Nr. 72, 28. März 1877.

<sup>5</sup> 1896 unternahm die Evangelische Kirche erstmalig den Versuch, in Bochum eine Zweigstelle des „Westdeutschen Vereins zur Förderung der Sittlichkeit“ zu gründen. Märkischer Sprecher Nr. 87, 14. April 1896.

<sup>6</sup> Bongardstraße 14.

<sup>7</sup> Märkischer Sprecher Nr. 279, 28. November 1907.

<sup>8</sup> Märkischer Sprecher Nr. 271, 18. November 1907.

<sup>9</sup> Jetzt: Springerplatz.

<sup>10</sup> Märkischer Sprecher Nr. 195, 21. August 1907.

<sup>1</sup> „Prostitution, gewerbsmäßige und wahllose Hingabe des eigenen Körpers zu geschlechtlichen Zwecken“, Brockhaus-Lexikon, Bd. 14, Mannheim 1989, S. 293.

<sup>2</sup> Märkischer Sprecher Nr. 117, 27. Mai 1874.

<sup>3</sup> Märkischer Sprecher Nr. 186, 18. August 1874.

Stadtgebiet neben der behördlich sanktionierten Prostitution, die in überschaubarer Größe operierte, auch eine zahlenmäßig viel stärkere, „frei“ arbeitende Gruppierung etabliert hatte, war seit Jahrzehnten allseits bekannt, auch schwerlich zu übersehen. Das Anwerben fand auf Straßen und Plätzen, in bestimmten Gaststätten und Hotels und eben auch am Bahnhof statt.



Abb. 1: Das Foto, 1912 am Anfang der Alleestraße aufgenommen, zeigt rechts die Gebäude der Schlegel-Brauerei, hinten links das damalige Rathaus (was auch dem heutigen Standort entspricht) und vorne links, gleich neben der Gaststätte Hasselkuß, den damaligen Anfang der Maarbrückerstraße (jetzt Gußstahlstraße). Nur noch die schmale Humboldtstraße (der jetzige Westring) trennte den rechtschaffenen Bürger von den Stätten des Lasters. (Sammlung HGN)

Das moderne Verkehrsmittel Eisenbahn, in Bochum lange herbeigesehnt und 1860 in Betrieb genommen, hatte nicht nur die Wirtschaft belebt und die Menschen mobiler gemacht, es hatte auch mit der Etablierung einer Art von Dirnentouristik recht fatale und ins Auge springende Auswirkungen gezeitigt. Diesem speziellen Verkehr war in der sich rasch vergrößernden Industriestadt Bochum ein lukrativer Markt erstanden. Die wachsende Stahlindustrie und der Bergbau hatten die Zahl der einwandernden Arbeitsuchenden, im wesentlichen junge ledige Männer, erheblich steigen lassen und diese Entwicklung hatte nicht nur der Wirtschaft (und den Wirtschaften) aufgeholfen. Der expandierenden Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen, das stand außer Frage, wurden die ortsansässigen Dirnen allein kaum noch gerecht.

Selbst Franz Darpe, der zuverlässige – in Sachen Unsittlichkeit aber zurückhaltende – Chronist Bochums, kam nicht umhin zu vermelden, dass mit der Eröffnung

des Eisenbahn-Verkehrs die Prostitution in Bochum „überhand“ genommen habe und „aufs schamloseste betrieben“ werde.<sup>11</sup> P. Bernhard Scholten bezeichnete in seiner Festschrift<sup>12</sup> zum Jubiläum der am heutigen Imbuschplatz gelegenen Redemptoristenkirche die „religiös-sittliche Lage“ im aufstrebenden Industriegebiet zur Zeit der Gründung des Klosters als „nicht sehr rosig“.

Durch Scholtens Informanten, den er uns nicht nennt, erfahren wir, dass der Bürgermeister Greve „ein besonders sittenstrenger Herr gewesen“ sei, der die Prostitution nicht habe dulden wollen; wir fügen hinzu: auch nicht verhindern konnte. Pater Bernhard zitierte die Aufzeichnungen seines Zeitzeugen recht freimütig und letzterer wusste zu berichten: „Dafür wissen sich die Bochumer Herren, Junggesellen und Arbeiter schadlos zu halten. Jeden Samstagabend und Sonntagnachmittag bringt die Eisenbahn eine ausreichende Zahl der ‚Dämchen‘ auf den Bahnhof, woselbst hunderte (!) von Mannspersonen sie in Empfang nehmen.“

## Vormals

Unsere Vorfahren, schrieb Robert Hessen<sup>13</sup> und dachte an „die Germanen“, hätten „von sich aus keine Prostitution entwickelt“, sie aber in den Städten des „Dekumatenlandes“, also dem Siedlungsgebiet der Römer zwischen Rhein, Main und Neckar, vorgefunden; besonders in den Garnisonen längs des Rheines sei ihnen das Treiben der Dirnen begegnet. Dies liest sich gut, widerspricht aber doch der These vom angeblich „ältesten Gewerbe der Welt“.

Die „Frauen-“ oder „Hurenhäuser“ in den aufblühenden Städten des Spätmittelalters – beginnen wir hier – waren anerkannte und behördlich sanktionierte öffentliche Einrichtungen. Sie entstanden im deutschsprachigen Raum im 13. Jahrhundert; so in Augsburg 1273, in Wien 1278, in Hamburg 1292, in Basel 1293, in Eßlingen 1300 und in Stettin 1309.<sup>14</sup> Die Dirnen standen unter dem Schutz der Obrigkeit und zahlten an sie Abgaben. Ihre

<sup>11</sup> Franz Darpe, Geschichte der Stadt Bochum, Neudruck der Ausgabe von 1894, Bochum 1991, S. 556, Anm. 4.

<sup>12</sup> P. Bernhard Scholten, Hundert Jahre Redemptoristen in Bochum 1868-1968, Bochum 1968, S. 3.

<sup>13</sup> Robert Hessen, Die Prostitution in Deutschland, München 1910, S. 160 f.

<sup>14</sup> Max Bauer, Liebesleben in deutscher Vergangenheit, Berlin 1924, S. 127.

Wirkungsstätten waren anerkannte Institutionen im ständischen Gefüge der Stadt. Regina Schulte bemerkt, dass nicht nur die soziale „*Ventilfunktion*“ der Prostitution geregelt war, sondern auch ihr „*Umfang*“ im Verhältnis zur Einwohnerzahl: „*Wie jedes offiziell in die Stadt eingegliederte Gewerbe dieser Zeit unterlag sie einer Art Zunftordnung; sie war eine Korporation mit Rechten und Pflichten, strikt in das öffentliche Reglement einbezogen*“.<sup>15</sup>

Die öffentlichen Häuser zur Ausübung der Unzucht befanden sich in der Regel im Eigentum der Kommunen, die einen von ihr besoldeten Verwalter einsetzten, den „*Hurenwirt*“. Die Bezahlung des Wirtes durch die städtische Obrigkeit sollte die Mädchen vor Ausbeutung schützen. Gelegentlich war dem Unternehmen auch eine „*öffentlich zugängliche und der Kontaktaufnahme dienliche Gaststätte*“<sup>16</sup> angegliedert. Der Wirt hatte für die Beköstigung der Mädchen und den störungsfreien Ablauf des Kundenverkehrs zu sorgen; ihm oblag der Schutz der Dirnen vor Übergriffen von Seiten der Gäste. Manchmal wurde dieses Amt auch einer Frau übertragen.

Die Prostituierten gehörten zwar nicht den ehrbaren Ständen an, aber sie waren auch nicht rechtlos. Vor allem waren sie im Leben der mittelalterlichen Stadt akzeptiert: „*Die städtischen Obrigkeiten haben sich [...] sehr früh die pragmatische Auffassung des Kirchenlehrers Augustinus zu eigen gemacht, der in der Prostitution ein unvermeidbares Übel sah, das man, um schlimmere Gefahr für das Seelenheil zu vermeiden, in Kauf nehmen müsse*“.<sup>17</sup> Zur Kenntlichmachung ihrer Tätigkeit waren die Dirnen an das Tragen einer bestimmten Tracht gebunden, ihr Verhalten in der Öffentlichkeit war streng geregelt. Verstöße gegen diese und andere Regularien wurden empfindlich geahndet. Regina Schulte stellt fest: „*Ein wesentliches Moment mittelalterlicher Prostitution scheint mir zu sein, dass sie geächtet, aber nicht verleugnet wurde*“.<sup>18</sup> In einigen Städten des Mittelalters, schreibt Anke Wolf-Graaf, stand der Dirne sogar der Erwerb des bürgerlichen Rechtsstatus offen; unter der Voraussetzung allerdings, dass ihr ein entsprechendes Einkommen zur Verfügung stand. Dies sei insofern erwähnenswert, da die Prostituierte zwar nicht „*zum ehrenhaften Stand*“ zählte: „*Aber auch der Henker gehört[e] zum unehrenhaften Stand und [war] dennoch gleichzeitig städtischer Bediensteter*“.<sup>19</sup>

<sup>15</sup> Regina Schulte, Sperrbezirke. Tugendhaftigkeit und Prostitution in der bürgerlichen Welt, Frankfurt am Main 1979, S. 13.

<sup>16</sup> Franz Irsigler/Arnold Lassotta, Bettler und Gaukler, Dirnen und Henker. Außenseiter in einer mittelalterlichen Stadt, München 1989, S. 184.

<sup>17</sup> Ebd. S. 179.

<sup>18</sup> Schulte, Sperrbezirke (wie Anm. 15), S. 14.

<sup>19</sup> Anke Wolf-Graaf, Die verborgene Geschichte der Frauenarbeit, Weinheim/Basel 1983, S. 94.

Die Kasernierung<sup>20</sup> der Prostitution in einem möglichst entlegenen Winkel der Stadt oder außerhalb der Stadtmauern diente auch dem Schutz von Ehe und Familie; sie sollte ein Eindringen des Milieus in diese ungleich höher bewertete Sphäre verhindern. Kathryn Norberg führt an: „*Ähnlich wie Augustinus betrachteten die städtischen Magistrate die Prostitution gegenüber dem Ehebruch oder der vorehelichen Defloration als geringeres Übel und sahen in ihr ein Bollwerk der Ehe*“.<sup>21</sup> Eine zweifellos realistische Einschätzung menschlicher Schwächen. Jugendlichen, Geistlichen und Juden war der Zutritt zu den Frauenhäusern allerdings verwehrt; der geschlechtliche Verkehr zwischen Juden und Christen zog strenge Bestrafung nach sich.<sup>22</sup>

Die Rechte der Dirnen schlossen auch den Schutz vor „freier“ Dirnenarbeit, schon damals ein höchst ärgerliches Faktum, ein: „*Die Einordnung in die Zunftordnung schützte diese stadt-offiziellen Prostituierten vor heimlicher Konkurrenz; sie erwarteten von der Stadt, daß diese die ‚nichtprivilegierte‘ Winkelprostitution verfolgte, die im mittelalterlichen Sinne dem unorganisierten Pöbel zugerechnet wurde*“.<sup>23</sup> Ob man dem vielfach verbürgten Eindringen ungenehmigt arbeitender Dirnen zu größeren Anlässen wie Jahrmärkten, Messen, Kirchweihen und Wallfahrten wirksam zu begegnen vermochte, muss bezweifelt werden. Allerdings sind strenge Strafaktionen der Obrigkeit gegen dieses Wildern in den Revieren ortsansässiger Huren überliefert. Das ärgerliche Treiben der „Freien“ minderte nicht nur die Einnahmen der am Ort wohnenden Mädchen, auch den Städten entgingen die für den legalisierten außerehelichen Geschlechtsverkehr erhobenen Abgaben.

## Veränderungen

Kathryn Norberg weist darauf hin, dass es schon im Verlaufe des 15. Jahrhunderts zu einer gewissen Abwanderung der Dirnen aus den einschlägigen Häusern gekommen sei. Viele hätten sich, unter Missachtung sämtlicher Vorschriften, auf selbstständiger Basis in den Städten

<sup>20</sup> Nach Kessler wurden beim System der Kasernierung „*sämtliche eingeschriebenen Dirnen in einer bestimmten Straße oder in einer Reihe von Häusern angesiedelt. Die Frauen hatten ihre eigene selbstständige Wohnung und standen im Gegensatz zum Bordellbetrieb, bei dem sie eine Angestellte und damit Ausbeutungsobjekte der Wirte waren, mit dem Vermieter nur in mietrechtlicher Bindung*“ Vgl. Rainer Kessler, Die rechtliche Regelung der Prostitutionsfrage seit dem RSTGB 1871 und deren soziologische Bedeutung in diesem Zeitraum, Diss. München 1952, S. 33 f.

<sup>21</sup> Kathryn Norberg, Prostitution, in: Georg Duby/Michelle Perrot (Hg.), Geschichte der Frauen. Frühe Neuzeit, Frankfurt am Main/Wien 1994, S. 475–492, hier S. 477.

<sup>22</sup> Bauer, Liebesleben (wie Anm. 14), S. 130.

<sup>23</sup> Schulte, Sperrbezirke (wie Anm. 15), S. 13.



niedergelassen, wo sie gelegentlich auch zu Wohlstand gekommen seien.<sup>24</sup> In Frankfurt hatte sich 1501 wegen der miserablen Verdienstaussichten niemand mehr bereit gefunden, die dortige Stelle des Frauenwirtes anzutreten.<sup>25</sup> Nach Ansicht der meisten Autoren ging zu Beginn des 16. Jahrhunderts die Zeit der behördlich geduldeten Frauenhäuser zu Ende. In der Folge sollte die ehemals tolerierende Einstellung der Obrigkeit einer strengeren Beurteilung weichen.

Die gesellschaftliche Einstufung der Dirne, im Mittelalter getragen von einem recht freien Umgang mit der käuflichen Lust, wurde im Laufe der Zeit Opfer einer verschärften moralischen Diffamierung. Diese Veränderung des Meinungsbildes kann man, regional recht unübersichtlich, zu Beginn des 16. Jahrhunderts deutlicher ausmachen. Es kam „zum allmählichen Ausschluß der Prostituierten aus der Öffentlichkeit und zur Beschränkung ihres Gewerbes“.<sup>26</sup> Die bis dahin selbstverständliche Akzeptanz der Prostitution, der kaum widersprochen wurde, begann unter der rigiden Forderung nach absoluter Monogamie und dem Verbot des außerehelichen Geschlechtsverkehrs, zu bröckeln. Der Augustinischen Auffassung – um den Kirchenlehrer noch einmal zu zitieren –, dass „die Prostitution der Verhinderung weitaus größerer Sünden diene“<sup>27</sup>, trat nicht nur Martin Luther entschieden entgegen. Staatliche Stellen machten sich die rigiden Auffassungen der Kirche zunehmend zu Eigen. Von nun an wurde den Männern die sexuelle Enthaltsamkeit vor dem Eingehen der Ehe abverlangt. Ausnahmen hiervon wurden allenfalls im Rahmen einer späteren Eheschließung zugebilligt. Sexuelle Betätigung hatte fortan nur der Fortpflanzung zu dienen.

Aber noch ein anderes Ereignis veränderte die Einstellung zur käuflichen Liebe grundlegend und beschleunigte den Niedergang der überkommenen Dirnenquartiere: Der Einbruch der Syphilis in Europa gegen Ende des 15. Jahrhunderts. Die Ausbreitung dieser ansteckenden Krankheit führte vielerorts zum Verbot der Prostitution; auf Grund der verworrenen Rechtslage hier und da aber auch zu erneuter Erlaubnis. Alles in allem wuchs die Tendenz, das vorerst unheilbare neue Leiden als einen Fingerzeig von oben anzusehen, als die verdiente Strafe für moralisches Fehlverhalten.

Zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert vollzog sich, wie Richard van Dülmen feststellt, ein augenfälliger „Wandel im Verhältnis zur Sexualität, der wesentlich verursacht wurde durch die sozialdisziplinierende Moralpolitik des frühmodernen Staates und der Kirchen“.

<sup>24</sup> Norberg, Prostitution (wie Anm. 21), S. 479.

<sup>25</sup> Ebd., S. 480.

<sup>26</sup> Andrea Jenders/Andreas Müller, „Nur die Dummen sind eingeschrieben“. Dortmunder Dirnen- und Sittengeschichte zwischen 1870 und 1927, Dortmund 1993, S. 13 f.

<sup>27</sup> Norberg, Prostitution (wie Anm. 21), S. 478.

Es sei eine weitgehende Tabuisierung sexueller Themen festzustellen und eine fortschreitende Unterdrückung jeglicher Wünsche erotischer Art: „Sexualität wurde offiziell nur toleriert im Rahmen der kirchlich abgesehenen Ehe.“<sup>28</sup> Der sich ausbreitenden Prüderie folgte eine zunehmende gesellschaftliche Kontrolle menschlichen Verhaltens nach moralischen Maßstäben.

Die behördliche Bekämpfung der Prostitution durch ständig neue, noch dazu in allen Landesteilen unterschiedliche, Verbote und moralischen Vorhalte, führte jedoch zu keiner wirklichen Verbesserung der Lage. Thomas Nipperdey sieht die „Wirklichkeit der Sexualität“ auch klassenspezifisch. „Im ländlich-bäuerlichen Bereich wie im proletarischen und überhaupt im Unterschichtenbereich war sie weniger normativ geregelt und insoweit weniger unterdrückt.“ Und er meint: „Die Einhegung der Sexualität in die Moral der Ehe konnte natürlich nicht davon absehen, daß Sexualität ein Grundtatbestand des Lebens war.“<sup>29</sup> Ute Frevert weist auf die für die jungen Männer wichtige Phase der Militärdienstzeit hin, in der die Garnisonsoberen ihre Sicht der Dinge erläuterten: „Immer wieder ermahnten sie die Mannschaften, von ‚Ausschweifungen‘ abzulassen und vor allem den Umgang mit Prostituierten zu vermeiden.“<sup>30</sup> Die Verbannung sexueller Themen aus Erziehung und Alltagsleben begünstigten zwangsläufig die Entstehung einer doppelten Moral. „Diese gesellschaftliche Moral, die einerseits das Vorhandensein der Sexualität und ihren natürlichen Ablauf privatim voraussetzte, andererseits öffentlich um keinen Preis anerkennen wollte“, hielt Stefan Zweig für „doppelt verlogen, denn während sie bei jungen Männern ein Auge zukniff und sie mit dem andern sogar zwinkernd ermutigte [...], schloß sie gegenüber der Frau ängstlich beide Augen“.<sup>31</sup>

## Neue Überlegungen

Körperliche Reife und relativ späte Eheschließung schufen ein sexuelles Vakuum von zehn bis 15 Lebensjahren, das bei strengster Ächtung der Onanie im Grunde nur durch die Ventilfunktion Prostitution ausgefüllt werden konnte. Im bürgerlichen Alltag aber konnte die Prostitution, weil sie verpönt war, nur „im Zusammenhang mit

<sup>28</sup> Richard van Dülmen, Kultur und Alltag in der frühen Neuzeit. Das Haus und seine Menschen, München 1999, S. 185.

<sup>29</sup> Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866-1918. Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1998, S. 95 f.

<sup>30</sup> Ute Frevert, Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland, München 2001, S. 232.

<sup>31</sup> Stefan Zweig, Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers, o. O. 1962, S. 79.

*Schmutz und Erniedrigung oder Schwüle erlebt*<sup>32</sup> werden; dazu verbunden mit großen gesundheitlichen Gefahren, die den moralischen Postulaten stets gern zur Unterfütterung dienten. Aufgeklärte Zeitgenossen forderten in der Öffentlichkeit zunehmend pragmatische, tolerante Lösungen der Probleme. Man möge, so schlugen sie vor, unter Zurückstellung moralischer Bedenken die Notwendigkeit der Prostitution nicht länger in Frage stellen; sie verlangten aber auch, und das war neu, die konsequente Anwendung und Durchsetzung der hinzu gewonnenen medizinischen Erkenntnisse.

Bernard Mandeville konzidierte 1724 den „*ehrbaren Herren der Gesellschaften für Sittenreform*“, dass sie „*große Mühe und Fleiß [...] für den Schutz von Anstand und Tugend aufgewendet*“ hätten. Und er fuhr fort: „*Es betrübt mich nicht wenig zu beobachten, daß ihre Anstrengungen, die Unzucht zu unterdrücken, nur dazu geführt haben, ihr Vorschub zu leisten, und daß dieser Zweig der Unmoral unter ihren Händen zum Blühen gekommen ist.*“<sup>33</sup> Es habe sich „*die Unsitte des Herumhurens*“ eingebürgert und sie sei, wegen des Fehlens jeder Kontrolle, „*so schädlich für das Menschengeschlecht*“, dass er die (Wieder-)Einrichtung von öffentlichen Bordellen vorschläge. Als Gründe für diese Maßnahme nannte er in erster Linie die durch die bisherige Praxis forcierte Verbreitung ansteckender Krankheiten, dann die Verführung zur Verschwendung, die Tötung unehelicher Kinder und letztlich die Schädigung der Familie.<sup>34</sup>

In Preußen wurde ab dem 1. Januar 1794 durch das Inkrafttreten des neu geschaffenen Allgemeinen Landrechts, das die regional recht unterschiedliche Rechtsprechung vereinheitlichen sollte, die Existenz von Bordellen erlaubt. Der § 999 besagte: „*Liederliche Weibspersonen, welche mit ihrem Körper ein Gewerbe treiben wollen, müssen sich in die unter Aufsicht des Staates geduldeten Hurenhäuser begeben.*“<sup>35</sup> Dieser Passus darf, nach Ansicht mancher Autoren, als die erstmalige Einführung einer Gesundheitskontrolle von Staats wegen angesehen werden. In der Praxis verlief die weitere Entwicklung trotz der neuen Gesetzgebung recht unterschiedlich, um nicht zu sagen widersprüchlich. Rainer Kessler schreibt: „*1843 machte sich in der Bevölkerung eine starke Ablehnung der Bordelle bemerkbar, die zur Unterdrückung der öffentlichen Häuser führte. Im Jahre 1851 wurden sie wieder eingeführt, aber 1856 wie-*

*der geschlossen.*“<sup>36</sup>

1869 forderte der Arzt J. Jeannel in seiner mutigen, über die Grenzen Frankreichs hinaus wirkenden Schrift einen offenen, von moralischen Werturteilen befreiten Umgang mit dem Thema: „*Alle Welt weiss, dass die Prostitution schon seit uralter Zeit besteht*“ und alle Versuche dieselbe einzuschränken seien „*unmöglich und willkürlich, und eine Regelung durch die Gesetze nur bezüglich einer Art von Prostitution möglich: nämlich der öffentlichen Prostitution.*“<sup>37</sup> Jeannel forderte – wie Mandeville – ein, was vor Jahrhunderten bereits verwirklicht war, jetzt aber, und das betonte auch er besonders dringlich, unter konsequenter ärztlicher Mithilfe zu realisieren sei.

Auch im 20. Jahrhundert, das sei hier vorausgeschickt, war die Diskussion noch längst nicht ausgestanden. Robert Hessen forderte 1910, „*die Prostitution für die Gesundheit ungefährlich zu machen*“ und nicht „*die Enthaltung bis zum Ehebett als die alleinige Rettung*“<sup>38</sup> zu predigen. Als scharfer Kritiker der Verhältnisse im (noch) kaiserlichen Deutschland forderte er auch im Sexuellen ein Ende idealistischer Träumereien und die Anerkennung der Fakten. Das Gerede von „*jener guten alten Zeit, die es niemals gegeben hat: als alle Leute fromm waren, die Jugend gehorsam, ehrfürchtig und tugendhaft*“<sup>39</sup> verspottete er gründlich.

## In Bochum

Über eine zu Zeiten der Stadtwerdung Bochums zwischen dem 13. und 14. Jahrhunderts und danach vermutlich auch hier existente Prostitution fehlen die Unterlagen. – In Artikel 10 der im 16. Jahrhundert, also schon in der Phase der Zurückdrängung der öffentlichen Unzucht, aufgestellten Statuten der Stadt Bochum heißt es in Darpes Übertragung: „*Unzucht und Hurerei wird bei Mannspersonen mit 20 Mark, bei Frauenspersonen mit 10 Mark und bei vorsätzlichem Verharren mit Gefängnis und Exilio bis zur Besserung bestraft.*“<sup>40</sup> Das zeigt, dass die Problematik nicht unbekannt war und dass auch in Bochum – wie andernorts – die Obrigkeit zu spürbaren Restriktionen übergegangen war.

Max Greve, Bürgermeister in Bochum seit 1843, stellte in einem Bericht an den Landrat vom 25. Juli 1863 mit Blick auf die hohe Einwanderungsquote fest, dass es in „*Folge der veränderten socialen Verhältnisse hier-*

<sup>32</sup> Nipperdey, Geschichte (wie Anm. 29), S. 100.

<sup>33</sup> Bernard Mandeville, Eine bescheidene Streitschrift für öffentliche Freudenhäuser oder Ein Versuch über die Hurerei wie sie jetzt im Vereinigten Königreich praktiziert wird. Nachdruck der Ausgabe London 1724, Frankfurt am Main/Wien/Zürich 2001, S. 13.

<sup>34</sup> Ebd., S. 26 ff.

<sup>35</sup> Sybille Krafft, Zucht und Unzucht. Prostitution und Sittenpolizei im München der Jahrhundertwende, München 1996, S. 23.

<sup>36</sup> Kessler, Prostitutionsfrage (wie Anm. 20), S. 34.

<sup>37</sup> J. Jeannel, Die Prostitution in den großen Städten des neunzehnten Jahrhunderts und die Vernichtung der venerischen Krankheiten, Erlangen 1869, S. 76.

<sup>38</sup> Hessen, Prostitution (wie Anm. 13), S. 3.

<sup>39</sup> Ebd. S. 88.

<sup>40</sup> Darpe (wie Anm. 11), S. 179.

selbst“ zu einem betrüblichen Ansteigen der gewerblichen Unzucht gekommen sei. Durch die „Zunahme der Population“ habe Bochum nicht nur „den Charakter einer ländlichen Ackerstadt abgestreift und den eines Industrieortes angenommen“, sondern es lebten hier nach den letzten Bevölkerungsaufnahmen „über 1000 Personen männlichen Geschlechts mehr, als Personen weiblichen Geschlechts.“ Die ersteren „gehören fast alle dem reiferen Jünglings- und dem kräftigeren Mannesalter an, – sind meist unverehelicht oder leben getrennt von ihren in der Heimath zurückgebliebenen Frauen, und verdienen durchgängig einen für ihre Verhältnisse hohen Lohn. – Es ist dadurch der Prostitution ein ergiebiges Feld dargeboten, und kann daher nicht befremden, wenn dieselbe auch hier weitere Verbreitung findet, als man solches unter den früheren einfacheren Verhältnissen gewohnt war.“<sup>41</sup>

Greve kritisierte im gleichen Schreiben die um sich greifenden nicht legitimierten Bindungen und stellte fest, dass „Konkubinate, welche früher beinahe ganz unbekannt waren“, jetzt hier häufiger vorkämen: „Insbesondere lieben es die hessischen Arbeiter, solche losen außerehelichen Geschlechtsverbindungen zu unterhalten. Sie finden darin gewöhnlich nichts Anstößiges, und geben auf Vorhalt häufig die Antwort: Sie seien getraut, aber noch nicht gekircht.“



Abb. 2: Das Foto, vor 1907 entstanden, zeigt den recht regen Fußgänger-Verkehr an der heutigen Drehscheibe und einen Blick in die Bongardstraße. In den Jahren vor und nach 1900 kam es auf den Straßen Bochums zu zahlreichen Auffälligkeiten der „frei“ arbeitenden Gunstgewerblerinnen, was die Behörden zum Anlass nahmen, einen stationären Bordellbetrieb ins Auge zu fassen. (Sammlung HGN)

<sup>41</sup> StaA Bochum: LA 757, Bl. 49.

Dass die Reglementierung der Prostitution auch in Bochum praktiziert wurde, erhellt aus einer im Jahre 1900 in unserer Region durchgeführten Studie<sup>42</sup>, die entsprechendes behördliches Handeln erkennen lässt. Danach standen „im Regierungsbezirk Arnsberg nur 136 Frauen unter sittenpolizeilicher Kontrolle“. In Dortmund waren es 70-80 Frauen, in Hagen zwölf, in Gelsenkirchen 25, in Bochum sollen es 18 gewesen sein, in Herne nur eine Frau. Diese Untersuchung verglich die westfälische Region mit Berlin, das 4.147 Prostituierte beherbergte. Diese Gegenüberstellung hält Sybille Krafft allerdings für wenig aussagekräftig: „Abgesehen von der unterschiedlichen sittenpolizeilichen Praxis in den beiden Untersuchungsbereichen ist dieser Vergleich schon deshalb etwas unglücklich gewählt, weil Berlin als Reichshauptstadt und damals einzige deutsche Metropole gerade im Vergleich des Vergnügungsmilieus eine besonders exponierte Stellung einnahm.“<sup>43</sup> Nach dem jetzigen Kenntnisstand dürften die genannten 18 Prostituierten um 1900 noch in selbst angemieteten Wohnungen ihrer Arbeit nachgegangen sein; über das Stadtgebiet verteilt und vermutlich in den weniger repräsentativen Milieus.

### Ein neues Gesetz

Eine halbwegs einheitliche, in der Ausführung dennoch schwierige Regelung des Unzuchtsproblems brachte der § 361 Ziff. 6 des Reichstrafgesetzbuches (RStGB) vom 15. Mai 1871, der das jahrhundertalte Lavieren des Gesetzgebers zwischen Verbot und Tolerierung der gewerbsmäßigen Unzucht zu beenden suchte. Aber erst die Novellierung vom 26. Februar 1876 schuf größere Klarheit.

Mit Haft sollte demnach die Unzucht nicht bestraft werden, wenn die Person sich der vorgeschriebenen Überwachung und gesundheitlichen Kontrolle unterzog. Elisabeth Meyer-Renschhausen nennt die Wirkungen des § 361,6 in dieser Hinsicht „enorm weitgreifend“. Die „durch das Gesetz eröffneten Ermessensspielräume der Sittenpolizei“ hätten allerdings zu behördlichen Überreaktionen, zwangsweisen Behandlungen auf bloßen Verdacht hin, Festnahmen und Entlassungen „ohne jegliche Ent-

<sup>42</sup> Veröffentlicht in: Zeitschrift für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Bd. 3, Heft 5/6, Leipzig 1905, S. 173 ff., zit. nach Krafft, Zucht (wie Anm. 35), S. 61.

<sup>43</sup> Ebd.

schädigung“ geführt.<sup>44</sup> Das Gesetz verlangte aber nicht die ausschließliche Tätigkeitsausübung in einem Bordell. Die Ausgestaltung und Handhabung der Vorschriften wurde weitgehend den örtlichen Stellen nach eigenem Gutdünken überlassen: „In den meisten deutschen Städten erfolgte nun die staatliche Regelung der Prostitution mit unterschiedlichen Formen der sogenannten Kasernierung: Die Sittenpolizei versuchte, durch Vorschriften, die mit den heutigen Sperrbezirksverordnungen vergleichbar sind, die ‚Unzucht‘ auf bestimmte Straßen oder Gegenden zu beschränken.“<sup>45</sup>

Die neuen Regelungen schufen auch keine eindeutige Rechtslage zu Kuppelei<sup>46</sup> und Zuhälterwesen.<sup>47</sup> Der § 180 RStGB, der sogenannte Kuppelei-Paragraph, bestrafte die Vorschubleistung, Vermittlung oder Gewährleistung von Unzucht. „Die Kuppler“, schreibt Sybille Krafft, waren aber „die wichtigsten Vermittler zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Markt der Prostitution.“<sup>48</sup> Andrea Jenders und Andreas Müller meinen: „Diese widersprüchlichen Rechtsverhältnisse bringen die Städte in Konflikt mit ihrer bis dahin gängigen Praxis der Duldung von Bordellen, weil die Behörden so wissentlich die Unzucht fördern, die Kuppelei billigend in Kauf nehmen.“<sup>49</sup>

Max Bauer stellt fest: „Dirne und Zuhälter sind untrennbar. So lange die gewerbmäßige Unzucht besteht, hat es Zuhälter gegeben.“<sup>50</sup> Regina Schulte kann ein Auftauchen der Spezies allerdings erst im 18. Jahrhundert erkennen.<sup>51</sup> Fest scheint zu stehen, dass das Zuhältertum in erster Linie eine Begleiterscheinung der „freien“ Prostitution war. Die Einflussnahme der Zuhälter auf die in den Bordellen arbeitenden Mädchen versuchten die Bordellwirte nach Möglichkeit zu verhindern, was längst nicht immer gelang. Sybille Krafft kommt zu der Feststel-

lung: „Die Beziehungsstrukturen von Zuhältern und Prostituierten sind äußerst widersprüchlich. [...] Inwieweit echte Zuneigungen und sexuelle Bindungen vorhanden waren oder ob sie das Verhältnis in erster Linie als eine Zweckgemeinschaft sahen, ist ebenso wenig zu klären wie das Selbstverständnis des Mannes.“<sup>52</sup>

Abb. 3: Die ehemalige Kurze Straße (verschämt die „K. Straße“ genannt), an der damaligen Stadtgrenze zu Hamme gelegen, beherbergte rund acht Jahre das erste stationäre Bochumer Dirnenquartier. Sein übergroßer Zuspruch wurde ihm 1912 zum Verhängnis. Das Foto zeigt die heutige Bebauung. (Aufnahme: H. J. Kreppke, 2007)



Die weitere Ausbreitung der „freien“ Prostitution, des so genannten „Strichs“, – in den Augen der Behörden immer das größere Übel – wurde nach Kräften bekämpft. Das Wirken der ortsansässigen Dirnen, ein letztlich zu akzeptierendes Faktum, wurde einer strengen Meldepflicht und damit sittenpolizeilicher Kontrolle unterworfen. Bei Judith Walkowitz heißt es: „Die Sittenpolizei trage, so argumentierten die Befürworter der Reglementierung, auch insofern zum öffentlichen Anstand bei, als dies ermögliche, der öffentlichen Zurschaustellung des Lasters zu begegnen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die sittenpolizeiliche Überprüfung zu einer der Hauptaufgaben der Polizei. Diese geriet zunehmend unter Druck, öffentliche Durchgangsstraßen und Theater von Straßenprostituierten zu säubern, um für anständige Frauen Platz zu machen.“<sup>53</sup>

<sup>44</sup> Elisabeth Meyer-Renschhausen, Zur Rechtsgeschichte der Prostitution. Die gesellschaftliche „Doppelmoral“ vor Gericht, in: Ute Gerhard (Hg.), Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, München S. 1997, S. 772-789, hier S. 781 f.

<sup>45</sup> Krafft, Zucht (wie Anm. 35), S. 30.

<sup>46</sup> „Kuppelei, die strafbare Begünstigung der Unzucht.“ Brockhaus-Lexikon Bd. 10, Mannheim 1989, S. 204.

<sup>47</sup> „Zuhälter ist, wer einen anderen, der der Prostitution nachgeht, ausbeutet oder seines Vermögensvorteils wegen einen anderen bei der Ausübung der Prostitution überwacht, ...“ Brockhaus-Lexikon, Bd. 20, S. 304.

<sup>48</sup> Krafft, Zucht (wie Anm. 35), S. 179.

<sup>49</sup> Jenders/Müller, Sittengeschichte (wie Anm. 26) S. 31.

<sup>50</sup> Bauer, Liebesleben (wie Anm. 14), S. 153.

<sup>51</sup> Schulte, Prostitution (wie Anm. 15), S. 39.

<sup>52</sup> Krafft, Zucht (wie Anm. 35), S. 174.

<sup>53</sup> Judith R. Walkowitz, Gefährliche Formen der Sexualität, in: Georgs Duby/Michelle Perrot (Hg.), Geschichte der Frauen. 19. Jahrhundert, Frankfurt am Main/Wien 1994, S. 417-449, S. 425.



## Das erste Quartier

Nach Anbruch des 20. Jahrhunderts betrieb der Bochumer Magistrat energisch die Herausdrängung der Prostitution aus dem Stadtkern, indem er an der damaligen Stadtgrenze, zwischen der Straße Unter den Linden<sup>54</sup> und der schon auf Hammer Gebiet liegenden Richardstraße, entlang des Bahndamms der Rheinischen Bahn, ein ortsfestes Dirnenquartier einrichtete. Das Jahr 1904 hatte die Eingemeindung Hammes nach Bochum gebracht und zeitgleich die Erschließung besagten Geländes zur „Kurzen Straße“. Es darf als gesichert angesehen werden, dass hier und zu diesem Zeitpunkt die Etablierung des ersten Bordells für die junge Großstadt Bochum erfolgte.<sup>55</sup> Dass auf dem ca. 150 Meter langen, parallel zur Rheinischen Bahnstrecke liegenden Gelände schon vor diesem Zeitpunkt, gewissermaßen mit stillschweigender Duldung der Behörde, ortsfeste Prostitution stattgefunden hat, ist wohl auszuschließen.

Der Ansiedlung des Bordellbetriebes an diesem relativ abgelegenen Standort waren strategische Vorteile nicht abzuspüren. Die rundum liegenden Großbetriebe des Bochumer Vereins, der Bochumer Eisenhütte Heintzmann & Dreyer, der Zeche Präsident u. a. mit ihren tausenden von Arbeitern, dürften der Inanspruchnahme des Gewerbes gut getan haben. Dem interessierten Stadtbürger allerdings mochte die Zuwegung nicht günstig erscheinen. Da die Prostitution aber aus Sicht besserer Kreise ohnehin eher dem Arbeitermilieu zuzuordnen war, hatte die Angelegenheit nach Ansicht der Behörde, so darf man vermuten, schon den richtigen Verlauf genommen.

## Ungehörige Vergnügungen

Die als nicht zu verhinderndes Phänomen verschämt ins Abseits der Kurzen Straße gedrängte legitimierte Prostitution führte nicht zur Vertreibung des „freien“ Unzuchtsverkehrs im Stadtgebiet, wie wir aus vielen Meldungen wissen. Eine gewisse Entspannung der Lage war aber eingetreten. Die Erwartung, dass aus Bochum nun (wieder?) der beschauliche Ort der Wohlanständigkeit und Arbeitsamkeit werden würde, war ein Trugschluss. Das von Behörden und Kirchen stets beanstandete übermäßige Interesse an Vergnügungen – auch solchen mit pikanter Einfärbung – war keineswegs getilgt. Man kann wohl sagen, dass die vielen Neugründungen von Amü-

<sup>54</sup> Jetzt: Präsidentstraße.

<sup>55</sup> Die Meinung Dieter Offergelds, dass der Ursprung des Bochumer Bordells in der jetzigen Straße Im Winkel zu suchen sei, bedarf insofern einer Berichtigung. Vgl. Dieter Offergeld, Erscheinungsformen, Ursachen und Auswirkungen der Prostitution in Bochum, Diss. Bochum 1965, S. 40.

sierbetrieben jeglicher Art, nicht nur in Bahnhofsnähe, ein Bild von Bochum als einer alles in allem recht lebens-, um nicht zu sagen sinnfrohen Stadt zeigen. Das in der Rückschau oftmals gezeichnete Bild von Bochum, als der problemfreien Idylle der immerwährend „guten alten Zeiten“, bedarf einer Revision. Auch für Bochum galt, was Hermann Glaser so beschreibt: „In einer Gesellschaft, die der offenen Behandlung geschlechtlicher Fragen aus dem Weg ging und das Zwielfichtige bevorzugte, blühten die Ventilsitten: von der Pornographie bis zur Prostitution.“<sup>56</sup>

Auch in Bochum wurde beispielsweise das Lesepublikum mit Aufklärungswerken versorgt, die imstande waren, den erotischen Kitzel zu befriedigen: „Kein unerwünschter Kindersegen. (Ein jeder lese und urtheile selbst)“ von Dr. O. Wilde (!).<sup>57</sup> Der stets sittsame „Märkische Sprecher“ nahm die Annoncierung eines Werkes entgegen, das über die „Brautnacht der Comtesse v. C. und des Rittmeisters von S. Erzählt von Letzterem im Kreise seiner Kameraden (Soeben erschienen in sechster Auflage.)“<sup>58</sup> unterrichtete. Da durfte man Spannendes erwarten. Literarische Gaben dieser Art nennt Paul Englisch: „Erotika, die sich ein literarisches Mäntelchen umgehängt haben, hinter dem sich nur notdürftig der spekulative Geschäftssinn eines findigen Verlegers verbirgt“.<sup>59</sup>

Angebote wie „Preservatives in Gummi und Fischblase, sowie sonstige nette Gummiartikel liefert zollfrei, streng discret ab Fabrik...“<sup>60</sup> waren, vielfach wiederholt, im Anzeigenteil der Zeitung zu finden. Unverblümt pornographisches Material war selbstverständlich auch in Umlauf. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde gegen einen Friseur „wegen Verbreitung unzüchtiger Bilder“ verhandelt, was dem Unhold eine Geldstrafe von 20 Mark einbrachte.<sup>61</sup>

Der Zuspruch, den die Amüsierlokale Bochums erfuhren, war nicht nur erlebnishungrigen Zuwanderern zu danken. Auch die eingesessenen Bochumer, so sie nicht allzu sehr in Prüderie befangen waren, konsumierten gern das vermehrte Angebot an Zerstreungen. Und sie taten es übrigens, wie sich nachweisen lässt, schon lange vor Beginn der Industrialisierung. Eine ideenreiche Wirtschaft, größtenteils eingesessen und von scheinbar biederer Herkunft, hatte schon früh die Hebung des Bierkonsums durch mancherlei Darbietungen, gelegentlich auch frivolen Inhalts, praktiziert. Regina Schulte sieht hier

<sup>56</sup> Hermann Glaser, Industriekultur und Alltagsleben, Vom Biedermeier zur Postmoderne, Frankfurt am Main 1994, S. 141.

<sup>57</sup> Märkischer Sprecher Nr. 84, 17. Oktober 1868.

<sup>58</sup> Märkischer Sprecher Nr. 194, 26. August 1876.

<sup>59</sup> Paul Englisch, Geschichte der erotischen Literatur, Nachdruck der Ausgabe Stuttgart 1927, Magstadt bei Stuttgart 1963, S. 255.

<sup>60</sup> Märkischer Sprecher Nr. 192, 25. August 1874.

<sup>61</sup> Märkischer Sprecher Nr. 143, 21. Juni 1902.

auch eine tendenzielle Nähe zur Prostitution: „In dem Maße, wie die Straße, die Theater, Cafés, Lokale, Cabarets und öffentliche Bälle immer mehr der Ort des steigenden Amüsierbedürfnisses wurden, [...] wurden sie offen für das Eindringen der Prostitution. [...] Die Alkohol- und Vergnügungsindustrie profitierten ihrerseits und nahmen die Prostituierten als Lockvögel bereitwillig auf.“<sup>62</sup>

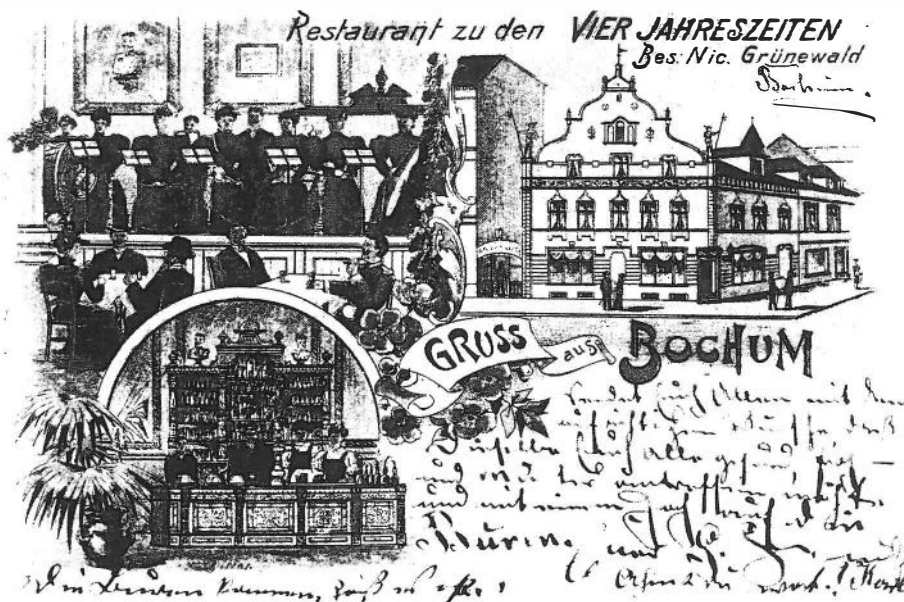


Abb 4: Im Restaurant Zu den vier Jahreszeiten an der Malteserstraße 2 (dem heutigen Anfang der Gußstahlstraße gegenüber) wurde volkstümliche musikalische Unterhaltung geboten; die damalige Wirtin Witwe Grünewald und ihr Sohn widersetzten sich aber 1912 der behördlich verordneten Umwidmung der Gegend. (Sammlung HGN)

Reisende Unternehmer und bewegliche Wirte nutzten alle Möglichkeiten. Schon 1866 hatte Jean Jaques Lüttgens in seiner „Griechisch-Römischen Kunst-Halle“ auf dem Wilhelmsplatz<sup>63</sup> in Bochum prickelnde Damen-Ringkämpfe gezeigt<sup>64</sup> und Julius Homborg<sup>65</sup> am Bergisch-Märkischen Bahnhof erfreute 1867 die Bochumer mit der erstmaligen Vorstellung einer Damenkapelle, einer sehr anregenden Novität.<sup>66</sup> „Figuren in Lebensgröße und beweglich dargestellt“ wurden 1872 „auf dem Sontagsplatze“<sup>67</sup> im „Kunst- und Wachsfiguren-Cabinet“ von Friedrich Welsch aus Speyer gezeigt, der auch versicherte, dass „nichts Unanständiges in diesem

Cabinet zu sehen ist“<sup>68</sup>, was zu Hoffnungen Anlass geben mochte. Besonderen Zuspruchs erfreuten sich die stets streng wissenschaftlich ausgerichteten Anatomischen Museen, die Einblicke in verborgene Details des menschlichen Körperbaus gewährten. 1873 vermeldete der Besitzer eines solchen Etablissements, Herr Dürringer, dass – abweichend von sonst üblichen Gepflogenheiten – während seines Gastspiels auf dem Moltkeplatz „den erwachsenen Damen in dieser Woche von Morgens 10 bis Abends 6 Uhr der Besuch gestattet ist“<sup>69</sup>.

Ein besonderes Angriffsziel der Sittenwächter wurden auch schnell die Kinematographen-Theater. Als erstes ständig spielendes Etablissement dieser Art in Bochum eröffnete 1906 der „Original-Phono-Biograph“ an der Bahnhofstraße 45.<sup>70</sup> „Die ersten Filme“, schreibt Roberta Pearson, „waren wenig mehr als zappelnde Schnappschüsse, kaum eine Minute lang.“<sup>71</sup> Bald schon wurden sie aber mit pikanten Kuss-, Umkleide- und Badeszenen angereichert, was die junge Kino-Industrie schnell voranbrachte. Immer gewagtere Streifen ließen alsbald den Ruf der Sittenwächter nach dem schmutzfreien Kino

ertönen. Auch in der Prostitution wurde, für Bochum allerdings nicht belegt, das neue Medium alsbald eingesetzt: „Und in den Hinterzimmern der Bordelle florierte bald das Geschäft mit dem sexuellen Hardcore als flottem Aufreger und praktischem Geschäftsvorbereiter.“<sup>72</sup>

Immer wieder wurden Versuche unternommen, dem nach Ansicht der Bochumer Behörden überhandnehmendem Amusement Grenzen zu setzen. Ein besonders unverständlicher (und törichter) Eingriff in das vermeintlich lose Treiben des Volkes war im Jahre 1909 die Kampagne des Magistrats gegen das Verbleiben der Kirmes auf dem Moltkeplatz. Warnungen der Obrigkeit an die Bürgerschaft vor allzu großer Sorglosigkeit in Bezug auf Einbrüche, Taschendiebstähle etc. waren vor solchen Volksfesten stets zu vernehmen gewesen. Jetzt aber wurde zusätzlich vor leichtsinniger Geldverschwendung, übermäßigem Alkoholgenuss, Schlägereien und Messerstechereien gewarnt und gleichzeitig zu einem Rundum-

<sup>62</sup> Schulte, Prostitution (wie Anm. 15), S. 63 f.

<sup>63</sup> Jetzt: Husemannplatz

<sup>64</sup> Märkischer Sprecher Nr. 46, 9. Juni 1866.

<sup>65</sup> Bahnhofstraße 47, späteres Hotel „Reichshof“.

<sup>66</sup> Märkischer Sprecher Nr. 111, 21. September 1867.

<sup>67</sup> Frühe Bezeichnung des Moltkeplatzes nach dem Bauunternehmer Sontag.

<sup>68</sup> Märkischer Sprecher Nr. 120, 15. Oktober 1872.

<sup>69</sup> Märkischer Sprecher Nr. 62, 22. April 1873.

<sup>70</sup> Erste kinematographische Vorführungen wurden den Bochumern schon 1896 im „Wiener Café“, Hellwegstraße 9, bekannt gemacht.

<sup>71</sup> Roberta Pearson, Das frühe Kino, in: Geoffrey Nowell-Smith (Hg.), Geschichte des internationalen Films, Stuttgart/Weimar 1998, S. 13-25, S. 13.

<sup>72</sup> Alexander Sixtus von Reden/Josef Schweikhardt, Lust & Leidenschaft um 1900, Wien 2000, S. 66.

schlag gegen die angeblich gravierende Unsittlichkeit ausgeholt. Es seien „viele zweifelhafte weibliche Wesen, welche durch die Kirmes nach hier gelockt“ worden wären, in unserer Stadt verblieben und es habe sich „außer der lokalisierten, eine neue auf den Straßen frei sich bewegende Prostitution“ gebildet. Von ärztlicher Seite sei seit der letzten Osterkirmes auf das Ansteigen „einer gewissen Art von Krankheiten“ hingewiesen worden, die „in unserer Stadt sich in einem auffallenden Maaße vermehrt“ hätten. Und schließlich hätten auch die Armenpfleger<sup>73</sup> per Eingabe an den Magistrat um die Aufhebung der Kirmes nachgesucht, indem sie nachgewiesen hätten, „daß die Stadt durch die infolge der Kirmes zu zahlenden Armenkosten vielmehr finanziell geschädigt wird, als sie an den Standgeldern einnimmt.“<sup>74</sup>

Im gleichen Jahr wurde der Umfang der Kirmes auf dem Moltkeplatz durch Ausschließung der auswärtigen Unternehmer erheblich eingeschränkt und im Jahre 1910 dann komplett verboten.<sup>75</sup> Die etwa 35 bis 40 Bochumer Schausteller fanden auf dem Terrain einer geschlossenen Müllkippe an der Hattingerstraße, am „Tattersall“<sup>76</sup>, einen neuen Platz. Sie vermieden den offensichtlich verpönten Namen „Kirmes“ und eröffneten hier 1910 „als Ersatz der Ostermesse“: „Das erste große Volks- und Frühlings=Fest.“<sup>77</sup>

### Probleme im Quartier

Im November 1908 erörterte und kritisierte der Sittlichkeitsverein auf seiner Vorstandssitzung im Hotel Monopol<sup>78</sup> die in Bochum in Sachen Prostitution inzwischen entstandene Lage: „In den letzten Monaten“ seien in „hiesiger Straße“, die dem Gewerbe als Standort diene, Zustände eingetreten, durch die die „Kasernierung der Prostitution [...] illusorisch geworden“ sei. „Zur Zeit belästigten und gefährdeten die Prostituierten, die freien wie die kasernierten, die Bürger in der bedenklichsten Weise.“<sup>79</sup> Der Bordellstandort Kurze Straße, der die damaligen unschönen Begleitumstände der Prostitution im Stadtgebiet eigentlich eliminieren sollte, hatte, wie bald sichtbar wurde, die Probleme nur verlagert – und gleichzeitig neue geschaffen. Die Kurze Straße hatte sich in den wenigen Jahren ihrer gewerblichen Nutzung auch

<sup>73</sup> In den Stadtvierteln behördlich eingesetzte ehrenamtlich tätige Bürger.

<sup>74</sup> Märkischer Sprecher Nr. 9, 12. Januar 1909.

<sup>75</sup> Die nächste Kirmes auf dem Moltkeplatz fand erst wieder 1919 statt.

<sup>76</sup> Diese erste Bochumer Reitbahn befand sich auf dem Gelände der späteren Radrennbahn.

<sup>77</sup> Märkischer Sprecher Nr. 71, 26. März 1910.

<sup>78</sup> Luisenstraße 18.

<sup>79</sup> Märkischer Sprecher Nr. 271, 17. November 1908.

vom Namen her einen höchst anstößigen Ruf erworben. Der „Märkische Sprecher“, der das Unerhörte nicht benennen mochte, informierte seine Leser stets nur von den Ereignissen in der „K. Straße“.

Im Jahre 1907 waren auf der Nordseite des besagten Straßenstücks acht Häuser aufgeführt, sämtlich in weiblichem Besitz.<sup>80</sup> Die Zahl der dort tätigen Prostituierten ist nicht eindeutig ersichtlich, sie könnte sich auf elf belaufen haben. Diese dort stationär arbeitenden Mädchen dürften im Umfeld wohl keine größeren Probleme bereitet haben, auch wenn die Anwerbungen – verbotenerweise – außerhalb der Behausungen stattgefunden haben sollten. Die Häuserzeile hatte kein Gegenüber; die Rheinische Eisenbahnstrecke verlief einige Meter unter dem Straßenniveau und die Reisenden hatten keinen Einblick.

Die auf Grund der günstigen Lage zu den Arbeitsstätten stark gestiegene Frequenz der Liegenschaft des Gunstgewerbes hatte aber bald zahlreiche „freie“ Dirnen angezogen, die sich nun, da ihnen die Kurze Straße als Arbeitsfeld verwehrt war, in den anderen Straßen tummelten. Und diese Straßen der Umgegend waren in den vergangenen Jahren ausschließlich mit Wohnhäusern für Arbeiter bebaut worden. Eine Gaststätte wurde 1907 eröffnet.<sup>81</sup> Einzelhandelsgeschäfte gab es nicht. Die dichteste Wohnbebauung hatte 1907 die im Rücken der Kurzen Straße befindliche Eickelerstraße mit 23 Häusern, etwa die gleiche Anzahl dürfte der Richardstraße<sup>82</sup> zuzuordnen sein, es folgte die Gustavstraße mit 17 Häusern, die Straße Unter den Linden mit neun und die Vollbruchstraße mit zwei Häusern.

Die Wünsche der Firmen nach Wohnraum für ihre Arbeiter in der Nähe der Betriebe auf der einen und die Investitionsbereitschaft unternehmungslustiger Kapitalgeber auf der anderen Seite hatten binnen weniger Jahre zu diesem schnellen Anstieg der Wohnbebauung im so genannten nördlichen Stadtbezirk geführt. Mochte die Existenz des Bordellbetriebes in der Kurzen Straße für sich genommen noch hinnehmbar gewesen sein, die sich ausbreitende „freie Prostitution“ in den Nebenstraßen stellte den Wohnwert der Gegend aber beträchtlich in Frage. Die große Anzahl der in den Straßen des Stadtviertels – unter den Augen der Anwohner und ihrer Kinder – Ausschau haltenden ambulanten Dirnen wurden von den Interessenten ebenda kontaktiert, abtaxiert und schließlich abgeführt. Doch wohin? Die in dieser Hinsicht mangelhafte Infrastruktur der Gegend ließ auf Grund der mehr und mehr sich schließenden Häuserzeilen und des Fehlens von Hotels, oder wenigstens mit Buschwerk bestückter Parks,

<sup>80</sup> Adressbuch Bochum 1907.

<sup>81</sup> Unter den Linden 47. Der Wirt August Trögeler verließ die Gaststätte bereits im September 1908 wieder, vielleicht weil ihm die Begleitumstände nicht zusagten.

<sup>82</sup> Im Adressbuch 1907 wegen der früheren Zugehörigkeit zu Hamme noch nicht verzeichnet.

keine andere Ausübung des geschlechtlichen Verkehrs zu, als die, die man nun wirklich nicht dulden konnte und wollte.

Den ambulant arbeitenden Mädchen verblieb zur Verrichtung ihrer Dienstleistung nur die Möglichkeit der Anmietung privaten Wohnraums. Viele Mieter dürften die ungehörigen Angebote ausgeschlagen haben, denn die Begleitumstände waren gewiss gewöhnungsbedürftig. Manchen Bewohnern des Viertels mochte die Möglichkeit des schnell verdienten Zubrots aber verlockend erschienen sein; die sowieso verbreitete Vermietung an Kostgänger könnte hier die Zustimmung erleichtert haben. Die dem Kostgängerwesen eigene (und ständig beanstandete) sittliche Gefährdung der Familie erfuhr bei dieser Art von Schlafgängern eine weitere Potenzierung. Dass dem Wohnquartier als solchem die entstandenen Verhältnisse nicht gut taten, war eine den Behörden sich mehr und mehr aufdrängende Tatsache.

Der Sittlichkeitsverein, dem als beste Lösung natürlich die Abschaffung der gesamten Prostitution am Herzen lag, sprach das Dilemma des Magistrats schnörkellos aus und der „Märkische Sprecher“ druckte es ab: „Als das Uebel noch klein gewesen sei, habe man nicht für seine Ausrottung gesorgt. Jetzt sei nur durch kräftiges Zugreifen der betreffenden Organe eine Besserung möglich; von einem solchen sei aber nichts wahrzunehmen.“<sup>83</sup> Doch es hatten bei den Stadtoberen angesichts der unhaltbar gewordenen Zustände bereits Überlegungen und geheime Vorbereitungen eingesetzt, das Bochumer Bordellwesen<sup>84</sup> auf eine neue Grundlage zu stellen, d. h. einen kompletten Umzug ins Auge zu fassen. Der bürgerlichen Kreisen genehme Versuch, die anstößige Szenerie ins Unterschichtenmilieu abzudrängen, war jedenfalls gründlich fehlgeschlagen.

### Umzug ins zweite Quartier

1912 wurde, wie eingangs erwähnt, der völlig überraschten Öffentlichkeit die geplante Evakuierung des Bordells offenbart, was im betroffenen Stadtviertel umgehend zur Bildung einer Bürgerinitiative führte. Kommerzienrat Dr. Wilhelm Baare, Stellvertreter des Generaldirektors des Bochumer Vereins (und unbesoldetes Mitglied des Magistrats), der an den Geheimberatungen zur Verlegung des Dimenviertels zwar beteiligt – und damit zur Verschwiegenheit verpflichtet – war, hatte den Planungen nicht zugestimmt. Er ließ sich am 15. März 1912 in einer Protestversammlung der Anwohner der Maarbrückerstra-

ße<sup>85</sup>, der Kleinen Maarbrücke<sup>86</sup> und der näheren Umgebung bei Fritz Velten<sup>87</sup> an die Spitze einer Kommission wählen, die die Umsiedlung der gewerblichen Unzucht in ihr Wohngebiet noch zu verhindern trachtete. Mitunterzeichner einer Resolution waren u. a. der Fabrikant Stegemann<sup>88</sup>, dessen Firmentor und ein Arbeiterwohnhaus dem geplanten Institut gegenüber lagen, Rechtsanwalt Weyland, etliche Kaufleute, verschiedene dort ansässige Handwerksmeister und zwei Wirte.

In der Entschließung hieß es: „Die Anlieger der der Kleinen Maarbrückerstraße benachbarten Straßen erheben Protest gegen die Verlegung bzw. stillschweigende Duldung von Verhältnissen, wie sie jetzt auf der K. Straße bestehen. An der Kleinen Maarbrückerstraße, die eine Sackgasse bildet, siebzig Meter lang und ausgebaut ist, stehen elf alte zum Teil kleine Häuser. In diese Zahl einbegriffen sind mehrere anderthalb Stock hohe Hinterhäuser; Gassen und Gäßchen sind in reicher Zahl vorhanden. Die ganze Bauart wäre demnach dazu angetan, sehr leicht schlimmem Gesindel Unterschlupf zu gewähren, böte aber der Aufsicht keinerlei Sicherheit und Schutz. Die Versammlung hält die Straße für nicht ausreichend und weist auf die schon in der K. Straße herrschenden Uebelstände hin. Weiter wird auf die Nähe des Bochumer Vereins hingewiesen und auf die Nachbarschaft der Feilenhauerei Mummenhoff und Stegemann, die u. a. 50 jugendliche Arbeiter beschäftigt. An den angrenzenden, völlig ausgebauten Straßen befinden sich zu vier Fünftel hohe Mietshäuser, die jetzt ausschließlich von Arbeiterfamilien bewohnt werden. Die Versammlung weist auf die Gefahren für die Kinder dieser Familien hin.“<sup>89</sup>

Die Resolution wurde an den Magistrat, den Polizei-Präsidenten und die Königliche Regierung in Arnsberg gerichtet, aber durchweg abschlägig beschieden. Die offensichtlich gründlich vorbereitete, von allen Instanzen vorab abgeseignete Aktion der Verwaltung wurde nach Plan durchgeführt.<sup>90</sup> Die überraschend schnell anlaufenden Grundstücksverkäufe lassen vermuten, dass die Hausbesitzerinnen der Kurzen Straße vom Magistrat im Vorfeld über die Transaktion unterrichtet wurden. Mindestens zwei von ihnen schritten umgehend zur Tat und kauften sich an der Kleinen Maarbrücke ein: Schon im April 1912 veräußerte der Fabrikarbeiter Wilhelm Gorny sein dortiges Haus für 26.000 Mark<sup>91</sup>, im Juni verkauften die Fabrikarbeiter Heinrich Schultheis und Josef Lücke-

<sup>85</sup> Jetzt: Gußstahlstraße.

<sup>86</sup> Jetzt: Im Winkel.

<sup>87</sup> Alleestraße 9 (Schlegel).

<sup>88</sup> Fa. Mummenhoff & Stegemann, Maarbrückerstraße 41. Zwei Privathäuser Stegemanns sind an der Alleestraße 42 und 44 erhalten.

<sup>89</sup> Märkischer Sprecher Nr. 65, 16. März 1912.

<sup>90</sup> Akten über diese Vorgänge liegen nicht mehr vor.

<sup>91</sup> Märkischer Sprecher Nr. 93, 20. April 1912.

<sup>83</sup> Wie Anm. 77.

<sup>84</sup> 1912 standen auf der Kurzen Straße 9 Häuser zur Verfügung mit, vorsichtig geschätzt, 25 dort tätigen Frauen „ohne Gewerbe“ (Bezeichnung des Adressbuchs 1912).



rath ihre Häuser für 14.000 bzw. 20.000 Mark<sup>92</sup>, im gleichen Monat trennte sich der Spezereihändler Wilhelm Voßkühler (aus Barmen) für 18.000 Mark von seiner Immobilie an der Kleinen Maarbrücke.<sup>93</sup> Es leuchtet ein, dass der sofort einsetzende Unzuchtsverkehr die vielleicht noch zögerlichen Hausbesitzer stark unter Verkaufsdruck setzte. 1916 waren alle Häuser, bis auf eins, zweckentsprechend verkauft. Dieses eine Haus wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg dem Bordell eingegliedert.



Abb. 5: Die Gast- und Schenkwirtschaft (mit Gartenlokal) von Heinrich Krämer, am 24. Oktober 1865 von dem Viktualienhändler Jacob Jäger an der damaligen Maarbrückerstraße 44 gegründet, hat als Gaststättenplatz die Veränderungen der Umgegend bis heute überlebt. Die Fotos der Ansichtskarte entstanden vor 1900. (Sammlung Hansi Hungerige)

Zwei Wirte hatten die Resolution gegen die Bordellansiedlung unterschrieben, obwohl sie sich durch die Neuausrichtung des Viertels eine Belebung ihres Geschäftsbetriebes hätten erhoffen können. Es waren Josef Schlüter an der Maarbrückerstraße 33/35 und die Wirtin Witwe Nicolaus Grünewald, die mit Ihrem Sohn Emil an der Malteserstraße 2, dicht am Geschehen, den recht flotten Tingeltangel „Zu den Vier Jahreszeiten“ betrieb. Heinrich Krämer an der Maarbrückerstraße 44 sah die Angelegenheit vermutlich pragmatischer. Als einziger Gaststättenplatz hat dieser bis heute überlebt.<sup>94</sup>

<sup>92</sup> Märkischer Sprecher Nr. 143, 20. Juni 1912.

<sup>93</sup> Märkischer Sprecher Nr. 148, 26. Juni 1912.

<sup>94</sup> Jetzt: Gußstahlstraße 44; „Alexa's Pub“.

## Auswirkungen

Gleich nach dem Anrollen des Bordellbetriebes kam es im Viertel zu unschönen nächtlichen Szenen mit wüsten Schlägereien und Messerstechereien; gelegentlich auch an schönen Sommernachmittagen „zwischen mehreren nicht in bestem Ruf stehenden Personen aus der Richardstraße, welche jetzt ihr Quartier gewechselt haben“.<sup>95</sup> Am 9. Januar 1913 versammelten sich die Anwohner erneut bei Fritz Velten, um, nachdem die Verhin-

derung des Bordells misslungen war, gegen den allnächtlichen Lärm zu protestieren. Trotz negativer Bescheide von allen Gremien hatte man immerhin die Installation einer Polizeiwache an der Maarbrückerstraße 39 erreicht, wo vier Beamte ständig anwesend waren; ferner war „zur Erhöhung der Sicherheit für Leben und Gut der Anwohner die ununterbrochene Nachtbeleuchtung“ angeordnet worden. Allerdings verlauteten die Anlieger: „Die unter normalen Verhältnissen für ausreichend gehaltene Doppelbrenner=Gasbeleuchtung möchte man nach dem Inhalt einer weiteren Eingabe an die städtischen Körperschaften in Preßgasbeleuchtung umgewandelt sehen“.<sup>96</sup> Die Versammelten forderten zum Schutze der angrenzenden

Straßen einen weiteren Doppelposten der Polizei; darüber hinaus die Umbenennung der Maarbrückerstraße. An eine Rückgängigmachung der städtischen Beschlüsse glaubte man wohl nicht mehr, vielmehr war man bestrebt, die bestehende Situation zu verbessern.

In der Stadtverordneten-Versammlung vom 21. Februar wurde beschlossen, dass man die angeregte Verbesserung der Straßenbeleuchtung trotz der hohen Kosten von 35.000 Mark ausführen lassen wolle. Der Eingabe von 27 Hausbesitzern um eine Namensänderung der Kleinen Maarbrücke wurde entsprochen und dieser Straße der Name „Im Winkel“ gegeben. Der Stadtverordnete Köllermann verlas „ein Schreiben des Polizeipräsidenten, wonach die Belästigung in der Maarbrückerstraße zunehme. Eine Verfolgung ist wegen der Dunkelheit meist nicht möglich.“<sup>97</sup>

In den folgenden Monaten berichtete die Presse mehrfach über Festnahmen und Verurteilungen von Zuhältern, stets unter Nennung des vollen Namens. In der „langen Reihe verhafteter Zuhälter“ hatte sich beispielsweise ein Kaufmann aus Bochum zu verantworten, der von der

<sup>95</sup> Märkischer Sprecher Nr. 148, 8. Juli 1912.

<sup>96</sup> Märkischer Sprecher Nr. 8, 10. Januar 1913.

<sup>97</sup> Märkischer Sprecher Nr. 45, 22. Februar 1913.

Strafkammer „wegen Zuhälterei zu 1 Jahr Gefängnis“ verurteilt wurde. Nach verbüßter Strafe werde er, „der sich die meisten Jahre seines Lebens arbeitslos in verurteilten Häusern herumgetrieben hat, auf längere Zeit dem Arbeitshaus<sup>98</sup> übergeben. Die Verkündung dieses Ueberweisungsbeschlusses setzte den Verurteilten derart in Schrecken, daß er auf die Anklagebank niederfiel und steinerweichend jammerte.“<sup>99</sup> Am 19. Februar 1916 fragte der Minister des Innern in Berlin beim Oberpräsidium Münster an, „wieviele Zuhälter in den letzten 5 Jahren in den Korrektions- und Arbeitsanstalten der dortigen Provinz korrektionelle Nachhaft verbüßt haben“. Der Antwort vom 24. März entnehmen wir, dass es „im Jahre 1911 = 18, 1912 = 17, 1913 = 13, 1914 = 34, 1915 = 34“ Zuhälter waren: „Summe 122, davon entwichen 5, wiedereingeliefert 3.“<sup>100</sup>

### Verspäteter Einspruch

Nach einer stark besuchten Versammlung im Evangelischen Vereinshaus<sup>101</sup> am 19. November 1913, auf der der Generalsekretär des Deutschen Sittlichkeitsvereins, Lic. Bohn (Berlin)<sup>102</sup>, über das „Unwesen der Duldung von öffentlichen Häusern“<sup>103</sup> gesprochen hatte, richtete die Evangelische Kirchengemeinde eine Eingabe an den Königlichen Regierungs-Präsidenten in Arnsberg, in der sie die Abschaffung des Bordells in Bochum forderte. Die Beschwerde wurde am 22. November abschlägig beschieden. Mit der gleichen Forderung rief sie am 26. Januar 1914 die nächsthöhere Instanz, den Königlichen Oberpräsidenten in Münster, an, „weil es ihr nach der Verlegung der Bordelle [...] nicht mehr möglich [sei], die Verantwortung zu tragen“. In der einstimmig angenommenen EntschlieÙung hieß es: „Versammlung spricht sich aus gegen die Duldung von Bordellen in Bochum, da sie Volk und Jugend sittlich und gesundheitlich verwüsten, die Unsittlichkeit nicht beschränken, sondern nur noch weiter in Stadt und Gegend verbreiten. Sie fordert die Aufhebung der Bordelle in hiesiger Stadt, wie sie auch in anderen Städten und Staaten möglich war.“<sup>104</sup>

<sup>98</sup> „Arbeitshaus, früher Anstalt zum Vollzug einer vom Gericht angeordneten Maßregel der Besserung und Sicherung“. Brockhaus-Lexikon Bd. 1, Mannheim 1989, S. 253, Für die Region war das 1871 gegründete Arbeitshaus Benninghausen (jetzt Stadtteil von Lippstadt) zuständig.

<sup>99</sup> Märkischer Sprecher Nr. 157, 18. Juli 1913.

<sup>100</sup> StA Münster: Oberpräsidium 6020, Bl. 284, 285.

<sup>101</sup> Mühlenstraße 25.

<sup>102</sup> Lic., Abk. für Lizentiat, akademischer Grad, von evangelisch-theologischen Fakultäten verliehen. Brockhaus-Lexikon Bd. 11, Mannheim 1989, S. 87.

<sup>103</sup> Märkischer Sprecher Nr. 72, 20. November 1913.

<sup>104</sup> Wie Anm. 100, Bl. 232, 233.

Die zitierte Maximalforderung und die folgenden Erläuterungen, unterschrieben von zahlreichen evangelischen Frauenvereinen (und dem Jüdischen Frauenverein Bochum), sind in ihrer Unbedingtheit ein Dokument höchster moralischer Entrüstung, aber auch Realitätsferne:

„Zur Begründung unseres Gesuches führen wir folgende Punkte an:

1. Die Duldung der Bordelle ist widergesetzlich;
2. die Bordelle ermöglichen den Massenunzuchtverkehr der Männerwelt, ohne den sonstigen außerehelichen Geschlechtsverkehr zu verhindern;
3. die Bordelle verkünden in besonders eindringlicher Weise die verhängnisvolle Lehre von der angeblichen Notwendigkeit des außerehelichen Geschlechtsverkehrs;
4. die Bordelle dienen dem Ehebruch;
5. sie sind eine Hochschule der widernatürlichen Unzucht;
6. sie täuschen Männern und Frauen eine gesundheitliche Ungefährlichkeit des daselbst stattfindenden Geschlechtsverkehrs vor, während sie in Wirklichkeit gefährliche Ansteckungsheerde sind;
7. die behördliche Duldung und Überwachung der Bordelle verwirrt das sittliche Urteil des Volkes, wirkt zersetzend auf seine sittlichen Anschauungen und verleitet besonders auch die junge Männerwelt zum Laster;
8. die Bordelle sind eine Quelle von vielem sozialen, wirtschaftlichem und gesundheitlichem Elend unter Unverheirateten und in Familien und belasten auch hierdurch außerordentlich die öffentlichen Kassen.“

Der Oberpräsident gab das Schreiben aus Bochum an den Minister des Innern in Berlin weiter, der am 14. Februar 1914 dem Presbyterium der Evangelischen Kirchengemeinde Bochum den knappen Bescheid erteilte: „Auf die an den Königlichen Oberpräsidenten in Münster gerichtete, von diesem mir zur Entscheidung vorgelegte Beschwerde vom 26. Januar d. Js., betreffend das Wohnungswesen der Prostituierten in der Stadt Bochum, eröffne ich Ihnen, daß ich nach Prüfung der Verhältnisse mich nicht veranlaßt finde, den Bescheid des Regierungs-Präsidenten in Arnsberg vom 22. v. Js. einer Abänderung zu unterziehen. Es muß vielmehr aus den darin mitgeteilten, zutreffenden Gründen bei diesem Bescheide sein Bewenden haben. Im Auftrage gez. Baron Zedlitz.“<sup>105</sup>

Die anrühige Adresse Kurze Straße wurde 1914 für immer getilgt. Die Neubebauung des StraÙenzugs sollte sich auf der Sophienstraße vollziehen. Eine der bisherigen Hausbesitzerinnen baute dort noch ein neues Wohnhaus; den Geschäftsbetrieb hatte sie freilich zur Stadtmitte verlegt.

<sup>105</sup> Wie Anm. 100, Bl. 228.

Henry Wahlig

## „Wunden aller Art“

### Die jüdische Gemeinde Bochum 1945/46 im Spiegel der ersten Gemeindegründungen nach dem Holocaust

#### Einleitung

Am 16. Dezember 2007 wurde die neue Synagoge der Stadt Bochum an der Castroper Straße feierlich eröffnet. Damit schließt sich auch in dieser Stadt ein jahrzehntelanger Prozess des Wiederaufbaus jüdischen Lebens ab, welcher bereits in den ersten Nachkriegsjahren, unmittelbar nach dem Holocaust, seinen Anfang nahm.

Diese Arbeit will sich vor dem Hintergrund der Eröffnung der Bochumer Synagoge mit den Anfängen dieses Prozesses auseinandersetzen. Dabei wird sie zunächst allgemein untersuchen, unter welchen Voraussetzungen sich trotz des Holocausts bereits unmittelbar mit Ende des Krieges neues jüdisches Leben in Deutschland konstituieren konnte. Dabei sollen anhand des Forschungsstandes die wichtigsten Grundzüge der ersten Gemeindegründungen sowie die Lebenssituation der überlebenden Juden und ihre Motive für den Wiederaufbau jüdischer Institutionen herausgearbeitet werden. Sodann sollen diese Ergebnisse in einem zweiten Teil mit dem Beispiel Bochums verknüpft und verortet werden. Die jüdische Gemeinde Bochum bietet sich für dieses Vorhaben in zweifacher Hinsicht an. Historisch gesehen ist die Stadt von Interesse, weil sie vor dem Weltkrieg über eine besonders gut integrierte und vielfältig engagierte jüdische Gemeinschaft verfügte, welche durch den Holocaust fast vollständig zerstört wurde. Bei Kriegsende befanden sich lediglich vier Juden in der Stadt.

Methodisch gesehen ist das Beispiel von besonderem Reiz, weil hier in Form der vollständig erhaltenen Mitgliedlisten der ersten Nachkriegsgemeinde 1945/46 eine Quelle von außerordentlichem Wert existiert, welche bislang wissenschaftlich nicht umfassend erschlossen worden ist. Mit Hilfe ihrer empirischen Auswertung ist daher erstmals eine umfassende demographische und soziale Bestandsaufnahme der ersten jüdischen Nachkriegsgemeinschaft in Bochum möglich, welche sich mit den zuvor ausgearbeiteten allgemeinen Thesen in Relation setzen lässt.

#### Juden in Deutschland 1945/46

Die historische Forschung unterscheidet grundsätzlich zwischen zwei Gruppen von jüdischen Überlebenden,

welche sich unmittelbar nach Kriegsende in Deutschland aufhielten. Zahlenmäßig in der Überzahl standen die meist osteuropäischen Displaced Persons (fortan: DPs), welche bei Kriegsende in deutschen Konzentrationslagern befreit worden oder kurz nach Kriegsende hierher geflüchtet waren. Ihr Anteil stieg zwischenzeitlich bis auf 200.000 Personen, reduzierte sich jedoch nach Gründung des Staates Israel schnell wieder auf rund 20.000.<sup>1</sup> Im überwiegenden Teil der Fälle betrachtete diese Gruppe Deutschland lediglich als Transitland und beteiligte sich wenig am Aufbau neuer Gemeindestrukturen. Regional konzentrierten sich die DPs fast ausschließlich auf die US-amerikanische Zone und das britische Lager Bergen-Belsen. Für die weitere Untersuchung soll diese Gruppe deshalb nicht im Vordergrund der Betrachtung stehen. An dieser Stelle soll vielmehr auf die Aktivitäten der insgesamt 25.000 bis 30.000 deutschen Juden eingegangen werden, welche den Holocaust überlebten und sich fortan in ihrer alten neuen Heimat betätigten. Ihr Wirken soll auf vier thematischen Ebenen untersucht werden.

#### Strukturelle Entwicklung der ersten Gemeinden

Nur – je nach Quelle – 15.000<sup>2</sup> bis 20.000<sup>3</sup> deutschen Juden war es während des Zweiten Weltkrieges gelungen, außerhalb der Konzentrations- und Vernichtungslager der Nationalsozialisten in Deutschland zu überleben. Sie improvisierten schon wenige Tage nach ihrer Befreiung wieder die ersten Gottesdienste. So trafen in Köln bereits Ende April, also noch vor dem offiziellen Ende des Krieges, die verbliebenen Juden in den Trümmern der Synagoge zusammen.<sup>4</sup> Verstärkt wurde die Gruppe der deutschen Juden in den folgenden Monaten durch ca. 10.000 Insassen der Konzentrationslager, welche in ihre Heimatorte zurückkehrten. Regionaler Schwerpunkt war dabei Berlin, wo sich fast 50 % aller überlebenden deutschen Juden aufhielten.<sup>5</sup> Im frisch gegründeten Bundesland Nordrhein-Westfalen hielten sich bei der ersten offiziellen Zählung Mitte 1946 2.494 Juden auf<sup>6</sup>, wobei die meisten in Köln, Düsseldorf und Dortmund lebten.<sup>7</sup> Der Anteil der deutschen Juden gegenüber den DPs lag landesweit bei 70 %.<sup>8</sup>

<sup>1</sup> Zur Forschung zu den DPs siehe umfassend Angelika Königse-der/Juliane Wetzel, *Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs (Displaced Persons) im Nachkriegsdeutschland*, Frankfurt/Main 1994.

<sup>2</sup> Michael Zimmermann (Hg.), *Geschichte der Juden im Rheinland und Westfalen*, Köln 1998, S. 260.

<sup>3</sup> Ina S. Lorenz, *Gehen oder bleiben. Neuanfang der jüdischen Gemeinde Hamburg nach 1945*, Hamburg 2002, S. 9.

<sup>4</sup> Zimmermann, *Geschichte* (wie Anm. 2), S. 262.

<sup>5</sup> Harry Maor, *Der Wiederaufbau der jüdischen Gemeinden in Deutschland*, Diss. Mainz 1961, S. 2.

<sup>6</sup> Zimmermann, *Geschichte* (wie Anm. 2), S. 263.

<sup>7</sup> Donat Strathmann, *Auswandern oder Hierbleiben? Jüdisches Leben in Düsseldorf und Nordrhein 1945-1960*, Essen 2003, S. 39.

<sup>8</sup> Zimmermann, *Geschichte* (wie Anm. 2), S. 264.

Aus den rein improvisierten Treffen der ersten Nachkriegstage waren noch im Laufe des Jahres 1945 die ersten lockeren Zusammenschlüsse entstanden. Bis zum Jahreswechsel 1945/46 hatten sich bundesweit 51 Gemeinden gegründet, wobei viele Kleingemeinden jedoch nicht über 50 Mitglieder hinaus kamen. Die größten Gruppen mit über 1.000 Juden besaßen zu diesem Zeitpunkt Berlin, Hamburg und – aufgrund von DP-Lagern in direkter Umgebung – Bamberg, Regensburg, München und Braunschweig.<sup>9</sup>



Abb. 1: Alte Synagoge in der Wilhelmstraße (heute Huestraße), um 1920

Ein geregelter Aufbau lag all diesen Gründungen nicht zugrunde. Die ersten Gemeinden waren spontan, unkoordiniert und ohne weitere klare Konzeption entstanden. Sie definierten sich nicht über langfristig angelegte Strukturen, sondern über die existenziellen Nöte, die es gemeinsam zu bewältigen galt. Neben einem (ehrenamtlichen) Vorsitzenden gab es in den meisten Gemeinden keine weiteren gewählten Repräsentanten. Als rechtliche Form diente die bloße Eintragung ins Vereinsregister, eine Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts

<sup>9</sup> Maor, Wiederaufbau (wie Anm. 5), Tabelle Anlage IV. Mitgliederstatistik der jüdischen Gemeinden in den Jahren 1945/46.

strebten die meisten Gemeinden erst nach 1949 an.<sup>10</sup> Überall waren die ersten Gemeinden als provisorische Verbindungen angelegt, deren Haltbarkeit durchaus zeitlich begrenzt sein konnte. An diesem Grundsatz änderte sich auch nichts, als sich 1946 die ersten überregionalen Zusammenschlüsse wie der „Landesverband der jüdischen Gemeinden in der britischen Zone“<sup>11</sup> bildeten. Auch diese bildeten lockere Verbände, welche mehr an praktischen Zielen denn an einem geregelten Aufbau orientiert waren.

Die überwiegende Zahl der deutschen Juden wollte sich kurz nach Kriegsende noch nicht mit der Frage auseinandersetzen, ob es tatsächlich möglich sein könnte, dauerhaft in Deutschland Fuß zu fassen. Zu eindeutig schienen die Worte von Leo Baeck, der großen Leitfigur des liberalen deutschen Judentums im 20. Jahrhundert, welche er nach seiner Befreiung aus dem KZ Theresienstadt geäußert hatte: „Die Epoche der Juden in Deutschland ist ein für alle Mal vorbei.“<sup>12</sup> Nicht von ungefähr nannten viele Juden ihre Zusammenschlüsse daher noch bis in die 50er Jahre hinein „Liquidationsgemeinden“.<sup>13</sup>

#### Profil der ersten Gemeindemitglieder

Es ist aus heutiger Sicht fast unmöglich, ein stichhaltiges übergreifend-demographisches Profil der unkoordiniert voneinander entstehenden jüdischen Gemeinden zu rekonstruieren. Generell lassen sich aber an allen Orten gewisse Tendenzen wiederfinden, welche an dieser Stelle vorgestellt werden sollen.

Der absolut überwiegende Teil der überlebenden deutschen Juden hatte vor dem Holocaust sehr distanziert zu seiner Religion gelebt. Von einer Deportation in die Vernichtungslager waren sie fast immer nur deshalb zurückgestellt worden, weil sie Ehen mit nichtjüdischen Partnern eingegangen waren und/oder sich ganz von ihrer Religion losgesagt hatten. In Berlin lebten 1946 rund 94 % aller verheirateten Gemeindemitglieder in solchen Mischehen.<sup>14</sup> Dennoch waren auch diese Juden den Repressalien des NS-Regimes ausgeliefert gewesen. Sie hatten abgeschirmt von der Außenwelt leben müssen und waren in der Spätphase des Krieges zu Zwangsarbeiten

<sup>10</sup> Jael Geis, Übrig sein – Leben „danach“. Juden deutscher Herkunft in der britischen und amerikanischen Zone Deutschlands 1945-1949. Berlin 2000, S. 394. Die Autorin vertritt die These, die Überlebenden hätten „andere Sorgen gehabt“, als vor der Gründung einer Gemeinde grundsätzliche Überlegungen zu deren Rechtsform anzustellen.

<sup>11</sup> Siehe dazu Hagit Lavsky, Die Anfänge der Landesverbände der jüdischen Gemeinden in der britischen Zone, in: Herbert Obenaus (Hg.), Im Schatten des Holocaust. Jüdisches Leben in Niedersachsen nach 1945, Hannover 1997, S. 199-234.

<sup>12</sup> Zitiert nach Strathmann, Auswandern (wie Anm. 7), S. 13.

<sup>13</sup> Florian C. Knab, Der Wiederaufbau jüdischer Gemeinden nach 1945, in: <http://www.shoa.de/content/view/45/196/>, Stand 13. November 2007.

<sup>14</sup> Maor, Wiederaufbau (wie Anm. 5), S. 1.



eingezogen und deportiert worden. Vielfach waren sie in halboffenen Ghettos innerhalb der deutschen Großstädte zusammengepfercht worden und hatten in Wohngemeinschaften miteinander leben müssen.<sup>15</sup>

Die gemeinsame Verfolgungserfahrung schweißte die ursprünglich sehr disparate Gruppe auch nach dem Ende der Verfolgung weiterhin zusammen. Gemeinsam mit den aus den Konzentrationslagern zurückgekehrten Überlebenden definierten sie sich als jüdische Schicksalsgemeinschaft, die auch nach dem Holocaust ihren Zusammenhalt fortsetzen wollte. Viele der zuvor religionsfernen Juden spürten überdies nach ihrem Überleben ein Gefühl der Dankbarkeit, aus welchem heraus sie sich fortan zu einem Engagement für die Gemeinschaft verpflichtet sahen. Beispielhaft ist in dieser Hinsicht die folgende Aussage eines überlebenden Juden: „*Ich kehrte im Juni 1945 aus dem KZ Theresienstadt zurück, wo ich gelobt hatte, wenn ich mit meiner Familie aus dieser Hölle herauskommen sollte, mich trotz meines Alters von 72 Jahren der jüdischen Sache zu widmen.*“<sup>16</sup>

Neben den emotionalen Motiven spielten auch materielle Fragen für die Mitgliedschaft in den Gemeinden eine Rolle. Unter der NS-Herrschaft waren die deutschen Juden vollkommen pauperisiert worden und lebten nach dem Krieg ohne Erwerbstätigkeit am Existenzminimum. Die Mitgliedschaft in der jüdischen Gemeinde versprach ihnen hierbei materiellen und sozialen Beistand sowie Vorteile bei der Behandlung durch die Besatzungsbehörden. In den ersten Nachkriegsjahren kam es deshalb zu zahlreichen Neuaufnahmeanträgen vor 1938 konvertierter und ausgetretener Juden, welche von den Gemeinden allerdings meist abschlägig beurteilt wurden. Allein in Berlin lagen Ende 1945 etwa 2.000 Anträge solcher im Volksmund als „Paketjuden“<sup>17</sup> verspotteten Menschen vor.<sup>18</sup>

Einen gesonderten Streitpunkt stellte die Frage nach Aufnahme der nichtjüdischen Ehepartner in die Gemeinden dar. Von Seiten vieler Mitglieder wurde dies entschieden gefordert, da sie nur aufgrund der Unterstützung ihrer Eheleute überlebt hätten: „*Ich bin mit einer Christin verheiratet und muss ehrlich gestehen, dank der Aufopferung meiner Frau bin ich gerettet worden. So wird es bestimmt auch vielen jüdischen Mischehen ergangen sein. Gerade diese christlichen Frauen oder vielleicht auch Männer, die zu ihrem jüdischen Ehe-*

*partner treu gestanden haben, sind Märtyrer und müssen heute von den jüdischen Institutionen als vollwertig anerkannt werden.*“<sup>19</sup> Zu einer Aufnahme dieser Antragssteller kam es dennoch in den meisten Fällen aufgrund des Drucks orthodoxer Kreise zunächst nicht, allerdings bestanden hier zwischen den einzelnen Gemeinden große Unterschiede. Erst nachdem sich die wirtschaftliche Lage gebessert hatte und als möglicher Aufnahmegrund ausfiel, wurden die jüdischen Gemeinden in dieser Frage grundsätzlich toleranter.<sup>20</sup>

Altersmäßig zeigten die frühen Gemeinden eine deutliche Tendenz zur Überalterung. Die Berliner Juden besaßen 1946 ein Durchschnittsalter von 55 Jahren, wobei fast 60 % ihren 45. Geburtstag bereits vollendet hatten.<sup>21</sup> In den rheinischen Gemeinden lag der Anteil mit 45 % über 50-Jährigen nur unwesentlich geringer.<sup>22</sup>

### Lebenssituation der deutschen Juden 1945/46

Für die überlebenden Juden bedeutete das Jahr 1945 in einer ganz eigenen Dimension die „Stunde Null“. Vom NS-Regime aus ihren Berufen gedrängt und um ihre Ersparnisse gebracht, kehrten viele Juden nach dem Krieg zumeist ohne jegliche Existenzgrundlage ins bürgerliche Leben zurück. Noch 1947 wies eine amtliche Statistik aus, dass 90 % aller Juden nicht eigenständig ihren Lebensunterhalt bestreiten konnten.<sup>23</sup> Besonders schwer hatten es alte und körperlich gebrechliche Juden, welche nach den Martyrien der Verfolgung keine weitere Kraft für den Aufbau eines neuen Lebens aufbringen konnten. Sie waren in den Wirren der ersten Nachkriegsjahre auf fremden Beistand angewiesen, um ihr bloßes physisches und psychisches Überleben zu retten.

Bei den Besatzungsbehörden stießen sie dabei in den ersten Nachkriegsjahren auf Vorbehalte, wobei hier zwischen den Zonen erhebliche Differenzierungen vorzunehmen sind. Während die Juden der amerikanischen und französischen Zone bereits seit Mitte 1945 pauschal als Verfolgte des NS-Regimes anerkannt und entsprechend unterstützt wurden, legten die Briten ihrer Politik ausschließlich das Nationalstaatsprinzip zugrunde. Überlebende Juden erhielten, sofern sie die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen, keinerlei Sonderprivilegierungen gegenüber ihren Landsleuten. Offiziell begründete die Regierung ihre Haltung damit, dass sie ihre Politik nicht wie die der Nationalsozialistischen auf einer rassistischen Zuge-

<sup>15</sup> Nach den Pogromen des 9. November 1938 verloren jüdische Mieter im so genannten „Gesetz für Mietverhältnisse mit Juden“ ihren Mieterschutz. Die meisten Juden mussten daraufhin in separate „Judenhäuser“ umziehen.

<sup>16</sup> Zitiert nach Maor, Wiederaufbau (wie Anm. 5), S. 10.

<sup>17</sup> Im Volksmund bürgerte sich der Begriff „Paketjude“ für solche Antragssteller ein, die ihre Hin- bzw. Rückwendung zum Judentum angeblich erst dank der Hilfspakete internationaler jüdischer Organisationen fanden.

<sup>18</sup> Maor, Wiederaufbau (wie Anm. 5), S. 8.

<sup>19</sup> Zitiert nach ebd., S. 7.

<sup>20</sup> Strathmann, Auswandern (wie Anm. 7), S. 199ff. Die Autorin weist zahlreiche Fälle für die Düsseldorfer Gemeinde nach.

<sup>21</sup> Maor, Wiederaufbau (wie Anm. 5), S. 4.

<sup>22</sup> Strathmann, Auswandern (wie Anm. 7), S. 43, Tabelle 3.

<sup>23</sup> Knab, Wiederaufbau (wie Anm. 13), Stand 30. August 2006.

hörigkeit aufbauen wolle.<sup>24</sup> In Wahrheit standen jedoch eindeutig weltpolitische Motive hinter dem Kurs: Großbritannien fürchtete, durch eine Anerkennung der Juden als separater Bevölkerungsgruppe der zionistischen Unabhängigkeitsbewegung in ihrem Mandatsgebiet Palästina in die Hände zu spielen.<sup>25</sup> Erst Anfang 1946, sieben Monate nach Kriegsende, lockerte London seine Haltung zumindest partiell und sprach früheren Insassen der Konzentrationslager das Recht auf eine erhöhte Kalorienzu- teilung und größeren Wohnraum zu.<sup>26</sup> Anderweitig überlebende Juden wurden von Besatzungsseite jedoch weiterhin wie „normale“ Deutsche behandelt. Eine solche Haltung stärkte die Antriebskraft der Mitglieder in den jungen Gemeinden: Auch zweifelnde Juden erkannten, dass sie ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen mussten.

### Schwerpunkte der ersten Gemeindeaktivitäten

Zentrale Aufgabe aller neu entstehenden Gemeinden wurde es, die drängende, oft existenzbedrohende Not ihrer Mitglieder zu bekämpfen. Dafür waren die selbst mittellosen Gemeinden auf Hilfe von außen angewiesen. Vor allem von Seiten der englischen Besatzungsmacht wurde eine gezielte Versorgung der Gemeindemitglieder durch internationale jüdische Hilfsorganisationen zunächst untersagt. Als Begründung diente auch in diesem Fall, dass nicht einzelne Teile der deutschen Bevölkerung separat unterstützt werden sollten.<sup>27</sup>

Die Gemeinden hatten sich deshalb zunächst in das reguläre System der deutschen Wohlfahrt einzugliedern, welches in den neu eingerichteten „Betreuungsstellen für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte“ der Fürsorgeämter organisiert wurde. Zuständig waren sie kraft Namens für alle verfolgten Bevölkerungsgruppen der NS-Zeit zugleich. In der Praxis führte dies häufig dazu, dass sich die jüdischen Überlebenden gegenüber anderen Gruppen benachteiligt fühlten. So beklagte sich die Bremer Gemeinde Mitte 1945 bei der Stadtverwaltung, politische Verfolgte würden den rassischen gegenüber bei der Versorgung mit Hilfsgütern vorgezogen.<sup>28</sup> Erst Anfang 1946 gestatteten die englischen Behörden jüdischen Hilfsorganisationen wie dem American Jewish Joint Distribution Committee (JOINT) offiziell die Belieferung der Gemeinden, welche von nun an unter anderem Lebens-

mittel und Kleidung für ihre Mitglieder erhielten.<sup>29</sup>

Zu diesem Katalog gehörten von Beginn an jedoch auch religiöse Hilfestellungen. Mit der Zerstörung ihrer Synagogen hatten die Gemeinden auch ihre komplette jüdische Infrastruktur eingebüßt. Es fehlte bereits an grundlegenden Utensilien wie Thorarollen. Darüber hinaus waren viele Überlebende, die der Religion früher fern gestanden waren, nun bereits in einfachen Fragen des jüdischen Gottesdienstes überfordert. Von Seiten der Hilfsorganisationen wurden deshalb Kurse in religiöser Erziehung angeboten.<sup>30</sup> Stattfinden konnten solche Angebote in den ersten Betsälen der Gemeinden, welche häufig nur einen sehr improvisierten Charakter besaßen. Sie bestanden zumeist in von der Militärregierung beschlagnahmten Gebäuden oder Räumen, welche dann den Juden für ihre Zwecke überlassen wurden. Neben ihrer religiösen Funktion entwickelten sich diese Zentren vor allem zu einem sozialen Mittelpunkt der jungen Gemeinden. In ihren eigenen vier Wänden konnten die Juden erstmals ohne den Druck äußerer Verfolgung miteinander ins Gespräch kommen und ein gemeinsames Sozialleben aufbauen. Eine weitere, davon völlig getrennt liegende, Aufgabe der Gemeinden bestand darin, als Anwalt ihrer verstorbenen Mitglieder zu fungieren. Bereits kurz nach der Befreiung intervenierten die ersten Gemeindevertreter bei ihren Stadtverwaltungen, um die beschädigten oder zerstörten jüdischen Friedhöfe wieder in Stand setzen zu lassen.

### Die Jüdische Gemeinde in Bochum

Jüdisches Leben in Bochum lässt sich bis ins ausgehende 16. Jahrhundert zurückverfolgen. Die erste Synagoge der Stadt gründete sich einer Überlieferung nach am 6. Dezember 1594.<sup>31</sup> Die heute knapp 375.000 Einwohner zählende Großstadt war damals noch ein kleines Dorf und verfügte insgesamt nur über gut eintausend Einwohner. Zu einem sprunghaften Anstieg jüdischer Gemeindeglieder kam es erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als sich Bochums Einwohnerzahl im Zuge der Industrialisierung innerhalb von fünfzig Jahren verzehnfachte. Um die Jahrhundertwende lebten nun bereits 800 Juden in der Stadt.

<sup>24</sup> Ursula Büttner, Not nach der Befreiung. Die Situation der deutschen Juden in der britischen Besatzungszone 1945-1948, Hamburg 1986, S. 377.

<sup>25</sup> Strathmann, Auswandern (wie Anm. 7), S. 57-58.

<sup>26</sup> Hierbei handelt es sich um die so genannte „Zone Policy Instruction No. 20“; siehe ebd., S. 74-75.

<sup>27</sup> Ebd., S. 99ff.

<sup>28</sup> Barbara Johr, Die Jüdische Gemeinde Bremen. Neugründung und Wiederaufbau 1945-1961, in: Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte. Zeitschrift für die Regionalgeschichte Bremens im 19. und 20. Jahrhundert 7 (2001), S. 12.

<sup>29</sup> Strathmann, Auswandern (wie Anm. 7), S. 103. Die Autorin verweist darauf, dass die Gemeinden trotz des Verbots bereits 1945 in die Arbeit des JOINT einbezogen wurden.

<sup>30</sup> Ebd., S. 120. Die Autorin verweist u. a. auf eine „Missionsreise“ einiger Rabbiner durch die jungen Gemeinden Nordrhein-Westfalens.

<sup>31</sup> Gisela Wilbertz, Geschichte der jüdischen Gemeinde in Bochum. Ein Überblick, in: Manfred Keller/Gisela Wilbertz (Hg.), Spuren im Stein. Ein Bochumer Friedhof als Spiegel der jüdischen Geschichte, Essen 1997, S. 255.

Im multikulturellen Umfeld des Ruhrgebiets, in der fast alle Bevölkerungsschichten aus frisch zugewanderten Personen bestanden, integrierten sich die Juden fortan gut ins Stadtleben. Sie eröffneten Einzelhandelsgeschäfte oder machten sich als Anwälte, Ärzte und in anderen selbstständigen Berufen einen Namen. Vielfältige Belege zeugen von ihrem Engagement in den überkonfessionellen Vereinen und Verbänden der Stadt.<sup>32</sup> Mit Oberbürgermeister Dr. Otto Ruer stand seit 1925 sogar ein Mann mit jüdischen Wurzeln an der Spitze der Stadt.<sup>33</sup>

Religiös bildete Bochum im Judentum eine so genannte Reformgemeinde: Predigten wurden in deutscher Sprache gehalten, eine Orgel begleitete einen gemischten Chor. Die Gemeinde verfügte über eine mehrfach ausgebaute und besonders repräsentative Synagoge mitten im Stadtzentrum. Der seit 1901 amtierende Rabbiner Dr. Moritz David<sup>34</sup> galt in der ganzen Stadt als hoch respektierte Persönlichkeit und verfügte über gute persönliche Kontakte zu christlichen Würdenträgern. 1930 war die Zahl der Juden bis auf 1.244 angestiegen, Bochum verfügte über die drittgrößte Gemeinde Westfalens.<sup>35</sup>

Zugleich stieg in dieser Zeit jedoch auch der Einfluss der Nationalsozialisten immer weiter an: Die Stadt stellte auch für die rechtsextremen Kräfte einen Ort von besonderer Bedeutung dar, hatte hier doch bereits 1889 der „1. deutsche Antisemitentag“ stattgefunden.<sup>36</sup> Bereits 1928 hatten die Nationalsozialisten Bochum in den Rang einer Gauhauptstadt erhoben; fortan bezeichneten sie die Stadt als „Zentrum der Bewegung an der Ruhr“.<sup>37</sup> Dennoch blieb die NSDAP bei Wahlen in Bochum immer bei einem Anteil von unter 40 % der Stimmen.<sup>38</sup> Nichtsdestotrotz wurde Oberbürgermeister Dr. Ruer unmittelbar nach der Machtergreifung im März 1933 wegen angeblicher Amtsverfehlungen abgesetzt; er nahm sich wenige

Monate später im Gefängnis in Berlin das Leben.

Für die Bochumer Gemeinde bedeuteten bereits die ersten Jahre der NS-Diktatur einen herben Einschnitt: Über die Hälfte der Gemeindemitglieder setzte sich frühzeitig ins Ausland ab, Mitte 1938 befanden sich nur noch rund 600 Juden in der Stadt.<sup>39</sup> In der Pogromnacht vom 9. November desselben Jahres wurde die Bochumer Synagoge bis auf ihre Grundmauern niedergebrannt. Die verbliebenen Juden mussten ihre Wohnungen räumen und wurden in so genannten „Judenhäusern“<sup>40</sup> untergebracht, von wo sie 1942 in die Ghettos und Vernichtungslager des Ostens deportiert wurden. Ein Gedenkbuch über die Opfer der Shoah listet die Namen von rund 500 Bochumer Juden auf.<sup>41</sup> Das einst so vielfältige jüdische Leben Bochums war innerhalb weniger Jahre vollends zerstört worden.

### Die Jüdische Gemeinde am Ende des Zweiten Weltkriegs

Als der Zweite Weltkrieg für Bochum am 10. April 1945 mit der Befreiung durch US-amerikanische Truppen endete, befanden sich nur noch vier Mitglieder der jüdischen Gemeinde in der Stadt.<sup>42</sup> Erst im Sommer des Jahres kehrten weitere Juden aus Verstecken, Arbeitslagern und Konzentrationslagern zurück, in welche sie von den Nationalsozialisten gedrängt worden waren. Bis zur Gründung der Bochumer Gemeinde vergingen weitere Monate. Im Dezember 1945 konstituierten sich die Juden Bochums und wählten Siegbert Vollmann zu ihrem ersten Vorsitzenden. Sein Lebensweg kann als exemplarisch für das Schicksal vieler seiner Gemeindemitglieder und der überlebenden deutschen Juden überhaupt gelten. Er soll deshalb an dieser Stelle kurz nachgezeichnet werden.

### Siegbert Vollmann<sup>43</sup>

Siegbert Vollmann wurde am 23. August 1882 als Sohn eines Kaufmanns in Steinbach-Hallenberg im Sauerland geboren. Nach verschiedenen Anstellungen in ganz Deutschland und einer vierjährigen Zeit als Soldat im Ersten Weltkrieg führte ihn 1928 eine Anstellung ins

<sup>32</sup> Als Beispiel mag Dr. Paul Weinstein dienen. Der jüdischstämmige Olympiamedaillengewinner von 1904 war in den 1920er-Jahren Leiter des Chemischen Untersuchungsamtes der Stadt und 2. Vorsitzender des TuS Bochum, einem der Vorläufer des heutigen VfL. Siehe hierzu Henry Wahlig, Bochums vergessene Fußballmeister. Die jüdische Sportgruppe Bochum 1925-1938, in: Bochumer Zeitpunkte Nr. 19 (2007), S. 36-44.

<sup>33</sup> Johannes Volker Wagner, Bochum unterm Hakenkreuz. Machtergreifung und nationalsozialistischer Alltag in einer Revierstadt, Bochum 1983, S. 50ff.

<sup>34</sup> Für ausführlichere Informationen über Dr. Moritz David siehe Manfred Keller, Die Bochumer Rabbiner Moritz David und Josef Kliersfeld, in: Keller/Wilbertz (Hg.), Spuren (wie Anm. 31), S. 316-335.

<sup>35</sup> Stadtarchiv Bochum (Hg.), Vom Boykott zur Vernichtung. Leben, Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der Juden in Bochum und Wattenscheid 1933-1945, Essen 2002, S. 33.

<sup>36</sup> Ebd., S. 37.

<sup>37</sup> Hiram Kümper, Bochum. Von den Karolingern zu Kohleöfen, Erfurt 2005, S. 85-86.

<sup>38</sup> Bei den letzten Reichstagswahlen vom 5. März 1933 erreichte die NSDAP in Bochum einen Stimmenanteil von 36,3 % und blieb damit über 7,5 % unter dem Reichsdurchschnitt (43,9 %).

<sup>39</sup> Wilbertz, Geschichte (wie Anm. 31), S. 279.

<sup>40</sup> In Bochum gab es solche Häuser in der Franzstraße 11, Horst-Wessel-Straße 56 (heute Nordring), Rottstraße 9, Rottstraße 11, Goethestraße 9, Widumestraße 11, Rheinische Straße 28 (am Nordbahnhof) und im Gebäude der früheren jüdischen Schule in der Wilhelmstraße 16 (heute Huestraße).

<sup>41</sup> Manfred Keller/Hubert Schneider/Johannes Volker Wagner (Hg.), Gedenkbuch. Opfer der Shoah aus Bochum und Wattenscheid, Bochum 2000.

<sup>42</sup> Diese Aussage lässt sich aus den Angaben in den Mitgliedslisten der Jüdischen Gemeinde, die für diese Arbeit ausgewertet wurden, ziehen.

<sup>43</sup> Die folgende Passage bezieht sich auf eigene Recherchen im Staatsarchiv Münster, Wiedergutmachung Reg. Arnsberg Nr. 22964 sowie Hubert Schneider, Siegbert Vollmann und die Anfänge der Jüdischen Gemeinde Bochum nach 1945, in: Keller/Wilbertz (Hg.), Spuren (wie Anm. 31), S. 357-367.

Kaufhaus Alsberg nach Bochum. Bis zur NS-Machtergreifung war Vollmann hier als Einkäufer und Abteilungsleiter tätig. Im Juni 1935 wurde er aufgrund seiner jüdischen Abstammung entlassen. Vollmann bemühte sich daraufhin, eine selbstständige Unternehmung für die Fabrikation von Berufskleidung aufzubauen – wobei jedoch immer weniger Lieferanten seine Firma mit den nötigen Stoffen beliefern wollten. Nach dem 9. November 1938 entkam Vollmann nur durch Zufall SS-Männern, welche ihn in seiner Wohnung verhaften wollten. Sein Geschäft musste er Ende 1938 schließen, ein so genannter „Abwickler“ übernahm das noch vorhandene Inventar. Vollmann war nun komplett erwerbslos und musste gemeinsam mit seiner evangelischen Frau Emmy von seinen Ersparnissen leben. Ihren 16-jährigen Sohn Gert schickten sie kurz vor Kriegsbeginn auf einen Kindertransport in die Niederlande, wo er den Krieg überlebte.

In der jüdischen Gemeinde war Siegbert Vollmann bis 1939 nicht sehr engagiert gewesen, er sah sich selbst nicht als tief religiösen Menschen. Immerhin hatte er seinen Sohn jüdisch erzogen, weshalb die Ehe nicht zu den von den Nazis privilegierten Mischehen gezählt wurde. Vollmann galt ab 1940 als „Sternträger“ und musste mit seiner Frau in eines der Bochumer Judenhäuser umziehen. Während des Krieges wurde Vollmann als Zwangsarbeiter bei verschiedenen Einsätzen in ganz Deutschland verpflichtet. Wiederum nur durch Glück entging er Ende 1944 einer Deportation nach Theresienstadt. Das Kriegsende erlebte Siegbert Vollmann in einem jüdischen Internierungslager in Berlin.

Von hier kehrte er im August 1945 körperlich schwer angeschlagen nach Bochum zurück, wo ihn Ehefrau Emmy erwartete. Nur vier Monate später ließ er sich bei der konstituierenden Sitzung der jüdischen Gemeinde als erster Vorsitzender wählen. Seine Kehrtwendung zur jüdischen Sache erklärt sein Sohn retrospektiv dadurch, dass sein Vater nach seiner Befreiung die ihm ursprünglich aufgezwungene jüdische Identität nun als „Dienst“ empfunden habe, dem er sich zu stellen habe. Dazu passt, dass Vollmann in seinem Nachlass<sup>44</sup> das Ehrenamt immer mehr als Bürde denn als Auszeichnung beschrieb. Trotz immer stärkerer Krankheit, welche ihn zu immer längeren Bettzeiten zwang, engagierte sich Vollmann bis zu seinem Tod am 25. Juli 1954 als Vorsitzender der Gemeinde.

### Aktivitäten der jungen Gemeinde

Die jüdische Gemeinde Bochums bestand in ihren ersten Jahren vor allem aus einer Person: Siegbert Vollmann.

<sup>44</sup> Der Nachlass Siegbert Vollmanns, auf den sich die folgenden Fußnoten beziehen, ist einsehbar im Archiv des Vereins „Erinnern für die Zukunft e.V.“, Bochum.

Der erste Vorsitzende lenkte die Arbeit von seiner Zwei-Zimmer-Wohnung in der Rombergstraße 10 aus und wurde hierbei tatkräftig durch seine christliche Ehefrau Emmy unterstützt. Ein provisorisches Heim erhielt die Gemeinde erst im September 1947, als nach über einjähriger Arbeit der erste Betsaal im ehemaligen Amtshaus an der Brückstraße eröffnet werden konnte.<sup>45</sup> Die ersten Aktivitäten der Gemeinde lassen sich deshalb gut aus dem Nachlass Siegbert Vollmanns rekonstruieren.

Zu den vordringlichsten Aufgaben gehörte, dieser Quelle folgend, die Wiederinstandsetzung der Gräber auf den beiden jüdischen Friedhöfen der Stadt. So beruhigte er in einem Schreiben vom September 1947 die ausgewanderten Angehörigen eines früheren Gemeindeglieds: „*Von Anfang an habe ich dafür gesorgt, dass alle unsere Friedhöfe in Ordnung gebracht und gehalten werden, und dies wird auch in Zukunft geschehen. Zur besonderen Pflege hatte sich meine Frau das Grab ihrer Freundin Frau Berlin mit vorgemerkt.*“<sup>46</sup> Des Weiteren räumte Vollmann der Korrespondenz mit den Nachkommen der früheren Gemeindeglieder viel Raum ein. Viele frühere Bochumer traten an ihn heran und wollten erfahren, was aus ihren Verwandten oder ihrem Besitz geworden war, welchen sie in der Stadt hatten zurücklassen müssen. Immer wieder musste Vollmann in der Folge Bescheinigungen ausstellen, welche ein Deportationsdatum aus Bochum in den Jahren 1942/43 mit unbekanntem Ziel vermerkten.<sup>47</sup>

Besondere Schwierigkeiten hatte die kleine Gemeinde anfänglich bei der Wiederherstellung religiösen Lebens. Die kleine Bochumer Gruppe verfügte auch nach Einrichtung des kleinen Betsaals über keinerlei religiöse Infrastruktur. Beispielhaft sind die Probleme Vollmanns, nach der ersten Geburt eines jüdischen Kindes in Bochum einen geeigneten Fachmann zur Beschneidung zu organisieren: „*Er soll beschnitten werden, aber das ist nicht so einfach, die Herren Mohels<sup>48</sup> aus Bergen-Belsen<sup>49</sup> sind sehr teuer, unter einem Braunen [...] tun sie es nicht. Sie wollten auch so viel als Vorbeter haben, und da haben wir verzichtet.*“<sup>50</sup>

Im Laufe der kommenden Jahre bekam die Gemeinde sogar immer größere Schwierigkeiten, alleine die grundlegendste religiöse Versorgung aufrecht zu erhalten. Auf-

<sup>45</sup> Siegbert Vollmann an Familie Sternberg (Den Haag/Niederlande), September 1947.

<sup>46</sup> Ebd.

<sup>47</sup> Diese Bescheinigungen waren eine wichtige Grundlage für die Ende der 1940er-Jahre einsetzenden Rückerstattungs- und Wiedergutmachungsverfahren.

<sup>48</sup> Ein Mohel ist ein geübter Mann, der die Beschneidung ausführt.

<sup>49</sup> In Bergen-Belsen befand sich das größte DP-Lager der britischen Zone, in dem sich nach Kriegsende zeitweise über 15.000 Juden aufhielten.

<sup>50</sup> Siegbert Vollmann an Hugo und Ida Mayer (Nutley/USA) am 6. Oktober 1948.



grund immer stärkerer Abwanderung – und scheinbar auch zunehmendem Desinteresse – vieler Gemeindeglieder gelang es teilweise sogar nicht mehr, die für einen jüdischen Gottesdienst nötige Zahl von zehn Gläubigen zusammenzubringen, was Siegbert Vollmann sehr verbitterte: „Wir hatten am 1. Sonntag Pessach Gottesdienst [...] und was meinen Sie? Es war kein Minjan<sup>51</sup>, ist das nicht eine Schweinerei? Ich habe mich so geärgert, dass ich am liebsten alles hingeworfen hätte.“<sup>52</sup>

### Profil der Jüdischen Gemeinde Bochum 1946

Bis September 1946 sind die vollständigen Mitgliederlisten der Jüdischen Gemeinde Bochum im Nachlass von Siegbert Vollmann erhalten.<sup>53</sup> In ihnen sind neben den Stammdaten wichtige Angaben der Mitglieder zu Herkunft und familiären Verhältnissen erfasst. Diese Listen wurden für diese Arbeit elektronisch erfasst und erstmals umfassend empirisch ausgewertet. Sie sollen Auskunft über Herkunft, Demographie und Lebensschicksal der ersten nach Bochum zurückgekehrten Juden geben.

Zum betreffenden Stichtag belief sich die Gesamtzahl der Mitglieder der Gemeinde auf 55, davon 33 Frauen und 22 Männer. Bochum gehörte damit nicht von vorneherein zu den Kleinstgemeinden, sondern lag im Vergleich zu seinen regionalen Nachbarn anfänglich im Durchschnitt.<sup>54</sup> Damit muss der These widersprochen werden, die Bochumer Gemeinde habe sich hauptsächlich deshalb als eigenständige Gruppe wieder gegründet, um Restitutionsansprüche auf das Vermögen der alten Kultusgemeinde übernehmen zu können.<sup>55</sup> Die junge Bochumer Gemeinde zeichnete sich im Gegenteil anfänglich durch ihre facettenreiche Mitgliederstruktur aus. Das Profil der Gruppe war ausgesprochen inhomogen. Einige waren sich die Angehörigen nur in den „Wunden aller Art“<sup>56</sup>, mit denen sie 1945 nach Bochum zurückgekehrt waren, wie der nach England ausgewanderte frühere Rabbiner Dr. Moritz David in einem Brief diagnostizierte.

Es ist an dieser Stelle nicht möglich, die jeweiligen Einzelschicksale der Überlebenden, welche alle für sich eine eigene Geschichte bilden würden, darzustellen. Generell lassen sich aber an ausgewählten Kriterien gewisse Ten-

denzen nachweisen, welche im Folgenden vorgestellt werden sollen.

Die ersten jüdischen Nachkriegsgemeinden waren gängigen Untersuchungen nach tendenziell stark überaltert.<sup>57</sup> Für die Bochumer Juden lässt sich dieser Trend so nicht bestätigen. Das Durchschnittsalter aller Mitglieder lag mit 43 Jahren im Normbereich, wobei die 20- bis 29jährigen mit elf Vertretern sogar eine besonders große Gruppe stellten. Nur in der Gruppe zwischen 50 und 59 Jahren waren mit 13 Personen noch mehr Juden Mitglied der Bochumer Gemeinde.

Eine entscheidende Rolle für die rechtliche Stellung – und damit auch die Überlebenschancen – von Juden unter dem NS-Regime spielten ihre familiären Verhältnisse. So unterschieden die Nazis bei verheirateten Juden zwischen so genannten privilegierten und nicht privilegierten Partnerschaften, wobei Privilegierte von einigen Repressalien wie dem Tragen des Judensterns ausgenommen waren. Als privilegiert galten Mischehen zwischen Juden und Nichtjuden, die ihre Kinder nichtjüdisch erzogen oder – bei kinderlosen Ehen – in denen die Frau nichtjüdisch war.<sup>58</sup> Aus der Bochumer Nachkriegsgemeinde stammten 25 von insgesamt 55 Juden aus Mischehen mit nichtjüdischen Ehepartnern. Dabei fielen 16 unter die privilegierten, 9 unter die nicht privilegierten Partnerschaften. Elf Gemeindeglieder hatten vor dem Krieg in rein jüdischen Partnerschaften gelebt, wobei lediglich in sechs Fällen beide Partner den Holocaust überlebten. Ein Mitglied<sup>59</sup> heiratete erst im April 1946, seine jüdische Ehefrau war bis zum Stichtag der Gemeinde noch nicht beigetreten. Alle übrigen Gemeindeglieder waren 1946 nicht verheiratet oder noch minderjährig. Der Anteil der Mischehen liegt damit in Bochum bei rund 66 % der verheirateten Gemeindeglieder und ist damit nicht so hoch wie in Berlin, wo 94 % der überlebenden Juden aus Mischehen stammten. Dennoch stellt er auch hier eine signifikante Größe dar und deckt damit den allgemeinen Trend.

In vielen Gemeinden trafen 1945 die zurückkehrenden deutschen Juden auf eine mindestens ebenso große Gruppe neu zugewanderter osteuropäischer Juden. In vielen Fällen führte dies zu Spannungen, in einigen sogar zur Spaltung von Gemeinden.<sup>60</sup> In Bochum lässt sich diese Entwicklung nicht beobachten. Die Stadt lag weit entfernt von den großen DP-Lagern und verfügte 1946 nur über

<sup>51</sup> Ein Minjan bezeichnet die im Judentum nötige Zahl von zehn Gläubigen für einen Gottesdienst.

<sup>52</sup> Siegbert Vollmann an Marianne Schwarz (New York/USA) am 14. April 1950.

<sup>53</sup> Die Mitgliederlisten befinden sich ebenfalls im Archiv des Vereins „Erinnern für die Zukunft e. V.“, Bochum, und wurden dem Autoren dankenswerterweise zur Verfügung gestellt.

<sup>54</sup> Maor, Wiederaufbau (wie Anm. 5), Anlage IV: Für 1946 weist die Statistik in Essen 50 und in Düsseldorf 57 Mitglieder aus. Einziger Ausreißer war die Gemeinde Dortmund mit bereits 150 Mitgliedern.

<sup>55</sup> Für diese These siehe ebd., S. 70.

<sup>56</sup> Dr. Moritz David (Manchester/Großbritannien) an Siegbert Vollmann am 21. März 1947.

<sup>57</sup> Siehe vor allem Maor, Wiederaufbau (wie Anm. 5), S. 4.

<sup>58</sup> Cornelia Essner: Die „Nürnberger Gesetze“ oder die Verwaltung des Rassenwahns 1933-1945, Paderborn 2002, S. 46.

<sup>59</sup> Max Schmerler, geb. am 1. Dezember 1916, wurde von Bochum nach Auschwitz und in verschiedene andere Konzentrationslager verschleppt. Im Sommer 1945 kehrte er nach Bochum zurück und heiratete im April 1946 die Jüdin Hanka Granatmann.

<sup>60</sup> Ein Beispiel hierfür ist die Gemeinde Augsburg. Siehe Michael Brenner, Nach dem Holocaust. Juden in Deutschland 1945-1950, München 1995, S. 34.

vier aus Osteuropa zugewanderte Juden.<sup>61</sup> Der absolut überwiegende Teil der Gemeindemitglieder war dagegen schon vor dem Krieg in Bochum ansässig gewesen: 41 der 55 Juden gehörten bereits 1930 zur hiesigen Synagogengemeinde, 23 waren in Bochum und sechs in der unmittelbaren Nachbarschaft geboren.

Der schmerzlichste und für eine empirische Untersuchung schwierigste Teil der Mitgliedskarteien sind die individuellen Lebensbeschreibungen am Ende des Formulars. In ihnen schildern die Mitglieder – teils in wenigen Worten, teils sehr ausführlich – das ihnen zugefügte Unrecht während der NS-Herrschaft. Naturgemäß lassen sich aus diesen jeweiligen Einzelschicksalen nur schwer allgemeine Aspekte ableiten. Folgende Schlüsse können jedoch gezogen werden: 23 der 55 Bochumer Gemeindemitglieder wurden während des Krieges in eines der Konzentrations- und Vernichtungslager des Ostens, vor allem nach Theresienstadt und Auschwitz, deportiert. 19 Personen, die aus Mischehen stammten, kamen gegen Kriegsende in Arbeits- und Internierungslager innerhalb Deutschlands. Fünf Juden überlebten im Untergrund, eine Person reemigrierte unmittelbar nach Kriegsende aus der Schweiz.<sup>62</sup> In Bochum befanden sich bei der Befreiung der Stadt im April 1945 nur vier Mitglieder der späteren Gemeinde.<sup>63</sup>

Die Mitgliederentwicklung der Bochumer Gemeinde lässt sich nur schwer nachvollziehen, weil für den Zeitraum nach September 1946 keine vollständigen Mitgliedlisten mehr vorliegen. Einziger Anhaltspunkt ist der in einer anderen Quelle angegebene Wert von 38 Gesamtmitgliedern im Jahr 1948.<sup>64</sup> Damit reduzierte sich der Bestand der Gemeinde innerhalb von nur zwei Jahren

um 30 %. Hauptsächlicher Grund hierfür wird Auswanderung gewesen sein, da viele zurückkehrende Juden Bochum von vornherein nur als Zwischenstation auf ihrem Weg ins Ausland sahen.<sup>65</sup> Weitere Neueintritte gab es dagegen ab 1947 offensichtlich kaum mehr.<sup>66</sup>

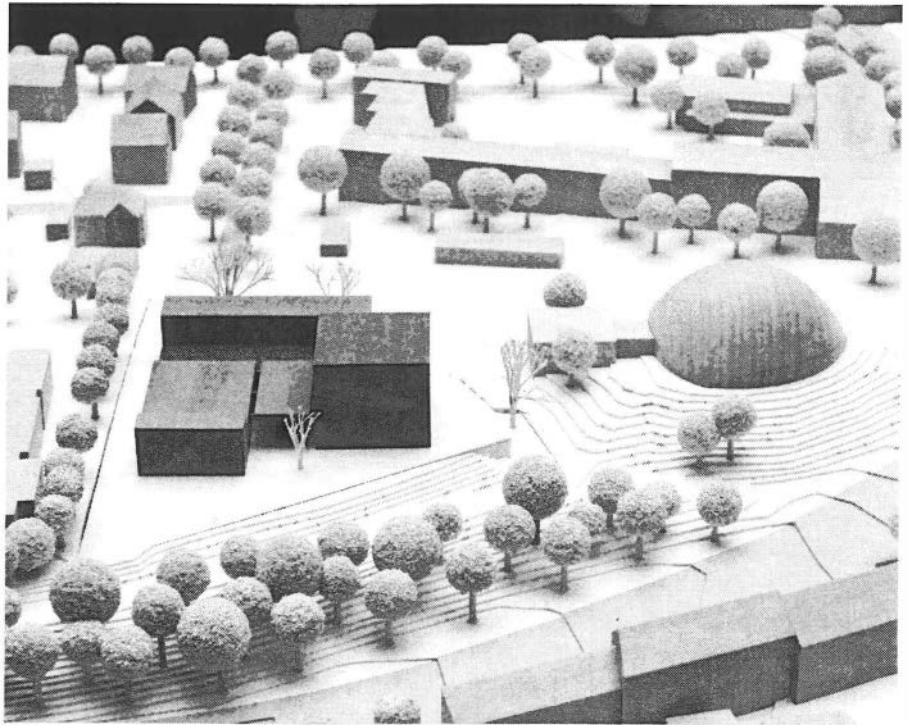


Abb. 2: Modell der neuen Synagoge

### Epilog: Die Gemeinde 1953-2006

Aufgrund der stetigen Reduzierung ihrer Mitgliederzahlen entschloss sich die Gemeinde noch zu Lebzeiten Siegbert Vollmanns, einen Gemeindeverbund mit zwei Nachbarstädten einzugehen. Am 18. Mai 1953 gründete sich die Jüdische Kultusgemeinde Bochum-Herne-Recklinghausen, deren religiöses Zentrum sich in Recklinghausen befand.<sup>67</sup> In den kommenden 40 Jahren bildete Bochum einen Teil der neuen Großgemeinde, deren gesamte Mitgliederzahl sich mit 50 bis 80 aber immer noch im unteren Drittel der deutschen Gemeinden befand. Einen neuen Aufschwung erlebte das jüdische Leben Bochums erst durch die Immigration russischer Juden Anfang der 90er Jahre. Innerhalb weniger Jahre erhöhte sich

<sup>61</sup> Moritz Ryzke (geb. 1. Februar 1897) und seine Tochter Mira-Mary (geb. 17. September 1923) lebten vor Kriegsbeginn in Danzig und waren 1945 in Bergen-Belsen untergebracht. Moses Goldfeld (geb. 7. März 1922) und Simon Singer (geb. 22. Mai 1920) kamen aus den nach 1945 polnischen Gebieten und waren in kleineren DP-Lagern untergebracht.

<sup>62</sup> Rosalie Samuel (geb. 20. September 1868) war erst am 5. Februar 1945 aus dem KZ Theresienstadt nach der Schweiz ausgetauscht worden. Bereits am 19. Mai 1946 kehrte sie in ihre ursprüngliche Heimat Bochum zurück.

<sup>63</sup> Es handelte sich hierbei um Marie Levisohn (geb. 21. August 1883), die nach dem Tod ihres Mannes 1938 offiziell aus dem Judentum ausgetreten war und 1946 wieder eintrat, sowie drei Kinder, die erst nach Kriegsende offiziell in die Gemeinde aufgenommen wurden: Josef Rosenstein (geb. 25. September 1936), Gisela Rosenstein (geb. 24. November 1939) sowie Liesel Ruthmann (geb. 29. Mai 1940).

<sup>64</sup> Maor, Wiederaufbau (wie Anm. 5), Anlage IV: Mitgliederbestand der jüdischen Gemeinden 1948.

<sup>65</sup> Als ein Beispiel sei an dieser Stelle das Ehepaar Ida und Hugo Mayer erwähnt, das im April 1947 zum Sohn in die USA auswanderte. Hubert Schneider (Hg.), „Es lebe das Leben...“. Die Freimarksaus Bochum – eine deutsch-jüdische Familie 1938-1946. Essen 2005, S. 181, Anm. 294.

<sup>66</sup> Neueintritte wurden in den Mitgliedskarteien scheinbar auch nach dem Stichtag vollständig verzeichnet. 1947 kamen dieser Quelle nach nur noch drei, 1948 weitere drei Mitglieder hinzu.

<sup>67</sup> Udo Arnoldi: Entwicklung in der jüdischen Gemeinde in Bochum zwischen 1945 und 1997, in: Keller/Wilbertz (Hg.), Spuren (wie Anm. 31), S. 368-372, hier S. 368.

die Zahl der Juden in der Stadt nun wieder auf über 500.<sup>68</sup>

Im November 2005 schließlich fand die Grundsteinlegung für den Neubau der Bochumer Synagoge statt, welche nun im Dezember 2007 eröffnet wurde. 69 Jahre nach der Zerstörung des Vorgängers verfügt die Stadt damit wieder über ein eigenes jüdisches Gotteshaus. Ohne den aufopferungsvollen Einsatz von Juden wie Siegbert Vollmann wäre dieser Schritt nicht möglich gewesen.

### Schlussbetrachtung

Die Gemeindegründungen der Jahre 1945/46 verliefen unkoordiniert, spontan und ohne größere weitere Pläne. Sie entsprangen dem Gefühl der Überlebenden heraus, ihre während der Verfolgung aufgezwungene Schicksalsgemeinschaft weiter fortsetzen zu wollen. Initiatoren dieser Gruppen waren assimilierte Juden, welche den Gemeinden vor dem Krieg distanziert gegenüber gestanden hatten.

Siegbert Vollmann bietet hierfür ein gutes Beispiel. Er gehörte vor 1938 nicht zum festen Kreis der Bochumer Synagogengemeinde, engagierte sich jedoch nach 1945 aus dem Gefühl einer inneren Verpflichtung heraus als Vorsitzender der kleinen Restgemeinde. Diese zeichnete sich durch einen hohen Anteil gebürtiger Bochumer aus, welche – wie Vollmann selbst – meist in Mischehen mit nichtjüdischen Ehepartnern überlebt hatten. Trotz ihrer alten Verbundenheit zu Bochum konnten sich nach dem Holocaust offensichtlich viele Gemeindeglieder nicht mehr mit ihrer alten Heimat identifizieren. Allein von 1946 bis 1948 wanderten rund 30 % der Mitglieder ab. In Bochum führte dies 1953 zum Zusammenschluss der Restgemeinde mit den Nachbargruppen in Heme und Recklinghausen.

Trotz zahlreicher innerer und äußerer Widerstände sicherten die ersten Gemeindegründer 1945/46 die bruchlose Kontinuität jüdischen Lebens in Deutschland. Sie schufen damit erst die Grundlage dafür, dass sich jüdisches Leben in den folgenden Jahrzehnten in der Bundesrepublik wieder so vielfältig entwickeln konnte.

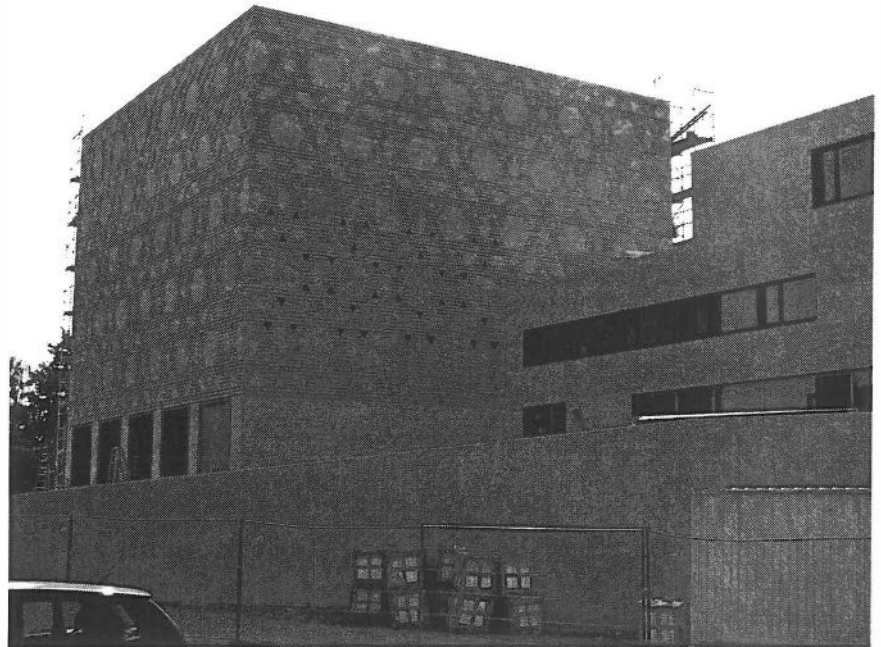


Abb. 3: Neubau der Synagoge

Abbildungsnachweis: Die Abbildungen 1 bis 3 wurden vom Presse- und Informationsamt der Stadt Bochum zur Verfügung gestellt.

#### ● Die Autoren dieses Heftes

Hansi Hungerige  
Fontanestraße 1  
44805 Bochum

Hans Joachim Kreppke  
Kreuzstraße 15  
44787 Bochum

Henry Wahlig, B. A.  
Veghestraße 22  
48149 Münster

<sup>68</sup> Ebd., S. 369.

# Aus dem Häuschen

## Berichtenswertes von der Kortum-Gesellschaft



### ● Bibliothek

Seit August kümmert sich Christoph Kaczmarek um unsere Bibliothek. Er wird das bis Ende Januar 2008 tun. Die Bibliothek unseres Vereins umfasst zurzeit etwa 2.000 Bände. Der Bestand wächst durch Schenkungen ständig. Die Sammlung bezieht sich im Wesentlichen auf die Geschichte Bochums und umfasst in beträchtlichen Umfang Raritäten zu diesem Thema. Leider war der Buchbestand unerschlossen und unsortiert. Das hat sich jetzt geändert, die Bücher sind durchsortiert und werden noch katalogisiert, so dass wir endlich einen genauen Einblick in unseren Bestand haben und gezielter weiter sammeln können.

Unser Ziel ist eine Erschließung der Bibliothek für die Öffentlichkeit über das Internet. Wir wünschen uns eine Datenbank, in der die Buchbestände bis auf die Ebene der in den Büchern enthaltenen Aufsatz- und Kapitelüberschriften erschlossen sind. So wird der Buchbestand besonders effektiv für die Arbeit mit Bochumer Geschichte für Lehrer und Schüler sowie für interessierte Laien. Eine so detaillierte Erfassung fehlt bisher in Bochum. Durch Christoph Kaczmarek, sind wir hier ein wesentlichen Schritt weiter gekommen. Leider kann er nicht länger für uns tätig sein. Darum ihm auch an

dieser Stelle: Herzlichen Dank für die gute Arbeit!

### ● Kaufhaus Kortum

Besser als Saturn kann man es auch aus Bürgersicht kaum sagen: Am 22. November 2007 wurde das Kaufhaus Kortum als eine der größten deutschen Saturn-Filialen wieder eröffnet – und wir werden mit einem lachenden und einem weinenden Auge dabei sein: Schön, dass das Haus mit seiner großartigen Fassade nun endlich und hoffentlich nachhaltig genutzt wird! Schön, dass wir in der Stadtmitte einen Kaufmagneten haben! „Alles Hochmodern“ titelte die WAZ Bochum am 17. November – und in der Tat: Es sieht Innen so gesichts- und geschichtslos aus, wie man es erwartet hat. Nun gut, das Lamentieren nutzt nichts. Möge das alte Haus nun endlich seine Ruhe und der neue Betreiber seinen Reibach finden. Glück auf, Kortum-Saturn!<sup>1</sup>

### ● Der Brunnen im Rosengarten des Stadtparks

Und nun ist die Tänzerin mit ihren Fischlein (siehe Abbildung auf der Rückseite des Heftes) seit dem 19. Oktober 2007 wieder da:

Nachdem Mitte der 1920er-Jahre die Wetterwarte der heutigen Fachhochschule Agricola aus dem Rosengarten im Stadtpark entfernt worden war, machte man sich in der Stadt offensichtlich Gedanken darüber, wie man diese zentrale Stelle wieder attraktiv machen könnte. Fündig wurde man 1926 auf der GeSoLei, der großen Ausstellung in Düsseldorf für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen. Die Firma Zeidler + Wimmer Gartengestaltung hatte dort einen Brunnen ausgestellt, den der Architekt Eugen Schmohl (1880-1926) entworfen, dessen Figuren aber der Künstler Wilhelm Gerstel (1879-1963) geschaffen hatte. Dieser Brunnen mit der Tänzerin/Aphrodite und vier wasserspeienden Fischen wurden zum Entzücken aller Bochumer 1927 im Rosengarten aufgestellt. Die Delphine verschwanden irgendwann unbemerkt. Die Tänzerin wurde über Jahrzehnte hinweg immer mal wieder entführt, kehrte aber stets zurück. Seit rund 10 Jahren war sie aber endgültig verschwunden. Eine Gussform der Tänzerin existierte entgegen manchem Gerücht nicht. Es war Bettina Eickhoff, die 2006 anregte, den Brunnen wieder zu vervollständigen und dafür ihre Unterstützung zusagte. Sie vermittelte dann auch den Kontakt zum Kemnader Kreis, der nun die Finanzierung übernahm. Aber woher sollte die Figur kommen?

<sup>1</sup> Siehe auch Bochumer Zeitpunkte 18, S. 33.



Als die Stadt Cottbus 2006 ein Stadtjubiläum feierte, begab sich der Stadtdenkmalpfleger Volker Mende auf die Suche nach der Herkunft des städtischen „Enke-Brunnens“, der soeben mit Sponsorenmitteln restauriert und in die Stadtmitte versetzt worden war. Ihm war aus einer zeitgenössischen Gartenzeitschrift und dem Katalog der Herstellerfirma bekannt geworden, dass in Bochum der gleiche Brunnen stand – nämlich der Brunnen im Rosengarten. In Cottbus sind die Figuren allerdings vollständig erhalten. Mende wandte sich mit der Bitte um Informationen an das „LWL – Amt für Denkmalpflege in Westfalen“. Auf diesem Weg hat Hans H. Hanke Kontakt mit der Stadtverwaltung Cottbus aufgenommen.

Die Stadt Cottbus stimmte dem Abguss bereitwillig zu. Gussformen für die Delphine waren sogar bereits vorhanden. Außerdem bat sie darum, die heimische Kunstgießerei Lauchhammer, die auch die Delphine gegossen hatte, mit dem Auftrag zu betrauen. Die Firma hat eine seit 1776 währende Tradition im Bronzeguss und lag auch preislich so gut, dass man den Cottbusser Vorschlag nur begrüßen konnte. Den Löwenanteil von 8.000 € bezahlte der Kemnader Kreis, die Stadt tat das übrige dazu. Leider wurde es versäumt, insbesondere die Stadt Cottbus und Volker Mende zur feierlichen Wiedereinweihung einzuladen.

Für alle Figuren sind nun auch Gussformen vorhanden, so dass ein weiterer Raub weniger Schaden anrichten würde und ein Nachguss preiswerter wäre. Aber das wollen wir hier nicht beschwören.

Auch von uns aus danken wir Bettina Eickhoff, dem Kemna-

der Kreis, der Stadt Cottbus und Herrn Volker Mende!<sup>2</sup>

### ● **Wo die Glocken hängen**

In Heft 19 haben wir uns noch über den Verlust des Glockenspiels am ehemaligen Verwaltungsgebäude des Bochumer Vereins an der Alleestraße beklagt. Die gemeinsamen Anstrengungen in Politik und Verwaltung hatten Erfolg: Das Glockenspiel kehrt zurück. Es wird demnächst an der Gahlen-schen Straße/Wattenscheider Straße an der Zufahrt zur Jahrhunderthalle einen neuen Ort finden. Dort wird es auch wieder beispielbar sein. Die ThyssenKrupp AG kommt für den größten Teil der Kosten auf. Auch hier sagen wir Danke!<sup>3</sup>

### ● **Zeche Hannover: Weiterentwicklung des LWL-Industriemuseums**

Am 23. Oktober 2007 hat der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft Bochum beschlossen, sich mit dem folgenden Anliegen an der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) zu wenden: Am 5. Dezember 2007 entscheidet der Kulturausschuss des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe über die weitere Entwicklung des LWL-Industriemuseums Zeche Hannover. Das LWL-Industriemuseum Zeche Hannover ist ein bedeutender und unverzichtbarer Ort kultureller Bildung und Freizeit in Bochum. Mit seinem Schwerpunkt „Migration“ passt das Museum genau in die Region und in die Interes-

<sup>2</sup> Zum Thema siehe auch: Volker Mende, „Enke-Brunnen“ in Bochum, in: Cottbusser Heimatkalender 2007, S. 42f; WAZ Bochum vom 20. Oktober 2007.

<sup>3</sup> Siehe auch Bochumer Zeitpunkte 19, S. 45.

sensschwerpunkte der Politik und Kultur in NRW. Nicht zuletzt mit der Ausstellung „Westfalzcycy – Ruhrpolen. Zuwanderer aus Polen im Ruhrgebiet“ (19. August bis 30. Oktober 2007) hat das Haus wieder wertvolle Arbeit in dieser Hinsicht gezeigt. Das Museum ist aber trotz der beträchtlichen Leistungen, die hier in jeglicher Hinsicht erbracht worden sind, noch nicht so weit entwickelt, dass es gut funktioniert. Es fehlt an Personal und Räumlichkeiten für eine angemessene Museumsarbeit.

Vor fünf Jahren wurde der weitere Ausbau des LWL-Museums gestoppt. Durch ein Moratorium wurde festgelegt, dass Ende 2007 die Voraussetzungen für die Fortführung des Hauses erneut zu prüfen seien. In der Folge wurde die Zeche Hannover nicht in den Museumsentwicklungsplan für das Westfälische Industriemuseum (LWL) aufgenommen. Das zog nach sich, dass die Institution auch nicht in die Landesentwicklungsplanung für die NRW-Museen kam und damit Landesförderungen zurzeit nicht in Aussicht sind.

Der Kulturausschuss der Stadt Bochum beabsichtigte in der o.a. Sitzung an den LWL zu plädieren, die Arbeitsfähigkeit des LWL-Industriemuseums Zeche Hannover spürbar zu verbessern. Wir können eine solche Initiative des Ausschusses nur begrüßen!

### ● **Der Katholikentagsbahnhof**

Der ehemalige Hauptbahnhof Bochum Süd, ein weiteres wichtiges Baudenkmal der Nachkriegszeit, wird wiederbelebt.

Vom 1. bis 4. September 1949 fand in Bochum der 73. Deutsche Katholikentag unter dem

Motto „Gerechtigkeit schafft Frieden“ statt, der sich u.a. auch als baugeschichtlich bedeutungsvoll für Bochum erwies.

Das ehemalige Empfangsgebäude des Bahnhofs Nord (1874) war unzerstört geblieben, während das Gebäude des Hauptbahnhofs Süd (1872) im Krieg zerstört worden war. Erhalten geblieben waren ein Teil des Erdgeschosses, der Personentunnel und wohl ein Teil der Bahnsteige. In den ersten Jahren wurden beide Empfangsgebäude weiter betrieben. Erst der Katholikentag, der 500.000 Besucher in die zerstörte Stadt brachte, die zumeist mit dem Zug anreisten, machte eine neue Anlage erforderlich. Der Katholikentag war die erste genehmigte Massenversammlung deutscher Bürger nach dem Zweiten Weltkrieg und hat für die Geschichte der Stadt Bochum insofern große Bedeutung, als sie sich hier werbetätig präsentieren konnte und in diesem Sinne die von Zerstörung geprägte Stadt umfangreich aufgeräumt wurde und dort, wo es dringend notwendig war, auch Neubauten erstellt wurden. Neben einigen Hotelbauten war der wichtigste Neubau in diesem Zusammenhang das in Rede stehende Empfangsgebäude auf dem Grundstück des ehemaligen Bahnhofs Süd.

Das Empfangsgebäude des „Katholikentagsbahnhofs“ markiert somit den ehemaligen Standort des Hauptbahnhofs Bochum, ist wichtiges Glied in der Verwirklichung der verbesserten Bahnanlagen, deren Planung zentraler Punkt des Wiederaufbaus der Stadt Bochum war, und bezeugt eine traditionistisch ausgerichtete, bescheidene Architekturrichtung der ersten Nachkriegsjahre. Ferner ist es ein wichtiges bau-

liches Dokument eines zentralen deutschen Ereignisses in der Bochumer Nachkriegsgeschichte.

Trotz seiner bescheidenen eingeschossigen Ausführung weist das Gebäude wichtige Merkmale der Architektur der unmittelbaren Nachkriegsjahre auf. Genannt sei hier die relativ massive Portikuskonstruktion in Naturstein, die Dachlaterne als gern gewähltes Belichtungsprinzip dieser Zeit und die verhaltene Farbigkeit in der Vorhalle, die bereits in Richtung der künftigen Architektur der 1950er-Jahre weist.

Mit der Eröffnung des neuen Empfangsgebäudes 1957 an der heutigen Stelle des Hauptbahnhofs – auch dies mittlerweile ein Baudenkmal – wurde der Katholikentagsbahnhof zur Bundesbahnschule. Danach verwehrte er zunehmend über mehr als zehn Jahre. 2001 wurde er in die Denkmalliste eingetragen.

In einem offiziellen Faltblatt zum 73. deutschen Katholikentag Bochum<sup>4</sup>, wird folgendes über das Gebäude berichtet: „Ein schmuckes, repräsentatives Gebäude. Handwerkliches Können hat den Bau sowohl innen als auch außen in ein freundliches Gewand gekleidet. Die geräumige, helle Halle vermag einen großen Menschenboom zu fassen. Die Bahnhofsgaststätten werden in der näheren Umgebung nicht ihresgleichen haben. Es wäre deshalb verfehlt, das Ganze nur als einen Behelf zu bezeichnen. Fleiß und handwerkliches Können machten aus der Behelflösung ein Schmuckkästchen.“

Und so kommt es jetzt hoffentlich wieder: Experten haben herausgefunden (was ungeheu-

er schwer gewesen sein muss), dass die südliche Innenstadt eine der attraktivsten Lagen für Kultur, Gastronomie und Büros ist. Ähnliches hatte Gastronomie-Unternehmer Leo Bauer auch schon vor 35 Jahre bemerkt. Im Rahmen der Bemühungen der Kortum-Gesellschaft um die Rettung dieses Bahnhofs betreute Bauer als Caterer um 1989 in einer der Lagerhallen des Bahnhofes eine Planungsausstellung zum Stadtbad-Areal. Aus den Hallen entstand das „Riff“. Und nun ergänzt Bauer das Riff um das Empfangsgebäude. Dort soll Raum für Kleinkunst und Gastronomie entstehen. Möge es gelingen!

### ● Berühmte Bochumer

*Johann Joachim Schlegel* (1821-1890) ist in das deutsche biographisch Standardwerk aufgenommen worden, das Lexikon „Neue deutsche Biographie“. Der von Heinrich Tappe verfasste umfangreiche Artikel würdigt Schlegel als einen der Pioniere, die die untergärtige bayerische Braumethode Mitte des 19. Jahrhunderts nach Westfalen gebracht haben.<sup>5</sup>

*Ignatius Geitel*, Künstler aus Bochum, wurde in das nicht minder prominente Standardwerk „Allgemeines Künstlerlexikon“ (AKL) aufgenommen.<sup>6</sup> „Maler, Bildhauer und Glasmaler in Bochum. \* 15.11.1913, Bochum / † 22.01.1985, Bochum. Ausbildung: Dekorateur; Steinmetz; Maler- und Bildhauerklasse von Alfred

<sup>5</sup> Neue Deutsche Biographie, herausgegeben für die historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Hans Günter Hockerts, Band 23, Berlin 2007, S. 43 f.

<sup>6</sup> Hans H. Hanke, Artikel Geitel, in: Allgemeines Künstlerlexikon, Bd. 51. München/Leipzig 2006, S. 148 f.

<sup>4</sup> Katholischer Beobachter 4 (1949), 30. August 1949 (Stadtarchiv Bochum).

Fischer an der Folkwangschule Essen; Meisterschüler Heinrich Dieckmanns, Werkkunstschule Trier. Mitgliedschaften: Westdeutscher Künstlerbund, Bochumer Künstlerbund, Gestaltendes Handwerk, Hellweg (1. Vors. bis 1966), *Réalités Nouvelles* Paris.

Bedeutende Künstlerpersönlichkeit im Ruhrgebiet und international anerkannter Künstler. Er erlangte vor allem durch seine Glasfenster Bekanntheit, die er nicht nur entwarf, sondern auch ausführte, arbeitete aber auch in Textil, Keramik und malte. Er beendete eine Lehre als Dekorateur vorzeitig, lernte Steinmetz in Niedermarsberg/Sauerland. Gleichzeitig besuchte er die Maler- und Bildhauerklasse von Alfred Fischer an der Folkwangschule Essen. Ab 1932 war er Meisterschüler Heinrich Dieckmanns, dem Pionieren der modernen, sakralen Glasmalerei an der Werkkunstschule Trier. Ab 1936 lebte Geitel als selbstständiger Künstler in Düsseldorf und Hattingen-Blankenstein. Kriegsteilnahme ab 1939 und prägende Kriegsgefangenschaft hinderten Geitel bis 1949 an weiterer Arbeit, die er dann aber mit großem Einsatz wieder aufnahm. Er gehörte 1952 zu den Gründern der Künstlergruppe „Hellweg“, die im Sinne einer Werkgemeinschaft Kunst im öffentlichen Raum ins Gespräch bringen wollte. Studienreisen führten ihn nach Belgien, Holland, Spanien (1930er-Jahre), in die USA (1955), die Schweiz und Italien (1960), die Niederlande (1962), Großbritannien (1965), Griechenland und Jugoslawien (1967, 1970), Schweden und Finnland (1963, 1968), Frankreich (1983). Er war hauptsächlich in Bochum und 1971 bis 1979 in Asolo (Italien) ansässig.

Geitel gehörte in der Zeit des Nationalsozialismus zu den nicht konformen Künstlern, die kaum Gelegenheit hatten, tätig zu werden. Seine wichtigen Arbeiten der dreißiger Jahre entstanden damals im kirchlichen Raum, ab 1949 erstellt er Werke in vielen öffentlichen Bauten, vor allem Schulen. Sein Schaffen ist von Expressionismus und informeller Kunst beeinflusst, umfasst aber auch realistische, traditionelle Darstellungen.

Geitels Werke sind in prominenten öffentlichen Bauten Bochums vertreten. Große Glasfenster schuf er in den ehemaligen Stadtwerken Bochum und der heutigen Heinrich-Böll-Gesamtschule, ein hohes Keramikrelief zur Industrie an den Berufsschulen neben dem Hauptbahnhof, sein Mosaik „Niobe“ ist das zentrale Mahnmal der Stadt Bochum auf dem Friedhof Freigrafendamm. Sein Atelierhaus beherbergt bis heute eine große Sammlung seines malerischen Werkes, das Stadtarchiv Bochum bewahrt einige wichtige Glasfenster.

Ausstellungen: neben 16 Ausstellung in Bochum und zahlreichen weiteren Ausstellung im Ruhrgebiet 1950 bis 2003: 1939 Düsseldorf/1954 Paris/1958, Münster/1960, Stuttgart/1962, Köln, Gent, Ostende, Zürich/1979.<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> Zu Geitel siehe außerdem: Rolf Wedewer, *Der Hellweg*, in: *Die Kunst und das Schöne Heim* 54 (1956); Katalog Ignatius Geitel 1913-1985. Museum Bochum, Bochum 1988; Hans H. Hanke: *Erschütternd auf den Besucher wirken*, in: *Westfalen* 76 (1998); Hans H. Hanke, *Das Kaufhaus Kortum und die Kunst*. Ignatius Geitels Cafeteria-Fenster von 1954, in: *Bochumer Zeitpunkte* Nr. 7; Clemens Kreuzer, *Das Niobe-Mosaik des Ignatius Geitel*. Geschichte und aktuelle Aspekte eines Bochumer Mahnmals, in: *Bochumer Zeitpunkte* Nr. 15.; Katalog 50 Jahre Bochumer Künstlerbund, Bochum 1996; Katalog

## „Bochumer Häuser – Geschichten von Häusern und Menschen“

Autor Rainer Küster – vielleicht schon bekannt als Mitherausgeber der „Bochumer Wortschätzchen“ – erweist sich als profunder Kenner seiner Heimatstadt Bochum, wenn er in fünfzehn Kapiteln fünfzehn spannende Häusergeschichten erzählt. Es beeindruckt die Gründlichkeit und Bandbreite seiner Recherchen, auf deren Basis Küster seine „Häuser-Geschichten“ in vielen Fällen zu „Menschen-Geschichten“ werden lässt: Die „Villa Nora“ in Stadtparknähe, die Gastwirtschaft Goeke in Grumme, das ehemalige Kaufhaus „Kortum“, das „Alte Brauhaus Rietkötter“ oder der mächtige Bunkerklötz am Springerplatz sind beispielsweise einige der Gebäude, die er durch Baugeschichtliches, besondere Ereignisse oder durch handelnde Personen mit vielschichtigem Leben erfüllt. Das, was Küster bietet, ist Heimatkunde par excellence. Das 192 Seiten starke Buch ist mit 33 Illustrationen von Thomas Zehnter und einem Nachwort von Hugo Ernst Käufer versehen und kostet 14,90 €. (*Rainer Küster, Bochumer Häuser. Geschichten von Häusern und Menschen, Oberhausen 2006*)

---

*Die ersten sieben Beiträge in dieser Rubrik wurden von Hans H. Hanke verfasst, der achte von Eberhard Brand.*

---

Bergwerke auf Glas, Museum Bochum 2003.



*Brunnen im Rosengarten des Stadtparks*